



Beschluss-Protokoll

der 29. bis 31. Sitzung, Amtsjahr 2021-2022

Mittwoch, den 15. September 2021, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00

Vorsitz: *David Jenny, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär
Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin*

Abwesende:

15. September 2021, 09:00 Uhr
29. Sitzung *Laurin Hoppler (GAB); Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB); Sasha Mazzotti (SP).*

15. September 2021, 15:00 Uhr
30. Sitzung *Laurin Hoppler (GAB); Lea Wirz (GAB); Sasha Mazzotti (SP).*

15. September 2021, 15:00 Uhr
31. Sitzung *Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) Andrea Strahm (die Mitte/EVP);
Toya Kruppenacher (SP); Salome Bessenich (SP); Sasha Mazzotti (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

Mitteilungen	3
15. Bericht der IGPK Schweizerische Rheinhäfen Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2020 Partnerschaftliches Geschäft	4
12. Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für bauliche Anpassungen im Rahmen der Erweiterung und Sanierung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRheno AG als Vorleistung für die Weiterentwicklung der Hafenbahn	5
13. Ratschlag betreffend Schallschutzfenster an lärmbelastenden Strassen	6
14. Klimaneutrale Verwaltung Basel-Stadt: Die Kantonale Verwaltung auf dem Weg zur 2000 Watt-Gesellschaft – Schlussbericht des Regierungsrates zur Rahmenausgabenbewilligung	7
16. Bericht der Regiokommission zum Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Jahre 2021 bis 2027 für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Neuen Regionalpolitik des Bundes und an der Europäischen territorialen Zusammenarbeit – INTERREG VI Partnerschaftliches Geschäft	7
17. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zu den Informationen über die Rechnungen 2020 vom Universitätsspital (USB), Universitären Zentrum für Zahnmedizin (UZB), der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) und der Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP)	9
18. Bericht der Interparlamentarischen Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz zur Berichterstattung 2018–2020	11
19. Bericht der Petitionskommission zur Petition P410 betreffend «Ehrung für Hermann Hesse»	12
20. Bericht der Petitionskommission zur Petition P421 betreffend «Tellplatz-Beizen sollen draussen am Abend länger offen bleiben»	12
21. Bericht der Petitionskommission zur P426 betreffend «Basler Hauptpost soll nicht geschlossen	13

werden»	
22. Bericht der Petitionskommission zur P429 betreffend «GlockenNachtruhe – für einen ruhigen Schlaf in Basel»	13
23. Bericht der Petitionskommission zur P431 betreffend «Die Kulturszene in Basel braucht das Corrientes»	14
24. Bericht der Petitionskommission zur P432 betreffend «Kitas sind Service Public»	15
26. Anträge auf Einreichung einer Standesinitiative 1 bis 2:	16
27. Motionen 1 bis 6:	17
28. Anzüge 1 bis 20	19
Anhang A: Abstimmungsergebnisse	29
Anhang C: Neue Vorstösse	62

Beginn der 29. Sitzung

Mittwoch, 15. September 2021, 09:00 Uhr

Mitteilungen

[15.09.21 08:59:54, MGT]

David Jenny, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Da wir heute zum letzten Mal im CCB tagen, möchte ich Herrn Jonas Scharf (Director Venues der MCH Group) und damit für das CCB zuständig, die Gelegenheit geben, einige Worte an Sie zu richten:

Voten: *Jonas Scharf, Director Venues der MCH Group*

David Jenny, Grossratspräsident:

Letzte Sitzung von Jürg Stöcklin

Heute hat Jürg Stöcklin seinen letzten Sitzungstag bei uns. Jürg Stöcklin kann auf eine beeindruckende politische Karriere in unserem Kanton zurückschauen. So war Jürg Stöcklin von 1997 – 2013 sowie von 2017 bis heute und damit mehr als 20 Jahre Mitglied des Grossen Rates.

Von 1997 – 2003 war Jürg Stöcklin Mitglied der Reformkommission (REKEF) welche er ab 2000 präsidiert. Das Ergebnis der Arbeit dieser Reformkommission ist unter anderem der von der Exekutive unabhängige Parlamentsdienst. Daneben war Jürg Stöcklin in seiner politischen Karriere in den folgenden Kommissionen aktiv:

- GRK-Energiekanton 2000
- Spezialkommission PuMa (Public Management)
- Finanzkommission
- Disziplinarkommission
- SpezKo Umsetzung neue Verfassung
- SpezKo Totalrevision Pensionskassengesetz
- Delegation IPK Schweizerische Rheinhäfen
- SpezKo Regeln für Bestellung von Kommissionen
- Büro des Grossen Rates
- Regiokommission
- Delegation Districtsrat
- Delegation IGPK Universität Basel

Wir verlieren mit Jürg Stöcklin einen erfahrenen Grossrat, welcher die Funktionsweise unseres Parlaments massgeblich geprägt hat.

Lieber Jürg Stöcklin, vielen Dank für die dem Staate geleisteten Dienste. Wir wünschen Dir für die Zukunft alles Gute.

[Applaus]

Besonderheiten der heutigen Sitzung

Wir teilen heute das Congress Center mit einem anderen Anlass der [BC]2 Basel Computational Biology Conference dabei ist es wichtig, dass wir uns hier ausschliesslich im oberen Stock aufhalten, um den anderen

Anlass nicht zu stören.

Toiletten: Bitte nutzen Sie die Toiletten hier oben. Es gibt welche gleich beim Ausgang zu meiner Rechten, sowie auf dem Zwischenstock beim Ausgang hinten.

Raucherbalkon: Falls Sie rauchen möchten, gibt es ebenfalls zu meiner Rechten einen Balkon. Bitte beachten Sie, dass der Zugang zum Raucherbalkon durch den Sitzungsraum Osaka/Samarkand führt. Dort findet über Mittag eine Kommissionssitzung statt und der Zugang ist dann nicht möglich.

Mikrofon: Hier im Saal haben Sie kein eigenes Mikrofon zur Verfügung. Ihnen wird jeweils, wenn Sie ein Votum halten, ein Mikrofon zur Verfügung gestellt. Dieses wird vorgängig desinfiziert und Ihnen von einem Weibel/resp. Mitarbeitenden des Parlamentsdienstes gebracht. Damit möglichst wenig Zeit verloren geht, werde ich bei einem Sprecher jeweils aufrufen, wer der nächste Sprecher sein wird. Bitte heben Sie dazu einer Ihrer Karten.

Eine Mitteilung der Kulturgruppe

Das Co-Präsidium der Kulturgruppe des Grossen Rats freut sich, nach der längeren Pause die Kulturgruppe des Grossen Rates wieder in Erinnerung zu rufen. Sie haben alle letzte Woche eine Mail dazu erhalten. Viele haben sich bereits angemeldet. Das Co-Präsidium bittet alle, die sich noch nicht angemeldet haben, sich für die Kulturgruppe interessieren und die Einladungen zu den Anlässen erhalten möchten, sich bei Catherine Alioth anzumelden.

Der nächste Anlass der Kulturgruppe findet am Mittwoch, 20. Oktober nach der Grossratssitzung statt und beinhaltet den Besuch der Elisabethenkirche und der dazugehörigen Merian-Gruft. Eine Einladung an alle Interessierten folgt.

Nachtsitzung

Bitte stellen Sie sich auf eine Nachtsitzung ein.

27. Interpellation Nr. 115 Raffaella Hanauer betreffend Gummigeschoss-Einsätze und deren Verhältnismässigkeit

[15.09.21 09:11:56, JSD, 21.5599, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Raffaella Hanauer (GAB); RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD; Raffaella Hanauer (GAB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5599 ist **erledigt**.

15. Bericht der IGPK Schweizerische Rheinhäfen Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2020 Partnerschaftliches Geschäft

[15.09.21 09:29:50, IGPK Rhein- häfen, WSU, 21.0628.02, BER]

Die IGPK Rheinhäfen beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen. Es handelt sich um ein partnerschaftliches Geschäft. Der Landrat berät das Geschäft am 16. September 2021.

Voten: *Toya Kruppenacher, Vizepräsidentin der IGPK Rheinhäfen; RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU; Nicole Amacher (SP)*

Eintreten ist obligatorisch

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Kenntnisnahme
 2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton
- Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

88 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Vorbehalt der Zustimmung des Partnerkantons:

1. Der Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2020 der Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) werden zur Kenntnis genommen.
2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für bauliche Anpassungen im Rahmen der Erweiterung und Sanierung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRheno AG als Vorleistung für die Weiterentwicklung der Hafentbahn

[15.09.21 09:45:05, UVEK, WSU, 21.0599.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'100'000 zu bewilligen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU*

Lorenz Amiet (SVP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Jean-Luc Perret (SP); André Auderset (LDP); RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU; Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über die Rückweisung an den Regierungsrat

Ergebnis der Abstimmung

10 JA

65 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

das Geschäft nicht zurückzuweisen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

69 JA

5 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für bauliche Anpassungen im Rahmen der Erweiterung und Sanierung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRhenon AG als Vorleistung für die Weiterentwicklung der Hafenbahn werden Ausgaben in Höhe von rund Fr. 2'100'000 (inkl. MWST) zulasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich „Übrige“ (WSU, Amt für Umwelt und Energie) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

13. Ratschlag betreffend Schallschutzfenster an lärmbelasteten Strassen

[15.09.21 10:00:00, UVEK, WSU, 20.1832.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Rahmenausgaben in der Höhe von 12'000'000 Franken zu bewilligen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU; Semseddin Yilmaz (SP); Raffaella Hanauer (GAB); Beat Leuthardt (GAB); Eric Weber (fraktionslos); Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

78 JA

1 NEIN

0 EN

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Einbau von Schallschutzfenstern in Gebäuden an lärmbelasteten Strassen ab Alarmwert und in Gebäuden an lärmbelasteten Strassen ab Immissionsgrenzwert wird eine Rahmenausgabe in Höhe von Fr. 12'000 000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Dienststelle Amt für Umwelt und Energie bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

14. Klimaneutrale Verwaltung Basel-Stadt: Die Kantonale Verwaltung auf dem Weg zur 2000 Watt-Gesellschaft – Schlussbericht des Regierungsrates zur Rahmenausgabenbewilligung

[15.09.21 10:19:54, UVEK, WSU, 07.1825.09, SCH]

Der Regierungsrat und die Umwelt,- Verkehrs- und Energiekommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und den Schlussbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU; Lisa Mathys (SP); Brigitte Kühne (GLP); Beat K. Schaller (SVP); Harald Friedl (GAB)*

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme.

16. Bericht der Regiokommission zum Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Jahre 2021 bis 2027 für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Neuen Regionalpolitik des Bundes und an der

Europäischen territorialen Zusammenarbeit – INTERREG VI Partnerschaftliches Geschäft

[15.09.21 10:34:21, RegioKo, PD, 20.0721.02, BER]

Die Regiokommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Rahmenausgaben in der Höhe von 2'050'000 Franken zu bewilligen. Es handelt sich um ein partnerschaftliches Geschäft. Der Landrat hat das Geschäft am 2. September 2021 beraten.

Voten: *Niggi Rechsteiner, Präsident RegioKo; Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD; Thomas Müry (LDP); Jürg Stöcklin (GAB); Tim Cuénod (SP)*

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichteintreten und alternativ die Rückweisung an den Regierungsrat.

Abstimmung

über das Nichteintreten

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

66 JA

2 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 JA

72 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

das Geschäft nicht zurückzuweisen.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Bewilligung Rahmenausgabe
 2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton
- Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

74 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Neuen Regionalpolitik des Bundes und Europäischen territorialen Zusammenarbeit für die Jahre 2021 bis 2027 (Interreg VI) wird eine Rahmenausgabe von insgesamt Fr. 2'050'000 bewilligt.

2. Dieser Beschluss wird unter der Bedingung gefasst, dass der Kanton Basel-Landschaft denselben Gesamtkredit wie der Kanton Basel-Stadt (d.h. Fr. 2'050'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

17. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zu den Informationen über die Rechnungen 2020 vom Universitätsspital (USB), Universitären Zentrum für Zahnmedizin (UZB), der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) und der Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP)

[15.09.21 11:01:38, GSK, GD, 21.0459.02 21.0460.02 21.0532.02 21.0533.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und den Beschlussvorlagen zuzustimmen.

Voten: *Oliver Bolliger, Präsident GSK; RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD*

Eintreten ist obligatorisch.

Detailberatung

Grossratsbeschluss I Universitätsspital

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss I Universitätsspital

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

77 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Vom Jahresbericht 2020 des Universitätsspitals Basel (USB) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

GRB 2 Universitäres Zentrum für Zahnmedizin

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

GRB 2 Universitäres Zentrum für Zahnmedizin

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

75 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Vom Jahresbericht 2020 des Universitären Zentrums für Zahnmedizin (UZB) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

Grossratsbeschluss 3 Universitäre Psychiatrische Kliniken

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss 3 Universitäre Psychiatrische Kliniken

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

77 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Vom Jahresbericht 2020 der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

Grossratsbeschluss 4 Universitäre Altersmedizin Felix Platter

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss 4 Universitäre Altersmedizin Felix Platter

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Vom Jahresbericht 2020 der Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

18. Bericht der Interparlamentarischen Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz zur Berichterstattung 2018–2020

[15.09.21 11:25:33, IPK FHNW, ED, 21.0788.02, BER]

Die Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen. Dies ist ein vierkantoniales Geschäft.

Voten: *Erich Bucher, Sprecher der IPK FHNW; RR Conradin Cramer, Vorsteher ED; Beatrice Messerli (GAB); Sandra Bothe (GLP); Jenny Schweizer (SVP)*

Eintreten ist obligatorisch

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Kenntnisnahme Jahresrechnung

2. Genehmigung Bericht

3. Vorbehalt Entscheid Partnerkantone

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

83 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Von der mit dem Jahresbericht 2020 vorgelegten Jahresrechnung der FHNW wird Kenntnis genommen.
2. Der Bericht der FHNW über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2018-2020 wird genehmigt.
3. Die Beschlüsse unter Ziffer 1 und 2 stehen unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

19. Bericht der Petitionskommission zur Petition P410 betreffend «Ehrung für Hermann Hesse»

[15.09.21 11:49:28, PetKo, 19.5577.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P410 (19.5577) als erledigt zu erklären.

Voten: *Pascal Messerli, Sprecher der Petitionskommission*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P410 (19.5577) ist **erledigt**.

20. Bericht der Petitionskommission zur Petition P421 betreffend «Tellplatz-Beizen sollen draussen am Abend länger offen bleiben»

[15.09.21 11:52:05, PetKo, 20.5407.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P421 (20.5407) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Bülent Pekerman, Sprecher der Petitionskommission; Tim Cuénod (SP)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P421 (20.5407) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

Schluss der 29. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 30. Sitzung

Mittwoch, 15. September 2021, 15:00 Uhr

David Jenny, Grossratspräsident:

Internationaler Tag der Demokratie

Der 15. September ist der offizielle Internationale Tag der Demokratie. Schweizweit finden an diesem Tag erstmals viele Aktivitäten privater und öffentlicher Institutionen rund um die Demokratie statt.

Auch das Basler Rathaus und der Grosse Rat machen mit:

Auf Einladung des Kinderbüro Basel haben mehrere von uns Grossratsmitgliedern über Mittag das Schülerinnen- und Schülerparlament der Primarschule Bläsi getroffen. Parlament hat also Parlament getroffen. Es war bereichernd, mit den Kindern, die zwischen 9 und 12 Jahre alt sind, zu diskutieren und ihre Anliegen anzuhören.

Ausserdem besuchen heute auf Einladung des Grossen Rates zwei Berufsschulklassen das Rathaus.

21. Bericht der Petitionskommission zur P426 betreffend «Basler Hauptpost soll nicht geschlossen werden»

[15.09.21 15:01:18, PetKo, 20.5449.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P426 (20.5449) als erledigt zu erklären.

Voten: *Karin Sartorius, Präsidentin PetKo; René Brigger (SP); Joël Thüring (SVP); René Brigger (SP); Eric Weber (fraktionslos)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P426 (20.5449) ist **erledigt**.

22. Bericht der Petitionskommission zur P429 betreffend «GlockenNachtruhe – für einen ruhigen Schlaf in Basel»

[15.09.21 15:18:01, PetKo, 21.5024.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Annina von Falkenstein (LDP)*

Stefan Suter (SVP): beantragt die Petition als erledigt abzuschreiben.

Voten: *André Auderset (LDP)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Abstimmung

JA heisst erledigt erklären, NEIN heisst dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

17 JA

70 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P429 (21.5024) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

23. Bericht der Petitionskommission zur P431 betreffend «Die Kulturszene in Basel braucht das Corrientes»

[15.09.21 15:27:38, PetKo, 21.5241.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Karin Sartorius, Präsidentin PetKo*

Beatrice Messerli (GAB): beantragt die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Voten: *Seyit Erdogan (SP); RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Abstimmung

JA heisst zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat, NEIN heisst die Petition erledigt erklären.

Ergebnis der Abstimmung

14 JA

74 NEIN

2 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P431 (21.5241) ist **erledigt**.

24. Bericht der Petitionskommission zur P432 betreffend «Kitas sind Service Public»

[15.09.21 15:44:16, PetKo, 21.5242.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen.

Voten: *Karin Sartorius, Präsidentin PetKo*

Pascal Messerli (SVP): beantragt die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Melanie Nussbaumer (SP); Tonja Zürcher (GAB); Sandra Bothe (GLP); Thomas Mürty (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Claudio Miozzari (SP); Thomas Mürty (LDP)*

Voten: *Andrea Strahm (die Mitte/EVP); Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Tim Cuénod (SP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Annina von Falkenstein (LDP)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Abstimmung

JA heisst die Petition als erledigt erklären, NEIN heisst dem Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

26 JA

65 NEIN

2 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P432 (21.5242) zur Stellungnahme innert eines Jahres an den Regierungsrat zu **überweisen**.

26. Anträge auf Einreichung einer Standesinitiative 1 bis 2:

[15.09.21 16:19:38]

1. Standesinitiative Erich Bucher und Konsorten betreffend die Digitalisierung des Schweizer Gesundheitswesens vorantreiben – datenbasiertes Ökosystem für Forschung und Gesellschaft entwickeln

[15.09.21 16:19:40, 21.5491.01, NSE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag 21.5491 auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Oliver Bolliger (GAB); Georg Mattmüller (SP); François Bocherens (LDP); Erich Bucher (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Antrag 21.5491 auf Einreichung einer Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

2. Standesinitiative Beat von Wartburg und Catherine Alioth betreffend Massnahmen für eine Vollassoziierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe

[15.09.21 16:28:53, 21.5516.01, NSE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag 21.5516 auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Beat von Wartburg (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Antrag 21.5516 auf Einreichung einer Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

27. Motionen 1 bis 6:

[15.09.21 16:34:42]

1. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend eines Stadthotels gegen die Obdachlosigkeit (Umsetzung von Recht auf Wohnen)

[15.09.21 16:34:43, 21.5422.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5422 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Raoul Furlano (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Christoph Hochuli (die Mitte/EVP); Tonja Zürcher (GAB); Melanie Nussbaumer (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jenny Schweizer (SVP); Melanie Nussbaumer (SP)*

Voten: *Felix Wehrli (SVP); RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU; Oliver Bolliger (GAB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 JA

29 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 21.5422 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Verbot einer diskriminierenden Geschäftspraxis durch die Basler Kantonalbank und ihre Tochterfirma Bank Cler

[15.09.21 16:56:17, 21.5423.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 21.5423 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Heidi Mück (GAB); Edibe Gögeli (SP); Lorenz Amiet (SVP); Mark Eichner (FDP); David Wüest-Rudin (GLP); Michael Hug (LDP); RR Tanja Soland, Vorsteherin FD; Beatrice Messerli (GAB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 JA

44 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 21.5423 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

3. Motion Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Einführung eines e-Collecting (elektronische Unterschriftensammlung) für Initiativen und Referenden im Internet oder auf mobilen Endgeräten als zusätzliche Variante zur Sammlung mittels Unterschriftsbögen

[15.09.21 17:22:32, 21.5426.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5426 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Pascal Messerli (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Beda Baumgartner (SP); Michelle Lachenmeier (GAB); Luca Urgese (FDP); Olivier Battaglia (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

37 JA

51 NEIN

4 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 21.5426 ist **erledigt**.

4. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030

[15.09.21 17:43:52, 21.5439.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5439 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 21.5439 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

5. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung

[15.09.21 17:44:31, 21.5475.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5475 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Georg Mattmüller (SP)*; *Oliver Thommen (GAB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

83 JA

3 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 21.5475 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

6. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Einhaltung des Luftreinhalteplans 2016: Stromanschlüsse für Schiffe im Basler Rheinhafen

[15.09.21 17:51:52, 21.5487.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5487 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 21.5487 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

Schluss der 30. Sitzung

18:00 Uhr

Beginn der 31. Sitzung

Mittwoch, 15. September 2021, 20:00 Uhr

28. Anzüge 1 bis 20

[15.09.21 20:00:41]

1. Anzug Eric Weber betreffend korrekte Anrede im Grossen Rat – bitte mit Titel

[15.09.21 20:00:42, 21.5392.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 21.5392 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 JA

81 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5392 ist **erledigt**.

2. Anzug Eric Weber betreffend Visitenkarten für jeden Grossrat

[15.09.21 20:05:37, 21.5393.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 21.5393 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja

80 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5393 ist **erledigt**.

3. Anzug Eric Weber betreffend Basler Bebbi Sack soll kostenfrei sein

[15.09.21 20:06:50, 21.5394.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 21.5394 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

2 JA

81 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5394 ist **erledigt**.

4. Anzug Eric Weber betreffend mehr Balkone in Basel

[15.09.21 20:10:48, 21.5395.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 21.5395 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 JA

78 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5395 ist **erledigt**.

5. Anzug Eric Weber betreffend Hoffice (Home and Office)

[15.09.21 20:14:53, 21.5396.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 21.5396 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 JA

87 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5396 ist **erledigt**.

6. Anzug Eric Weber betreffend im Dienst der Gesellschaft

[15.09.21 20:18:52, 21.5397.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 21.5397 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 JA

84 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5397 ist **erledigt**.

7. Anzug Eric Weber betreffend geschlechtergerechte Grossrats-Wahllisten

[15.09.21 20:22:26, 21.5398.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 21.5398 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 JA

88 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5398 ist **erledigt**.

8. Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule

[15.09.21 20:25:18, 21.5424.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5424 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 21.5424 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

9. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit

[15.09.21 20:25:31, 21.5425.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5425 entgegenzunehmen.

Jenny Schweizer (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Heidi Mück (GAB)*; *Sandra Bothe (GLP)*; *Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)*; *Raoul Furlano (LDP)*; *Franziska Roth-Bräm (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Raoul Furlano (LDP)*; *Franziska Roth-Bräm (SP)*

Voten: *Christian von Wartburg (SP); Edibe Gögeli (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

63 JA

28 NEIN

2 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 21.5425 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Abschaffung der behördlichen Mahnungen im Übertretungsstrafgesetz

[15.09.21 20:48:20, 21.5427.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5427 entgegenzunehmen.

Beda Baumgartner (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Joël Thüring (SVP); Luca Urgese (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Felix Wehrli (SVP); Luca Urgese (FDP)*

Voten: *Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Beat Leuthardt (GAB); Beatrice Isler (die Mitte/EVP); RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD; Michelle Lachenmeier (GAB); Jeremy Stephenson (LDP)*

Zwischenfragen

Voten: *Thomas Gander (SP); Jeremy Stephenson (LDP); Jürg Stöcklin (GAB); Jeremy Stephenson (LDP)*

Voten: *François Bocherens (LDP); Stefan Suter (SVP); Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Beda Baumgartner (SP); Christoph Hochuli (die Mitte/EVP); Luca Urgese (FDP); Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 JA

46 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5427 ist **erledigt**.

11. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Prävention Verkehrssicherheit für Velofahrer:innen

[15.09.21 21:29:32, 21.5429.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5429 entgegenzunehmen.

Beat K. Schaller (SVP) beantragt Nichtüberweisung

Zwischenfragen

Voten: *Lisa Mathys (SP); Beat K. Schaller (SVP); Raphael Fuhrer (GAB); Beat K. Schaller (SVP)*

David Jenny (FDP): Es liegt ein Ordnungsantrag von Grossrat Weber vor. Er fordert Sitzungsende um 22:30 Uhr. Ich selber plane ebenfalls um 22:30 Uhr die Sitzung zu beenden. Falls es keine Gegenanträge gibt, ist der Antrag damit erledigt.

Voten: *Jérôme Thiriet (GAB); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

72 JA

8 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 21.5429 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

12. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Aufnahme der Grossratsgeschäfte und Abstimmungsdaten in die Open Government Data Plattform des Kanton Basel-Stadt

[15.09.21 21:42:58, 21.5430.01, NAE]

Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug 21.5430 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 21.5430 einzutreten und ihn dem Ratsbüro zu **überweisen**.

13. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit

[15.09.21 21:43:26, 21.5431.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5431 entgegenzunehmen.

Roger Stalder (SVP): beantragt Nichtüberweisung

Voten: *Jérôme Thiriet (GAB)*; *Christian von Wartburg (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

69 JA

8 NEN

4 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 21.5431 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

14. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Funktionskontrolle bei den thermischen Solaranlagen

[15.09.21 21:50:17, 21.5437.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5437 entgegenzunehmen.

Felix Wehrli (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Stefan Wittlin (SP)*; *Jürg Stöcklin (GAB)*; *Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)*; *Daniel Sägesser (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

72 JA

11 NEIN

2 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 21.5437 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

15. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Alleinerziehende vor Armut schützen

[15.09.21 21:59:04, 21.5438.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5438 entgegenzunehmen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Beda Baumgartner (SP); Fleur Weibel (GAB); Melanie Nussbaumer (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

69 JA

12 NEIN

6 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 21.5438 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

16. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTIQ-feindlichen Aggressionen

[15.09.21 22:11:26, 21.5476.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5476 entgegenzunehmen.

David Trachsel (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Karin Sartorius (FDP); Tonja Zürcher (GAB); Michela Seggiani (SP); Beatrice Isler (die Mitte/EVP); Christian von Wartburg (SP); Jessica Brandenburger (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 JA

27 NEIN

4 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 21.5476 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Schluss der 31. Sitzung

22:30 Uhr

Basel, 15. September 2021

Dr. David Jenny
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 15_Abstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	-
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	-
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	88	10	5	0	14	8	13	27	11
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	11	0	2	0	4	0	2	3	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12_Rückweisung an RR

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	-
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Enthaltung
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	-
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	-
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Enthaltung
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	10	0	0	0	0	0	0	0	10
Nein	65	9	5	0	13	7	12	19	0
Enthaltung	3	0	0	1	1	0	0	0	1
Abwesend	22	1	2	0	4	1	3	11	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12_Abstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	-
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Enthaltung
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	-
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Enthaltung
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Enthaltung
Thüring Joël	SVP	Enthaltung
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Enthaltung
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	69	9	5	0	13	8	12	19	3
Nein	5	0	0	1	0	0	0	0	4
Enthaltung	5	0	0	0	1	0	0	0	4
Abwesend	21	1	2	0	4	0	3	11	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13_Abstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	-
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	-
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	-
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	78	9	5	0	16	8	13	18	9
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	21	1	2	0	2	0	2	12	2
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 16_Nichteintreten

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	-
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	-
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	-
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	-
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	66	6	6	0	13	7	9	17	8
Nein	2	1	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	32	3	1	0	5	1	6	13	3
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 16_Rückweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	-
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	-
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	-
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	72	7	6	0	13	7	10	20	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	27	3	1	0	5	1	5	10	2
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 16_Abstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	-
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	-
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	-
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	74	8	6	0	14	7	10	20	9
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	25	2	1	0	4	1	5	10	2
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 17_Abstimmung GRB 1

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	-
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	-
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	77	9	6	0	17	8	11	21	5
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	22	1	1	0	1	0	4	9	6
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 17_Abstimmung GRB 2

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	-
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	75	8	5	0	16	8	12	21	5
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	24	2	2	0	2	0	3	9	6
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 17_Abstimmung GRB 3

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	-
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	77	9	6	0	16	8	12	21	5
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	22	1	1	0	2	0	3	9	6
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 17_Abstimmung GRB 4

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	-
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	-
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	77	9	6	0	14	8	12	23	5
Nein	2	0	0	1	1	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	21	1	1	0	3	0	3	7	6
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 18_Abstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	-
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	83	9	6	0	13	8	13	23	11
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	16	1	1	0	5	0	2	7	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22_Abstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	17	1	2	0	0	0	4	0	10
Nein	70	8	4	0	15	8	10	25	0
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	12	1	1	0	3	0	1	5	1
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 23_Abstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Enthaltung
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	14	0	0	0	14	0	0	0	0
Nein	74	8	5	0	1	8	14	27	11
Enthaltung	2	0	0	1	1	0	0	0	0
Abwesend	10	2	2	0	2	0	1	3	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 24_Abstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Enthaltung
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	-
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	26	1	2	0	0	0	11	1	11
Nein	65	8	4	0	16	8	3	26	0
Enthaltung	2	0	0	1	0	0	1	0	0
Abwesend	7	1	1	0	2	0	0	3	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 27_01: Überweisung an RR

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	Enthaltung
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Enthaltung
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Enthaltung
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	-
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	58	6	4	0	15	4	0	29	0
Nein	29	1	2	1	0	1	13	0	11
Enthaltung	3	0	0	0	0	2	1	0	0
Abwesend	10	3	1	0	3	1	1	1	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 27_02: Überweisung an RR

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	53	1	0	0	17	6	0	28	1
Nein	44	9	6	1	0	2	15	1	10
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	3	0	1	0	1	0	0	1	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 27_03: Überweisung an RR

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Enthaltung
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Enthaltung
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	-
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Enthaltung
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Enthaltung
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	37	10	6	1	0	7	13	0	0
Nein	51	0	0	0	15	0	0	27	9
Enthaltung	4	0	0	0	2	0	0	1	1
Abwesend	8	0	1	0	1	1	2	2	1
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 27_05: Überweisung an RR

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	83	7	5	0	16	8	13	24	10
Nein	3	2	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	14	1	2	0	2	0	2	6	1
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_01: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	-
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	-
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	81	8	5	1	16	7	14	22	8
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	19	2	2	0	2	1	1	8	3
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_02: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	-
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	-
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	-
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	80	8	5	0	16	6	14	20	11
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	19	2	2	0	2	2	1	10	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_03: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	-
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	2	0	0	1	0	0	0	0	1
Nein	81	8	5	0	15	8	15	20	10
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	17	2	2	0	3	0	0	10	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_04: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	-
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	78	8	5	0	12	8	15	19	11
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	21	2	2	0	6	0	0	11	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_05: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	87	8	5	0	15	8	15	25	11
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	12	2	2	0	3	0	0	5	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_06: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	-
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	84	8	5	0	13	7	15	25	11
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	15	2	2	0	5	1	0	5	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_07: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	88	8	6	0	15	8	15	25	11
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	11	2	1	0	3	0	0	5	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_09: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Enthaltung
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Enthaltung
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	63	5	4	0	18	8	1	26	1
Nein	28	3	2	1	0	0	12	0	10
Enthaltung	2	0	0	0	0	0	2	0	0
Abwesend	7	2	1	0	0	0	0	4	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_10: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	45	8	3	0	4	6	15	0	9
Nein	46	0	3	0	14	1	0	26	2
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	8	2	1	0	0	1	0	4	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_11: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	-
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	-

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	72	6	5	0	16	7	12	26	0
Nein	8	0	0	0	0	0	0	0	8
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	19	4	2	0	2	1	3	4	3
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_13: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Enthaltung
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	-
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	-
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Enthaltung
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Enthaltung
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	-

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	69	5	5	0	17	7	11	24	0
Nein	8	0	0	0	0	0	0	0	8
Enthaltung	4	1	0	1	0	0	1	0	1
Abwesend	19	4	2	0	1	1	3	6	2
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_14: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	-
Urgese Luca	FDP	-
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Enthaltung
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	72	8	3	0	18	8	12	23	0
Nein	11	0	0	0	0	0	0	0	11
Enthaltung	2	0	0	1	0	0	1	0	0
Abwesend	15	2	4	0	0	0	2	7	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_15: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Enthaltung
Alioth Catherine	LDP	Enthaltung
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Enthaltung
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Enthaltung
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Enthaltung
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Enthaltung
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	69	7	5	0	18	8	6	25	0
Nein	12	0	0	1	0	0	2	0	9
Enthaltung	6	0	0	0	0	0	5	0	1
Abwesend	13	3	2	0	0	0	2	5	1
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_16: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Enthaltung
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	-
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Enthaltung
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Enthaltung
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	56	0	0	0	18	7	5	26	0
Nein	27	6	4	0	0	0	6	0	11
Enthaltung	4	2	0	0	0	0	2	0	0
Abwesend	13	2	3	1	0	1	2	4	0
Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Anhang C: Neue Vorstösse

Anträge auf Einreichung einer Standesinitiative

1. Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Verbot von Konversionstherapien in der Schweiz

21.5507.01

Konversionstherapien sind psychologische Therapien, die zum Ziel haben, die homosexuelle Veranlagung eines Menschen in eine heterosexuelle Neigung 'umzupolen' oder die Geschlechtsidentität von betroffenen Personen zu verändern. Diese Praxis folgt den irrigen Grundgedanken, dass Homosexualität eine «Krankheit» oder ein «Symptom» sei und mit entsprechender Behandlung therapiert werden könne.

Nur in seltenen bekannten Fällen werden Konversionstherapien von Psychiater:innen durchgeführt und von Krankenkassen zurückerstattet. Es sind aber nicht ausschliesslich Ärzt:innen, die für Konversionstherapien verantwortlich sind. Diese vorgeblich «reparativen» Behandlungen werden von verschiedenen Personen, mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründen durchgeführt. Dazu gehören neben Ärzt:innen auch Coaches, Sexualberater:innen und Geistliche. Während Ärzt:innen mit der Durchführung einer Konversionstherapie gegen die Berufspflichten verstossen und mit Disziplinar massnahmen zu rechnen haben, existiert gegen die Konversionstherapien durch Coaches, Sexualberater:innen und Geistlichen keine Handhabe.

Konversionstherapien sind für betroffene Personen höchst traumatisierend. Das belegen zahlreiche Studien. Diese «Therapien» haben zum Ziel, den Betroffenen Schuldgefühle aufzubürden, was viele in die Verzweiflung treibt. Dabei sind Jugendliche besonders verletzlich. Sie können durch selbst ernannte «Heiler:innen» in psychische Krisen bis hin zu Depressionen und Suizid gestürzt werden.

Es gilt, solche Praktiken in der Schweiz zu verhindern. Homosexualität ist keine Krankheit und deswegen ist sie auch nicht therapiebedürftig. Es braucht deshalb eine klare Grenze und ein Verbot der Konversionstherapie einschliesslich strafrechtlicher Konsequenzen. Ein entsprechendes Gesetz soll dabei möglichst weit fassen und insbesondere auch für Fälle gelten, in welchen Minderjährige betroffen sind.

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Namen des Kantons Basel-Stadt bei der Bundesversammlung, gestützt auf Art. 160 Abs. I der Bundesverfassung, folgende Standesinitiative einzureichen:

«Das Bundesparlament und die Bundesbehörden werden ersucht,

- «Konversionstherapien» zu verbieten, welche zum Ziel haben, die sexuelle Orientierung bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu verändern;
- aufzuzeigen, ob für Psychologinnen und Psychologen, Therapeutinnen und Therapeuten, Seelsorgerinnen und Seelsorger usw. die solche anwenden, ein Berufsverbot erwirkt werden kann;
- aufzuzeigen, was die Konsequenzen bei Zuwiderhandeln sein können.

Johannes Sieber, Annina von Falkenstein

2. Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen für eine Vollasoziiierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe

21.5516.01

Mit Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB §20 Abs. 2

Die EU hat kommuniziert, dass 18 Drittstaaten ohne Abkommen am EU-Forschungsprogramm Horizon Europe teilnehmen können - nicht aber die Schweiz. Diese stossende Diskriminierung der Schweiz darf nicht hingenommen werden. Selbst die europäischen Forschungspartner haben in der Zwischenzeit reagiert: Rund 20 europäische Forschungsorganisationen und -netzwerke fordern nach dem gescheiterten Rahmenabkommen die Teilnahme der Schweiz am EU-Forschungsprogramm Horizon Europe.

Basel als einer der wichtigsten Forschungs-Standorte der Schweiz mit der Universität Basel, dem Swiss Tropical and Public Health Institut, dem ETH-Department of Biosystems Science and Engineering, der Fachhochschule Nordwestschweiz, dem Friedrich Miescher Institut pflegt seit langer Zeit intensive Zusammenarbeiten mit europäischen Hochschulen. Diese Forschungsk Kooperationen sind für Basel vital.

Der Ausschluss der Schweiz vom Forschungsprogramm Horizon verhindert Mobilität, Kooperation und Wissenstransfer und schliesst einerseits die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die Studierenden vom europäischen Bildungsmarkt aus und schwächt andererseits die Anziehungskraft und Bedeutung der Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitute.

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Namen des Kantons Basel-Stadt der Bundesversammlung, gestützt auf Art. 160 Abs. I der Bundesverfassung folgende Standesinitiative einzureichen:

«Das Bundesparlament und der Bundesrat werden gebeten, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Schweiz weiterhin am EU-Forschungsprogramm Horizon Europe beteiligt sein kann.»

Beat von Wartburg, Catherine Alioth

Motionen**1. Motion betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote**

21.5508.01

Gemäss § 11 der Kantonsverfassung haben Eltern das Recht innert angemessener Frist zu finanziell tragbaren Bedingungen eine staatliche oder private familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeit für ihre Kinder zu bekommen.

*Verfassung §§ 11
Diese Verfassung gewährleistet überdies:*

- a) *das Recht, dass Eltern innert angemessener Frist zu finanziell tragbaren Bedingungen eine staatliche oder private familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeit für ihre Kinder angeboten wird, die den Bedürfnissen der Kinder entspricht,*

Eine solche wird durch die Tagesbetreuung und an den Kindergärten und den (Primar)Schulen durch ein Tagesstrukturangebot gewährleistet. Geregelt letzteres bisher mit Paragraph 73§ im Schulgesetz.

§ 73[153]

Unterrichtszeit und Tagesstrukturen in der Volksschule

1 Am Vormittag erfolgt der Unterricht in der Volksschule im Rahmen von Blockzeiten.

2 Ergänzend zu den Unterrichtszeiten gewährleistet die Schulleitung in der Volksschule ein bedarfsgerechtes, nach pädagogischen Grundsätzen geführtes Betreuungsangebot (Tagesstrukturen).

3 Bei der Festlegung der Zeitorganisation von Unterricht und Tagesstrukturen werden die Bedürfnisse der Kinder und Familien berücksichtigt.

4 Die Betreuungsleistung in den Tagesstrukturen kann von privaten Institutionen erbracht werden.

Angesichts der Tatsache, dass das Tagesstrukturangebot in den kommenden Jahren stark ausgebaut werden soll – es soll künftig für 50% der Kinder zur Verfügung stehen – und die Leistungen sowohl von privaten Institutionen als auch vom Staat an den Schulen selbst sowie an externen Standorten angeboten werden, vertreten die Unterzeichnenden die Ansicht, dass für das familienergänzende Tagesstrukturangebot ein eigenes Gesetz erstellt und somit die Einflussnahme des Grossen Rates und allenfalls der Stimmbürgerschaft erhöht werden sollte. Mittels dieses Gesetzes sollen auch die Ferienangebote geregelt werden, die allen Kindern und Jugendlichen der Stadt offenstehen müssen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, dem Grossen Rat innert Jahresfrist eine entsprechende Gesetzesvorlage zu unterbreiten.

Darin sollen Aussagen u.a. zu folgenden Punkten enthalten sein:

- Zweck und Gegenstand der Tagesstrukturen
- Grundsätze für die Tagesstrukturen, Aufsicht sowie Förderung der Angebote und Qualität, Betreuungsverhältnis und fachliche Qualifikation des Personals, räumliche und pädagogische Voraussetzungen
- Zweck und Gegenstand der Ferienbetreuung
- Grundsätze für die Ferienbetreuung, Aufsicht sowie Förderung der Angebote und Qualität, Betreuungsverhältnis und fachliche Qualifikation des Personals, räumliche und pädagogische Voraussetzungen
- Art und Organisationsformen der Leistungserbringenden
- Leistungen und Anspruchsberechtigung für alle Eltern gemäss Verfassung und entsprechend den Bedürfnissen der Kinder
- Zusammenarbeit der Leistungserbringenden mit Erziehungsberechtigten, Schulen und dem Kanton
- Finanzierung der Angebote
- Regelung des Datenschutzes

Claudio Miozzari, Claudia Baumgartner, Marianne Hazenkamp-von Arx, Brigitte Gysin, Laurin Hoppler, Brigitte Kühne, Sasha Mazzotti, Michelle Lachenmeier, Alexandra Dill, Barbara Heer, Kerstin Wenk, Michela Seggiani, Nicole Amacher, Salome Bessenich, Franziska Roth, Oliver Bolliger, Beatrice Messerli, Oliver Thommen, Christoph Hochuli, Melanie Nussbaumer, Beda Baumgartner, Heidi Mück, Patrizia Bernasconi, Tobias Christ, Daniel Albiets, Johannes Sieber

2. Motion betreffend quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen

21.5509.01

Während die Treibhausgas-Emissionen in vielen Sektoren rückläufig sind, haben sie sich im Verkehr in den letzten Jahren zu wenig bewegt. Die aktuellen Maßnahmen reichen nicht aus, um genügend CO₂ einzusparen und der Klimakrise entgegen zu wirken. Mitschuld an dieser Situation hat ein simpler Grund: Anders als zum Beispiel die energetische Isolation eines Hauses, ist Mobilität Gewohnheitssache. Menschen bewegen sich tendenziell so fort, wie sie es auch schon am Vortag und in der letzten Woche gemacht haben. Das Resultat: Die Veränderung der Mobilitätsgewohnheiten hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmittel verändert sich nur träge.

Autofreie Tage sind ein etabliertes und in der Bevölkerung gern gesehenes Mittel vieler Städte, um neuen Schwung in die festgefahrene Verkehrspolitik, sowie auch die Gewohnheiten der Bevölkerung zu bringen. In Basel gibt es zwar bereits die „Umwelttage“ und die „Mobilitätswoche“, autofreie Tage sind bis anhin jedoch nicht Teil davon. Dieses Konzept könnte jedoch gut in bestehende Angebote einfließen: In der Stadt Bern wird das bereits gemacht: Dort werden autofreie Tage in Quartieren im Rahmen der „Berner Umwelttage“ umgesetzt¹: Menschen kommen, unabhängig von ihrem sozialen Status, mit Fahrrädern, Skateboards, Trotinetts oder zu Fuß im Freien zusammen, um den so gewonnenen Raum gemeinschaftlich zu erleben und zu nutzen. Um nicht immer die ganze Stadt abzuriegeln, beschränkt sich die autofreie Zone immer auf ein Quartier, welches dann bespielt werden kann. Zudem sollen Ausnahmen für Not- und Lieferfahrzeuge sowie für Pikettdienste möglich sein. Auch sollte der öffentliche Verkehr nicht eingeschränkt werden.

Die Wirkung und das Ziel autofreier Tage geht weit über die bloße CO₂-Reduktion an einem bestimmten Tag hinaus. Solche Tage ermöglichen der Bevölkerung, sich ihre Stadt mit wesentlich weniger Autos vorzustellen. Sie stellen große öffentliche Flächen zur Verfügung, die anderweitig genutzt und aufgewertet werden können. Sie durchbrechen die starren Verkehrsroutinen und geben einen Anreiz, neue Mobilitätsgewohnheiten zu etablieren. Somit können autofreie Tage Auslöser einer Veränderung in Richtung nachhaltiger Mobilität sein, die weit über diesen Tag hinausgeht. Auf diese Weise wird der Wandel zu einer nachhaltigen Mobilität stärker in die Bevölkerung getragen, wenn nicht sogar angestoßen. Das autofreie Leben erlebbar zu machen ist auch eine der Stossrichtungen, in welche die Mobilitätsstrategie zur Umsetzung des Gegenvorschlags der „zämme-besser Initiativen“ gehen will. Autofreie Tage, ähnlich wie sie in Bern bereits umgesetzt werden, könnten dabei als konkrete Maßnahme mitgedacht werden.

Die Motionär:innen beauftragen darum den Regierungsrat, quartierbezogene autofreie Tage einzuführen und sie mit einer Kommunikation zu begleiten welche hilft aufzuzeigen, dass eine autoärmere und verkehrsberuhigte Stadt zu mehr Lebensqualität führt.

¹ Vgl. <https://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/nachhaltigkeit/umwelttage>

Laurin Hoppler, Franz-Xaver Leonhardt, Harald Friedl, Raffaella Hanauer, Joël Thüring, Beatrice Messerli, Lea Wirz, Tonja Zürcher, Fleur Weibel, Claudio Miozzari, Alexandra Dill, Jérôme Thiriet, Marianne Hazenkamp-von Arx, Stefan Wittlin, Salome Bessenich, Oliver Bolliger, Oliver Thommen, Johannes Sieber, Heidi Mück, Patrizia Bernasconi

3. Motion betreffend vermehrte WC-Anlagen im öffentlichen Raum

21.5510.01

Der Regierungsrat ist gemäss der Interpellation Nr. 67 der Meinung, «dass das Angebot an öffentlichen Toiletten, im Innenstadtparimeter durch die "netten Toiletten" ergänzt, ausreichend ist.» Im Vergleich mit anderen Schweizer Städten stehe Basel «an der Spitze in puncto Versorgung mit öffentlichen Toilettenanlagen».

Aus Sicht der Unterzeichnenden sollte für den Regierungsrat schon alleine angesichts der vielen Vorstösse (zum Beispiel Jörg Vitelli (17.5110), Toya Krummenacher (17.5103), Heiner Vischer (17.5120,16.5349)) erkennbar sein, dass es in der Bevölkerung ein Bedürfnis für mehr und zudem auch kinderfreundliche Toilettenanlagen im öffentlichen Raum auch abseits der Innenstadt gibt. Zudem ist es in Parks eine Herausforderung für die Pflanzen und wohl auch für die Mitarbeitenden der Stadtgärtnerei, da sich die Menschen dann wild erleichtern. Nachvollziehbar ist, dass nicht an jedem Standort eine Anlage für CHF 200'000 installiert werden kann. Jedoch könnte hier eine auch nur saisonal installierbare, chemikalienfreie, kostengünstigere Variante zum Zuge kommen. Andernorts wären (permanente) kinderfreundliche Toilettenanlagen, gerade in Parks oder bei zentralen Plätzen, ein klares Bedürfnis der Bevölkerung. Dies wäre zudem eine weitere Anstrengung im Sinne der «kinder- und jugendfreundliche Unicef-Gemeinde».

Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat auf, das Gesamtkonzept betreffend Toilettenanlagen aus dem Jahr 2004 zu überarbeiten, wobei gewährleistet sein muss, dass

1. auch auf kleineren öffentlichen Anlagen eine Toilette installiert wird.
2. in Parks und zentralen Plätzen kinderfreundliche WC-Anlagen installiert werden.
3. bei geringen Nutzendenzahlen auch eine nicht festmontierte Toilette installiert oder saisonal angemietet wird.
4. das Angebot von netten Toiletten in den Wohnquartieren als Ergänzung zu einem oben beschriebenen Angebotsausbau geprüft wird.

Oliver Thommen, Toya Krummenacher, Harald Friedl, Beatrice Messerli, Georg Mattmüller, Oliver Bolliger, Christoph Hochuli

4. Motion betreffend Definition preisgünstiger Wohnungsbau und Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Bebauungspläne

21.5511.01

Die meisten schweizerischen Städte definieren raumplanerische Ziele im Rahmen der Sondernutzungsplanung in Ihrer Bau- und Zonenordnung. Diese raumplanerischen Ziele beinhalten insb. die Möglichkeit der Festlegung eines Anteils von gemeinnützigem Wohnungsbau resp. Wohnungsbau nach Kostenmiete gemäss der Definition des eidgenössischen Wohnraumförderungsgesetzes (WFG; SR 842). Die Regierung des Kanton Basel-Stadt hingegen ist der Ansicht, dass solche Regelungen im Bebauungsplan keinen Platz haben. Gleichzeitig sieht der aktuelle kantonale Richtplan, welcher vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) geprüft und vom Bundesrat genehmigt wurde, bei den Arealentwicklungen jedoch vor, dass "mindestens ein Drittel preisgünstiger Wohnraum" anzustreben ist (Planungsziel C).

Für den Kanton Basel-Stadt bleibt damit aber unklar, was preisgünstiger Wohnungsbau genau heisst. Die Regierung beruft sich bei der Definition des preisgünstigen Wohnungsbaus lediglich auf ihre Beantwortung der schriftlichen Anfrage G. Mattmütter (19.5485.02). Die dort erstmals erwähnte Auslegung ist dabei eine eigenständige Definition unabhängig von der bisherigen schweizerischen Rechtsprechung und -anwendung. Andere Kantone und Gemeinden orientieren sich bei ihrer Definition am seit Jahrzehnten bestehenden eidgenössischen Wohnraumförderungsgesetz (WFG; SR 842). Dort ist, basierend auf der Bundesverfassung, die sogenannte Kostenmiete definiert. Diese Kostenmiete wird vom Bundesamt für Wohnungswesen im Anfechtungsfall jeweils geprüft. Diese Definition besteht seit Jahren, ist juristisch klar und hat sich in der Anwendung bewährt. Dadurch sind auch Investorinnen bereit, nach den Prinzipien der Kostenmiete resp. nach dem WFG zu bauen und die Wohnungen entsprechend zu bewirtschaften.

Zusätzlich zur Definition des preisgünstigen Wohnungsbaus muss für zukünftige Arealentwicklungen diese richtplanerische Grundlage als Inhalt von Bebauungsplänen zugelassen werden. Die Bau- und Raumplanungskommission hat in diversen Bebauungsplänen entsprechende Regelungen festgesetzt, dies zum Teil mit unterschiedlichen Begriffen. Volta-Nord/Lysbüchel: Abgabe von mindestens 30% der Baufelder an Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus; Messe/Rosentalurm: Abgabe von 40% des reinen Wohnanteils in Kostenmiete; Nautentor: mindestens 12'000m² preisgünstige Wohnungen etc.

Der Handlungsbedarf ist eindeutig: Der unpräzise Begriff «preisgünstiger Wohnraum» gemäss kantonaler Richtplanung muss erstens für alle Involvierten klar und nachvollziehbar definiert und zweitens die rechtliche Grundlage für eine entsprechende Festlegung in Bebauungsplänen geschaffen werden. Eine entsprechende Ergänzung des Bau- und Planungsgesetz (primär § 101 BPG) ist naheliegend und würde dem Raumplanungsverständnis anderer Schweizer Gemeinwesen entsprechen, aber auch eine Definition von preisgünstigem Wohnraum nach Kostenmiete im kantonalen WRFG ist denkbar.

Die vorliegende Motion verlangt die Definition des preisgünstigen Wohnungsbaus resp. Wohnungsbau nach Kostenmiete und dessen gesetzliche Verankerung und Anwendbarkeit in Bebauungsplänen, nicht die Festlegung eines bestimmten Anteils von preisgünstigem Wohnungsbau. Der Anteil (in Prozenten oder m²) muss weiterhin im Rahmen der parlamentarischen und demokratischen Prozesse unter Einhaltung der Richtplanung im Einzelfall festgesetzt werden.

Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit und klaren Forderungen fordern die MotionärInnen die Regierung daher auf, Innert eines Jahres nach Überweisung folgendes umzusetzen:

1. Den Begriff preisgünstiger Wohnungsbau zu definieren und sich dort, wie viele andere Kommunen, an das bestehende Wohnraumförderungsgesetz des Bundes (WFG) zu halten;
2. Die gemäss Ziff. 1. erarbeitete Definition in das BPG (allenfalls auch ein anderes Gesetz) aufzunehmen, damit diese Definition für alle künftigen Bebauungspläne Grundlage sein kann.

René Brigger, Salome Bessenich, Harald Friedl, Roger Stalder, Johannes Sieber, Bülent Pekerman, Tim Cuénod, Thomas Gander, Pascal Pfister, Alexandra Dill, Sasha Mazzotti, Georg Mattmüller, Jérôme Thiriet, Jeremy Stephenson, Michael Hug, Christoph Hochuli, Stefan Wittlin, Daniel Albietz, Thomas Widmer-Huber, Tonja Zürcher

5. Motion betreffend gleich lange Spiesse in den Quartieren bei Bauvorhaben

21.5517.01

Die schöne Eckliegenschaft am St.Johanns-Platz mit der Pizzeria «Da Gianni» und ihrem schattigen Garten hat für sehr viele Menschen in- und ausserhalb des Quartiers einen wichtigen Stellenwert. Entsprechend kam es seit Bekanntwerden eines Umnutzungsprojekts zu vielen Interventionen auf politischer, medialer und juristischer Ebene.

Die demokratischen Grundprinzipien blieben soweit erkennbar formell gewahrt. Dies gilt aber genauer betrachtet nicht für alle juristischen Aspekte. Es wäre nämlich auch aus quartierdemokratischer und individueller Optik wichtig, dass in einem solchen Fall kantonale Gerichte über die Rechtmässigkeit der Umnutzung (im vorliegenden Fall eines Abbruchs unter Umwandlung in Stockwerkeigentum) hätten entscheiden können, sofern der Wille zur Überprüfung vonseiten Betroffener vorhanden ist.

Vorliegend war dieser Wille sehr wohl vorhanden, doch Einsprachen scheiterten, weil die Kostenrisiken von Quartierbewohnenden und NGOs viel zu hoch waren und Verfahren daher vorzeitig abgebrochen werden mussten.

Dies entspricht einem Kernproblem im Baurecht: Gerichtsgebühren (auch wenn sie ermässigt sind) und erst recht die Risiken hoher fünf- bis sechsstelliger anwaltlicher Kosten der Bauherrschaft führen regelmässig dazu, dass Betroffene auf demokratisch legitimierte Überprüfungsmöglichkeiten verzichten müssen. Dieses Problem stellt sich nicht nur beim «Da Gianni», sondern immer mal wieder in Liegenschaften in allen Quartieren.

Es stünde daher einem Rechtsstaat gut an, dass er die Ausübung demokratischer Mittel in gewissem «normalen» Rahmen erlaubt und nicht (ungewollt) vereitelt. Das Beispiel des Bau- und Gastgewerbeinspektorats mit seinem kostenlosen Einspracheverfahren belegt, dass dies grundsätzlich möglich ist, und zwar unter voller Wahrung der Zielsetzungen des Raumplanungsrechts wie dem Beschleunigungsgebot.

Es besteht daher genügend Anlass, eine ähnliche Regelung auch für das kantonale Rekursverfahren vorzusehen. Niemand wird unter einer gerechten neuen Kostenregelung zu leiden haben, und es ist keine zeitliche Verzögerung zu befürchten. Wie sich im parallelen Anliegen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten, dem der vorliegende Gesetzestext nachempfunden ist (§ 2a Gerichtsgebührengesetz, 154.800), zeigt, ist es seit Einführung jener Regelung per 5. Juli 2018 zu keinen Veränderungen in den einschlägigen Verfahren gekommen.

Und sollte ausnahmsweise - was überall vorkommen kann, beispielsweise durch einen missgünstigen Nachbarn - ein Rekursverfahren offensichtlich verzögernd («trölerisch») wirken, so ist mit der vorgeschlagenen Formulierung in § 2b Abs. 3 dafür gesorgt, dass solches Verhalten erst gar nicht vorkommt und auch nicht belohnt wird.

Die Unterzeichnenden möchten die Regierung verpflichtet, innert 6 Monaten eine Vorlage vorzulegen, durch welche das Gesetz über die Gerichtsgebühren vom 16.1.1975 (154.800) wie folgt ergänzt wird:

§ 2b (neu)

¹ In Verfahren vor kantonalen Rekursinstanzen, die ihren Ursprung beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat haben und die ein Bauvorhaben für einzelne Quartierliegenschaften betreffen, werden keine Parteientschädigungen gesprochen.

² In solchen Verfahren betragen die Gerichtsgebühren minimal Fr. 200 und maximal Fr. 500.

³ Bei mutwilliger Prozessführung können einer Partei die Verfahrenskosten ganz oder teilweise auferlegt werden.

Beat Leuthardt, Thomas Mury, Joël Thüring, Pascal Pfister, Tim Cuénod, Felix Wehrli, Balz Herter, Bülent Pekerman, Barbara Heer, Beatrice Messerli, Christian von Wartburg, Michelle Lachenmeier, Alex Dill, Christoph Hochuli

Anzüge

1. Anzug betreffend Schaffung einer Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen

21.5497.01

Gemäss Schätzungen gibt es in der Schweiz rund 30'000 Menschen mit pädophilen Neigungen. Ein Grossteil davon sind Männer. Wenn sie ihre Neigung ausleben, machen sie sich strafbar – sei es, in dem sie Kinderpornografie konsumieren oder gar ein Kind sexuell misshandeln. Um dies zu verhindern, unterstützt der Bund seit letztem Herbst entsprechende Präventionsangebote für Pädophile finanziell. So soll erreicht werden, dass Menschen, die sich zu Kindern angezogen fühlen, gar nicht erst zu Tätern werden.

Nun hat der Kanton Zürich, als erster Kanton der Schweiz, reagiert und ein umfassendes und kostenloses Beratungsangebot geschaffen: Die Präventionsstelle Pädosexualität.

Die zuständige Gesundheitsdirektorin, Regierungsrätin Natalie Rickli, und der Zürcher Ständerat, Daniel Jositsch, haben auf Bundesebene jahrelang für eine entsprechende Subventionierungshilfe des Bundes gekämpft. Durch dieses Engagement der beiden Politiker hat der Bund im Herbst 2020 reagiert und die Kantone aufgefordert, entsprechende Therapie-Angebote auszuarbeiten.

Mit dem Aufbau der besagten Präventionsstelle hat die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich die Klinik für forensische Psychiatrie der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) beauftragt. Das Projekt ist vorerst auf drei Jahre beschränkt. Eine erste Tranche von CHF 250'000 zur Finanzierung hat der Zürcher Regierungsrat bereits gesprochen. Die Fachstelle soll auch mit bestehenden, privaten, Angeboten zusammenarbeiten.

Wie erfolgreich ein solches Angebot sein kann, zeigen Zahlen der renommierten Berliner Charité, die das Projekt «Kein Täter werden» vor 15 Jahren ins Leben gerufen hat. So verüben lediglich 2% der Pädophilen, die eine solche niederschwellige Therapie besucht hatten, irgendwann einen sexuellen Übergriff auf ein Kind. Eine ähnlich hohe Erfolgsquote wäre deshalb wohl auch in der Schweiz möglich.

Die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel UPK sind für das Thema zwar sensibilisiert und bieten in diesem Bereich Hilfe an. Jedoch ist festzustellen, dass das Angebot bis dato kaum genutzt wurde. Entsprechend hat sich die UPK vor Kurzem gemeinsam mit Vertretern der auf Pädophilie spezialisierten psychiatrischen Institutionen in Frauenfeld, Genf und Zürich zusammengetan, um ein Präventionsnetzwerk auf die Beine zu stellen. Hierfür wurde der Gründer besagter Anlaufstelle in Berlin («Kein Täter werden») beauftragt, ein Schwesternetzwerk «Kein Täter

werden Suisse» aufzubauen. Die Finanzierung dieses Netzwerks ist noch nicht gesichert und es ist unklar, welchen finanziellen Beitrag die Kantone – namentlich also auch der Kanton Basel-Stadt – leisten könnte und möchte.

Es ist den Anzugsstellenden deshalb ein Anliegen, dass ein solches Projekt, welches mit Beteiligung der UPK Basel über ein interkantonales Netzwerk wie bspw. «Kein Täter werden Suisse» mitunterstützt werden könnte, durch den Kanton Basel-Stadt vorangetrieben werden kann.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, wie er sich finanziell am Aufbau einer kantonalen Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädosexuellen Neigungen beteiligen könnte resp. dieses mit Dritten, wie bspw. der UPK, Privaten und/oder anderen Kantonen, aufbauen kann.

Joël Thüring, Catherine Alioth, Michela Seggiani, Edibe Gölgeli, Jérôme Thiriet, Andrea Strahm, Balz Herter, David Wüest-Rudin, Annina von Falkenstein, Beatrice Messerli, Johannes Sieber, Mahir Kabakci, Sandra Bothe, Pascal Messerli, Christoph Hochuli, Fleur Weibel, Daniela Stumpf, Brigitte Gysin, Thomas Widmer-Huber, Oliver Bolliger, Michelle Lachenmeier, Toya Krummenacher, Laurin Hoppler

2. Anzug betreffend "Ferienstrassen" für Basel: Temporäre kinderfreundliche Umnutzung von Quartierstrassen während der Sommerferien

21.5512.01

Viele Kinder und Familien verbringen einen grossen Teil ihrer Sommerferien zuhause in Basel-Stadt. Gerade für Kinder im schulpflichtigen Alter sind dabei die Qualität von ausreichend Grün- und Freiräumen sowie deren selbstständige Erreichbarkeit im direkten Wohnumfeld entscheidend. Aber auch viele junge Erwachsene in Ausbildung sowie zahlreiche Berufstätige und ältere Personen verbringen den Grossteil der Sommerzeit an ihrem Wohnort und profitieren von attraktiven Freiräumen in der direkten Umgebung.

Während der Sommerferienzeit besteht also einerseits ein gesteigertes Bedürfnis nach Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien, gleichzeitig ist diese Zeit auch eine natürlich verkehrsberuhigte Phase: Jedes Jahr nimmt in Basel-Stadt der motorisierte Verkehr während der Sommerferien markant ab. So reduzierte sich der Verkehr in den letzten Jahren im Juli und August beispielsweise an der Wettsteinbrücke im Schnitt um etwa 15%.

Es bietet sich entsprechend an, während der Sommerferien einzelne Quartierstrassen oder Quartierstrassenabschnitte in besonders dichten Nachbarschaften als "Ferienstrassen" temporär umzunutzen.¹ Insbesondere die Quartiere im Unteren Kleinbasel (Klybeck, Rosental, Clara, Matthäus, Kleinhüningen), aber auch die Quartiere Gundeldingen und St. Johann weisen eine hohe Wohndichte bei vergleichsweise wenig Grün- und Freiräumen auf. Für eine Umnutzung könnte in einem ersten Schritt bei bestehenden Spielstrassen angeknüpft werden, idealerweise sollten "Ferienstrassen" aber umso mehr in Nachbarschaften realisiert werden, die keine Spielstrassen, aber Bedarf sowie geeignete Strassen(-abschnitte) aufweisen.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat:

1. Geeignete Quartierstrassen oder Strassenabschnitte zu definieren, die während der Sommerferien temporär als Ferienstrassen und Aufenthaltsorte gestaltet werden können;
2. Ausarbeiten, ob und wie für geeignete Strassen(-abschnitte) eine temporäre Durchfahrtsbeschränkung (bspw. nur für Anwohnende, ansässige Betriebe, Zuliefernde und Blaulicht) eingeführt sowie temporäre Nutzungsumwidmungen von Strassenflächen umgesetzt werden könnten.
3. Dabei insb. auf eine klimaangepasste Gestaltung durch genügende Beschattung und Abkühlung – bspw. durch Sonnensegel, Pergolen und Wasserspiele rund um Hydranten – sowie vielseitige Bewegungsangebote durch Markierungen und mobile Spielelemente für Bedürfnisse verschiedener, vor Ort anwesender Altersgruppen – bspw. von Rutschbahn bis zum Schachfeld – zu achten;
4. Bei der Gestaltung und Nutzung die jeweiligen Anwohnenden und das ansässige Gewerbe einzubeziehen, sowohl in der Vorbereitung wie auch in einer anschliessenden Evaluation;
5. Sowie für die Gestaltung und Möblierung ein Konzept mit vorhandenen, wiederverwendeten oder wiederverwendbaren Elementen und Baumaterialien zu erarbeiten, ggf. auch unter Einbezug von Externen (bspw. durch einen Wettbewerb oder die Zusammenarbeit mit einer Fachhochschule).

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat zudem, im Rahmen der bereits bestehenden Möglichkeiten auch schon zeitnah erste Ideen oder einzelne Elemente testweise umzusetzen.

¹ Ähnliche Projekte gibt es bspw. in Wien (Aktion "Grätzloase": <https://graetzloase.at/>) oder Zürich ("Brings uf'd Strass": https://www.stadt-zuerich.ch/ted/de/index/taz/gestalten/brings_uf_d_strass.html)

Salome Bessenich, Lisa Mathys, Tonja Zürcher, Claudio Miozzari, René Brigger, Beatrice Messerli, Christoph Hochuli, Jo Vergeat, Daniel Sägesser, Danielle Kaufmann, Lea Wirz, Beat von Wartburg, Melanie Nussbaumer, Nicole Amacher, Sandra Bothe, Kerstin Wenk, Jenny Schweizer, Jean-Luc Perret, Heidi Mück, Stefan Wittlin, Fleur Weibel, Johannes Sieber, Michela Seggiani, Michael Hug, Jérôme Thiriet, Raphael Fuhrer, Sasha Mazzotti

3. Anzug betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus

21.5513.01

In Sicherheit, Friede und Würde zu leben ist ein Menschenrecht. Die im UNO-Abkommen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte festgehaltenen Menschenrechte beinhalten das «Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie [...], einschliesslich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung [...]» (Art 11).

Der Kanton Basel-Stadt steht in der Pflicht, die Grundrechte aller im Kanton anwesenden Personen sicherzustellen, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, in welchem Kanton sie angemeldet sind und wie lange sie hier sind. In Basel existieren staatliche und nichtstaatliche Angebote für Obdachlose, die Leistungen anbieten wie Tagesaufenthalt, Verpflegung, psychosoziale Betreuung, Übernachtungsmöglichkeiten, medizinische Erstversorgung und Angebote zur Hygiene (Waschmaschinen, Duschen). Allerdings beschränken die meisten Institutionen den Zugang ihres Angebots für nicht in Basel-Stadt angemeldete Personen auf ein Minimum (Studie FHNW2019, https://www.livesnccr.ch/sites/default/files/pdf/publication/lives_wp_76_drilling.pdf). Nicht zuletzt deswegen schlafen Obdachlose selbst im Winter im öffentlichen Raum, obwohl es in der Notschlafstelle freie Kapazität hätte; diese Menschen sind durch Unterkühlung, Gewalt und Krankheiten gefährdet.

Es muss sichergestellt werden, dass Obdachlose unabhängig vom Aufenthaltsstatus und Anmeldekanton besseren Zugang zu diesen Angeboten erhalten. Falls nötig müssen in Zusammenarbeit mit Privaten Dienstleistungen ausgebaut und Angebote den Bedürfnissen verschiedener Personengruppen angepasst werden. Der Kanton steht in der Pflicht, den koordinativen Lead zu übernehmen und wo nötig mit den entsprechenden Finanzmitteln Angebote auszubauen.

Wir fordern den Regierungsrat auf:

1. Eine Überprüfung aller staatlichen und privaten Angebote für Obdach- und Wohnungslose durchzuführen und Anpassungen an Zugang, Qualität, Angebot und Quantität vorzunehmen, um die Sozialrechte aller Obdach- und Wohnungsloser in Basel-Stadt sicherzustellen,
2. dabei insbesondere niederschwellige Übernachtungsangebote einzurichten zum Schutz vor Kälte im Winter, wie Z.B. im Winternotprogramm im Hamburg oder Kältehilfe Berlin.
3. Zu prüfen, ob ganzjährige Übernachtungsangebote zur Sicherung der sozialen Rechte und zur Entlastung der intensiven Nutzung der Parks beitragen können,
4. dabei den Grundsatz der Niederschwelligkeit zu beachten und Übernachtungsangebote bei nichtstaatlichen Organisationen (z.B. Kirchen) zu koordinieren, und bei Bedarf den Ausbau finanziell zu unterstützen.
5. Niederschwellige, mehrsprachige Beratungsangebote für Armutsreisende aufzubauen, Z.B. betreffend Hilfe zur Stellensuche, Hilfe zur Rückkehr, alltägliche und gesundheitliche Versorgung. Die Umsetzung der Grazer Idee eines Informations-, Begegnungs- und Beratungscenter soll geprüft werden.
6. Staatliche Stellen und private Institutionen dabei zu unterstützen, zielgruppenspezifisches Fachwissen aufzubauen und dabei Erfahrungen aus anderen Schweizer und europäischen Städten einzubeziehen.
7. Sicherzustellen, dass Betroffene in die Planung der Massnahmen einbezogen werden.

Tonja Zürcher, Barbara Heer, Oliver Bolliger, Beatrice Messerli, Heidi Mück, Lea Wirz, Oliver Thommen, Sasha Mazzotti, Melanie Nussbaumer, Eric Weber, Danielle Kaufmann, Beda Baumgartner, Toya Krummenacher, Fleur Weibel, Michela Seggiani, Edibe Gölgeli, Mahir Kabaci

4. Anzug betreffend Anti-Diskriminierungsmassnahmen zum Thema Betteln

21.5514.01

Die Tätigkeit des Bettelns ist gesellschaftlich stigmatisiert und es gibt viele Vorurteile und Mythen über Bettelbosse. Über die tatsächlichen Lebensrealitäten von Armutsreisenden ist wenig bekannt. Betteln ist keineswegs ausschliesslich eine Roma-Problematik, sondern die Ursachen sind Mittellosigkeit und soziale Vulnerabilität, deren Ursachen tief in den Heimatländern von Armutsreisenden wurzeln. Es ist denn auch nicht Kultur, welche manche Angehörige von Roma Minderheiten zum Betteln bringt, sondern es ist extreme Armut, die im Falle der Roma das Resultat von jahrhundertelanger und heute fortgesetzter Diskriminierung ist. Roma erscheinen in Schweizer Medien hauptsächlich als arme Bettler*innen oder Sexarbeiter*innen, was die Stigmatisierung von Roma Minderheiten verstärkt. In der Schweiz langfristig wohnhaft sind rund 80'000 bis 100'000 Angehörige von Roma-Gruppierungen (<https://rroma.org/de/the-rroma/rroma-population/>), die den verschiedensten Berufen nachgehen. Viele geben sich in ihrem Umfeld nicht als Roma zu erkennen, aus Angst vor Ablehnung und Diskriminierung.

Der Europarat hat 2010 die «Strassburger Deklaration für Roma» verabschiedet. Roma Gruppierungen sind in vielen Teilen Europas sozial und ökonomisch marginalisiert, was die Bewahrung ihrer Menschenrechte und ihre gesellschaftliche Partizipation beeinträchtigt und Vorurteile schürt. Der Europarat sieht die Verantwortung für die Förderung der Inklusion von Roma bei den Staaten, wo sie langfristig niedergelassen sind, es gibt aber auch transnationale Herausforderungen rund um die Menschenrechte von migrierenden Roma, welche viele Städte in Europa, inklusive Basel, betreffen. Die Deklaration verlangt von den Mitgliedstaaten, zu denen die Schweiz gehört, Massnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Roma, Massnahmen gegen Diskriminierung, Stigmatisierung und Hate Speech, Massnahmen gegen Menschenhandel, Massnahmen zur Sicherstellung des Zugangs zum Gesundheitswesen usw.

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit der sensiblen Thematik rund um Armutsreisende mit Roma Hintergrund und der Bewahrung der Menschenrechte und Menschenwürde ist es wichtig, dass Basel gute Prozesse entwickelt, wie mit der dynamischen Situation umgegangen wird. Eine Stelle in der Verwaltung soll den überdepartementalen Lead übernehmen, Knowhow aufbauen und einen ganzheitlichen Ansatz mit einem Aktionsplan umsetzen, der neben der gesetzlichen Grundlage zum Betteln Antidiskriminierungsmassnahmen und Massnahmen betreff Sicherstellung der sozialen Rechte berücksichtigt. Es soll ein langfristig existierender runder Tisch zur Thematik Betteln eingerichtet werden. Er soll u.a. zusammengesetzt werden aus verschiedenen Behörden, sozialen Institutionen, die in Kontakt mit den Betroffenen sind, Vertretende von Roma Minderheiten in der Schweiz, Wissenschaftler*innen und weitere Expertinnen. Als erfolgreiches Beispiel kann der runde Tisch St. Jacobi in Hamburg dienen.¹ Andere Städte haben mit Fachnetzwerken gute Erfahrungen gemacht (Eurocities 2017).²

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten:

- 1) dass ein ständiger runder Tisch zum Thema Betteln eingerichtet wird.
- 2) dass begleitende wissenschaftliche Forschung gefördert wird, welche fundiertes Wissen über die dynamische Situation erarbeitet, laufend die Grundlagen für zielführende Massnahmen reflektiert, und dies in den runden Tisch einbringt
- 3) dass der Kanton Mitglied der «European Alliance of Cities and Regions for the Inclusion of Roma and Travellers» wird, um sich europaweit bezüglich Best Practices und Expertise zu auszutauschen.
- 4) dass die Erfahrungen des Vereins Mesemrom (Genf) in den runden Tisch einfliessen.
- 5) dass Partizipation von Roma und Armutsreisenden in die Gestaltung von Massnahmen sichergestellt wird, wie es auch der Europarat empfiehlt.
- 6) dass der Bezug von Basel zu Roma Minderheiten historisch aufgearbeitet wird und zur Geschichte und aktuellen Situation der Roma in der Schweiz und in Europa eine Sensibilisierungskampagne durchgeführt wird.
- 7) dass eine Sensibilisierungskampagne zum Thema Betteln, extreme Armut und soziale Ausgrenzung geprüft wird.
- 8) dass der Kanton gezielte Hilfe zur Selbsthilfe in den Herkunftsregionen von armutsreisenden Roma unterstützt oder lanciert, umgesetzt durch Hilfswerke mit Erfahrung in niederschweligen Projekten für diskriminierte Roma-Minderheiten, mit Partizipation der Armutsreisenden in Basel.

¹ <https://iacobus.de/kirche-fuer-die-stadt/runder-tisch-st-jacobi>

² <https://eurocities.eu/latest/eurocities-report-maps-the-situation-of-roma-in-cities-in-europe/>.

Barbara Heer, Pascal Pfister, Tonja Zürcher, Lisa Mathys, Melanie Nussbaumer, Edibe Gölgeli, Nicole Amacher, Heidi Mück, Stefan Wittlin, Beatrice Messerli, Eric Weber, Fleur Weibel, Lea Wirz, Daniella Kaufmann, Sandra Bothe

5. Anzug betreffend ein attraktives Zentrum für Gundeldingen

21.5518.01

Das Gundeldinger Quartier hat in den letzten Jahren eine beachtliche Entwicklung erlebt, welches das Quartier für breite Bevölkerungskreise zum Wohnen, Arbeiten und für die Freizeit attraktiv gemacht hat. Im Stadtteilrichtplan Gundeldingen stellt der Regierungsrat sowohl "eine weitere Verbesserung für den Fussverkehr zur Unterstützung des lokalen Gewerbes" als auch eine mögliche langfristige Entlastung der Güterstrasse in Aussicht: "Das heisst, die Zufahrten sowie der Güterumschlag werden für Gewerbetreibende und Anwohnende zu bestimmten Zeiten bzw. mit entsprechender Genehmigung ermöglicht, die Strasse wird für den übrigen MIV gesperrt."

Die für die im Gundeldingen lebende und arbeitende Bevölkerung wichtigste Achse ist wohl die Güterstrasse mit zahlreichen Geschäften, Restaurationsbetrieben, Plätzen und wichtigen Umsteigemöglichkeiten. Die Temporeduktion auf Tempo 30 ist zwar grundsätzlich zu begrüssen. Es bleibt aber die Problematik, dass viele Personen die Güterstrasse für die Durchfahrt mit dem Auto nutzen, daneben mehrere Tramlinien durchfahren und die Güterstrasse für Velofahrende aufgrund der Fahrbahngestaltung gefährlich und für zu Fussgehende unübersichtlich ist. Die zahlreichen Verkehrsteilnehmenden führen auch dazu, dass der zentrale Tellplatz sein volles Potential nicht erreichen kann. Denn obschon es sich beim Nordteil um eine Begegnungszone handelt, ist dieser faktisch eine Durchfahrtsstrasse, die für Autofahrende nur kaum als Begegnungszone erkennbar ist. Mit dem aufgrund der Pariser Klimaziele sowieso langfristig nötigen Rückgangs des wie auch immer motorisierten Autoverkehrs, scheint es mit der Dornacher-, der Gundeldinger- und der Meret Oppenheimer-Strasse genug Ost-West-Verbindungen zu geben, um das Quartier wenigstens entlang der Güterstrasse zu entlasten. Die Umgestaltung soll in diesem Sinne die Lebensqualität der im Gundeldingen lebenden und arbeitenden Menschen verbessern, die Attraktivität für die anliegenden Geschäfte erhöhen und vor allem die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden verbessern.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. Wie die Güterstrasse mindestens zwischen Meret Oppenheimer-Platz und Tellplatz möglichst vom MIV-Durchgangsverkehr befreit werden kann?
2. Wie der nördliche Teil des Tellplatzes verkehrsfrei organisiert werden kann, insbesondere der Schliessung der Zufahrt von der Bruderholz- und der Tellstrasse?

3. Wie bis auf Höhe der Thiersteinallee der Verkehr soweit beruhigt werden kann, um die chaotische Situation an der Heiliggeistkreuzung aufzulösen? Insbesondere soll mindestens solange die Baustelle im Bereich Gundeldingerstrasse und neu Margarethenstrasse besteht eine Lichtsignalanlage geprüft werden.
4. Wie die geplante Überbauung Dreispitz Nord zu Fuss, mit dem Velo oder dem ÖV erreichbar wird und eine für zu Fussgehende jeglichen Alters attraktive, klimaschonende und sichere Querung der Reinacherstrasse möglich wird?

Oliver Thommen, Lea Wirz, Tonja Zürcher, Harald Friedl, Jérôme Thiriet, Marianne Hazenkamp, Claudia Baumgartner, Sandra Bothe, Melanie Nussbaumer

6. Anzug betreffend freiwillige Abgabe auf Flugtickets und CO2-Reduktionen am EAP fördern

21.5529.01

Nach der Ablehnung des revidierten CO₂-Gesetzes wird es nicht möglich sein, eine obligatorische Klima-Abgabe auf Flugtickets zu erheben, da dafür die gesetzliche Grundlage fehlt. Damit rückt das Prinzip der Freiwilligkeit in den Fokus: Es dürfte zahlreiche Flugreisende geben, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt bewusst sind und freiwillig eine Abgabe entrichten möchten. Reisenden, welchen die Möglichkeit von CO₂-Kompensationen noch nicht oder zu wenig bekannt ist, sollen diese zugänglicher gemacht werden.

Zwischen dem EuroAirport und der Stiftung myclimate gab es seit Sommer 2019 Gespräche über eine solche freiwillige Abgabe für Flugpassagiere. Es wurde sogar ein entsprechendes Konzept ausgearbeitet. Auch wurden im Tätigkeitsfeld des EuroAirports zwischen diesen Partnern zusätzliche Möglichkeiten zur Senkung der Klimabelastung diskutiert. Wohl mit Blick auf das erwartete CO₂-Gesetz sind diese Massnahmen nicht umgesetzt worden. Nun ist der richtige Zeitpunkt für die Reaktivierung des Projekts: Der Regierungsrat kann über seine Vertretung im Verwaltungsrat des EuroAirports Einfluss nehmen auf die Umsetzung von Massnahmen zum Schutz der Umwelt, beispielsweise durch die Einführung einer freiwilligen Abgabemöglichkeit.

Es wäre sinnvoll, Reisenden mit Abflug oder Ankunft auf dem EuroAirport vor Ort oder via digitalem Kanal (bspw. per Mail oder Smartphone) die Entrichtung einer freiwilligen Klima-Abgabe auf ihre Flugtickets zu ermöglichen. Diese Lösung wäre auch deshalb ideal, da die Fluggesellschaften, welche einer Abgabe zum Teil ablehnend gegenüberstehen, nicht tangiert wären.

Nach der 2020 erneuten Zertifizierung des EuroAirports mit der «Airport Carbon Accreditation» (ACA) Stufe 2, sollen nun möglichst rasch die Stufe 3 und 3+, was Optimierung bzw. Klimaneutralität bedeutet, angestrebt werden. Somit wäre eine Prüfung des CO₂-Reduktionspotenzials am EuroAirport auch von Seiten der Regierung wünschenswert.

In diesem Zusammenhang bitten die Anzugstellenden den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, ob,

1. seitens des EuroAirports Bereitschaft besteht, zeitnah Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses und zur Kompensation mittels einer freiwilligen Abgabe auf Flugtickets durch die Flugpassagiere umzusetzen,
2. und mit welchen Mitteln auf der Basis der weit vorangeschrittenen Vorarbeiten zwischen der Leitung des EuroAirports und der Stiftung myclimate Unterstützung durch den Kanton geleistet werden kann, um die Einführung einer freiwilligen Abgabe zeitnah umzusetzen,
3. bei einer allfälligen Nicht-Realisierung des erwähnten Projekts rasch andere Möglichkeiten für einen unkomplizierten Zugang zu freiwilligen Kompensationsmöglichkeiten geschaffen werden können,
4. Vergleiche der Emissionen des EuroAirports mit anderen Flughäfen - insbesondere in der Schweiz - vorliegen und in welchem Umfang der CO₂-Ausstoss in der Vergangenheit hatte reduziert werden können und wie dieser in Zukunft weiter reduziert werden kann.

Michael Hug, Tobias Christ

7. Anzug betreffend ein digitales Forum für Basel

21.5533.01

Heute bestehen für die digitale Nutzerin eine Unzahl von verschiedenen Apps für behördliche Dienstleistungen in Basel-Stadt (Z.B. von BVB, Stadtplan, Parksmart, Dräggwägg), zudem besteht ein reales Bedürfnis bei Einzelpersonen, Vereinen und Gewerben nach lokalen Kontakten. Dies zeigt sich besonders auch am Erfolg von gängigen Socialmedia- und Kommunikations-Plattformen, welche auch der Kanton rege nutzt. Das Problem bei dieser Nutzung von Social Media-Plattformen wie Facebook dabei ist einerseits die Monopolbildung bei einzelnen Unternehmen, welche sich auch der hiesigen demokratischen Kontrolle vollends entziehen, andererseits auch der Druck für Einzelpersonen, Gewerbe, Vereinen und insbesondere auch des Kantons sich auf Plattformen zu kommunizieren, welche punkto Datensicherheit und Respekt der Datenhoheit jeder (natürlichen und juristischen) Person mangelhaft sind.

Die Alternative wäre ein digitales Forum für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons, das sinnvollerweise auch für die Menschen der angrenzenden Kantone und Länder offen wäre. Dieses Forum sollte folgende Parameter erfüllen:

- Für alle Menschen in Basel-Stadt und idealerweise im Dreiland, ggf. auch für Tourists
- Mehrsprachigkeit (Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch, Türkisch, Serbokroatisch, etc.)

- Benutzendenfreundliche Registrierung und Bedienung
- Zusammenfassung von verschiedenen bereits bestehenden Apps oder Plattformen in einer App (Bsp. Basellive App, Too good to go App, Online-Bussen-Schalter, Immobilien-BaselAPP)
- Kommunikation zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern unkompliziert als Chat, Anruf oder Videoanruf
- Gewährleistung des Datenschutzes (DSGVO), Schweizer oder Basler Server, keine Werbung oder Datenauswertung (ausgenommen OGD). Der Datenschutzbeauftragte ist einzubeziehen
- Keine anonymen Nutzenden, nur mit verifiziertem Vor- Nachnamen
- Förderung des realen Austausches durch interaktiven und digitalen Austausch
- Ökologischer Betrieb der technischen Infrastruktur
- Zugang als Webseite und als App
- Ressourcen zur Vertrauensschaffung, zur Sicherung der Reichweite und zur Attraktivitätspflege

Folgende (Schnittstellen zu) Dienstleistungen sollte ein digitales Forum anbieten:

- Übersichtliche Publikation amtliche Mitteilungen
- Informationen für und über Gewerbe, Vereine, Verwaltung und Politik
- Ein Marktplatz für das lokale Gewerbe und für den Tausch und Verkauf von Einzelpersonen
- Eine Agenda mit Veranstaltungen auf einen Blick
- Diskussionsforen zu Themen in Basel und Durchführung von Umfragen
- Zugang zu lokalen Nachrichten
- Mobilitätsdienstleistungen

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. Wie viele Apps der Kanton betreibt oder an wie vielen er beteiligt ist, welche Kosten diese in der Entwicklung und Betrieb bisher jährlich verursachen bzw. verursacht haben und welche Nutzendenzahlen diese verzeichnen?
2. Auf welchen Socialmedia- und Kommunikationsplattformen der Kanton registriert ist und wie er diese nutzt, wie er die Effektivität dieser Kommunikation misst und bewertet und wie er je Plattform die Datensicherheit und den Datenschutz bewertet und kontrolliert?
3. Welche Erfahrungen andere Gemeinden, Städte oder Kantone mit eigenen Plattformen/Foren gemacht haben und welche Rückschlüsse sich für die Situation von Basel und im Dreiland ergeben?
4. Den Aufbau einer digitalen Plattform unter Berücksichtigung obiger Ausführungen.

Oliver Thommen, Harald Friedl, Jérôme Thiriet, Sandra Bothe, Johannes Sieber

8. Anzug betreffend Zuwandererkriminalität reduzieren

21.5539.01

Zu den Besonderlichkeiten der politischen Zustände in unserem Kanton gehört, dass wir ein hohes Mass an Kriminalität derer zulassen, die zu uns kommen, weil sie angeben, schutzbedürftig zu sein. Dass die Kriminalität unter Migranten allgemein und unter Asylantragsstellern im Besonderen weit über dem Durchschnitt der heimischen Bevölkerung liegt, ist eine statistisch belegte Tatsache - und dass, obwohl vieles getan wird, diese Tatsache zu verschleiern.

Der Regierungsrat wird daher gebeten zu prüfen, wie wieder erreicht werden kann, dass die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden bei jeder Straftat die genaue Herkunft des Täters erfasst und diese bei ihren Berichten auch nennt.

Eric Weber

9. Anzug betreffend Rechtliche Beratung für Grossräte

21.5540.01

Es fällt auf, dass viele Grossräte bei rechtlichen Fragen alleine da stehen. Obwohl im Parlament, gibt es dann keine Stelle, die beraten tut. Der Basler Grosse Rat ist ein hohes Parlament. Dieses muss und sollte seinen gewählten Mitgliedern in allen Lebenslagen zur Seite stehen.

Das Büro des Grossen Rates wird beauftragt zu prüfen, wie es erreicht werden kann, dass alle Grossräte, die es brauchen, zu einer rechtlichen politischen und kostenfreien Beratung kommen.

Eric Weber

10. Anzug betreffend sauberes Basel

21.5541.01

Geht man durch unsere Stadt, sieht man, dass immer mehr Dreck rumliegt. Die Mitarbeiter, die saubermachen, kommen kaum mehr nach. Der Dreck türmt sich auch in Hauseingängen und Tor-Einfahrten. Genau dort, wo die Stadt-Reinigung Basel nicht hinkommt.

Würden strenge Strafen verhängt, wie Fr. 50 für Papierli wegwerfen oder Fr. 100 für Zigarette wegwerfen, unsere Stadt wäre sauberer.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie es erreicht werden kann, mit hohen Straf-Geldern, dass unsere schöne alte Stadt am Rhein wieder sauberer wird.

Eric Weber

11. Anzug betreffend Grossrats-Mitglieder dürfen auch im Parlament sein, auch wenn diese im Gefängnis eingesperrt sind

21.5542.01

Aus politischen Gründen gibt es in vielen Ländern der Welt politische Schau-Prozesse gegen Oppositionelle. Diese sitzen auch im Grossen Rat.

Es ist aber wichtig, dass alle Menschen, die das wollen, in einem Parlament vertreten sind und dort auch reden. Schwieriger wird es aber, wenn einzelne Abgeordnete im Gefängnis eingesperrt sind. Es kann dann sein, dass das Gefängnis nicht ertaubt, dass der Abgeordnete an der Parlaments-Sitzung teilnehmen kann.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten, sicher zu stellen, dass es auch Grossräten möglich ist, die im Gefängnis sitzen, an der Parlaments-Versammlung teilnehmen zu können.

Eric Weber

12. Anzug betreffend ein Laptop für jeden Grossrat

21.5543.01

Der Technische Fortschritt geht enorm. Nicht jeder Grossrat hat ein Laptop. Damit wir unsere Arbeitsfähigkeit als Parlament erhalten und noch ausbauen können, wir angeregt, dass jeder Grossrat, der es noch nicht hat, ein Laptop bekommt. Nach meiner Berechnung betrifft dies rund 12 Grossräte.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie es erreicht werden kann, dass jeder Grossrat ein Laptop bekommt.

Eric Weber

13. Anzug betreffend das Wort „befriedigt“ oder „nicht-befriedigt“ abschaffen

21.5544.01

In unserem Parlament sorgt seit vielen Jahren das Wort befriedigt mit der Antwort des Regierungsrates oder auch nicht befriedigt für Gelächter.

Es ist an der Zeit, dass dieses Wort durch etwas anderes ersetzt wird.

Ich bitte das Büro des Grossen Rates zu prüfen, welcher neuer Sprach-Gebrauch da verwendet werden kann.

Eric Weber

14. Anzug betreffend keine Nachverdichtung im Hinterhof

21.5545.01

In Grossstädten wie Basel ist Wohnraum knapp und teuer. Überall fordern Initiativen deshalb günstige neue Mietwohnungen. Doch werden neue Projekte geplant, regt sich oft und sofort Widerstand der Anwohner. Ein Paradoxon.

Viele Städte schaffen Wohnraum, um so den Anstieg der Mieten zu bremsen. Es werden neue Mehrfamilienhäuser dorthin gesetzt, wo es noch Platz zwischen bereits bestehenden Gebäuden gibt. „Urbane Nachverdichtung“ nennen dies Planer und Architekten. Es ist aber eine Idee, die polarisiert.

Weil in den vergangenen zehn Jahren immer mehr Menschen nach Basel zogen, konnten Wohnungseigentümer die Mieten kräftig anheben.

Daher haben sich in Basel Mietergruppen formiert, die einen Stopp von Mieterhöhungen fordern und nach dem Bau neuer, günstiger Wohnungen rufen. Auch und gerade durch Neuverdichtung in der Stadt.

Parallel dazu ist aber auch eine andere Gruppierung entstanden: Bürgerinitiativen, die den Bau neuer Mehrfamilienhäuser auf den Grünflächen etablierter Quartiere verhindern wollen. Sie fürchten, dass die neuen Häuser die bereits bestehenden Wohnungen verschatten werden, Rasenflächen und Spielplätze verloren gehen, der Lärm zunimmt, die ohnehin knappen Parkplätze noch weniger werden.

Niemand will, dass Neubauten in seinem direktem Wohnumfeld errichtet werden. Bei den Nahverdichtungsvorhaben fehlt jegliches Augenmass - insbesondere jedoch fehlt es an einem grünen Konzept. Denn es werden rigoros viele Bäume gefällt und Spielflächen dem Erdboden gleichgemacht.

Da wo ein paar Bäume in den Innenhöfen stehen, ist die Temperatur im Sommer bis zu sechs Grad niedriger. Bäume sind eine Art natürliche Klimaanlage.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass es in Basels Innenhöfen nicht zu viele Neubauten geben wird.

Eric Weber

15. Anzug betreffend keine neuen Hochhäuser für Basel - Unsere Stadt soll nicht Dubai werden

21.5546.01

Basel ist die schöne alte Stadt am Rheinknie. Seit ein paar Jahren kommen immer neue Hochhäuser dazu, die das alte Stadtbild total zerstören. Das fällt auch Touristen auf und man hört in den Strassen und Gassen Basels oft das Wort vom Bau-Frevel. Also von Bausünden. Das alte Basel verschwindet immer mehr.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass innerhalb von zehn Jahren höchstens fünf Hochhäuser errichtet werden dürfen.

Eric Weber

16. Anzug betreffend kostenfreie Wochenzeitung für alle Basler

21.5547.01

Viele kostenfreie Zeitungen sind verschwunden. Es gibt nicht mehr den doppelstab. Dann wurde der Baslerstab eingestellt. Auch Blick am Abend gibt es nicht mehr. Kostenfrei ist nur noch 20 Minuten.

Viele alte Leute kommen aber nicht mehr aus dem Haus und schauen täglich nur noch in Ihren Briefkasten.

Viele Städte haben Zeitungen und Info-Hefte, die von der Stadt-Verwaltung kommen. Und diese Publikationen werden beim Bürger gut angenommen.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass man eine kostenfreie Wochenzeitung ermöglichen kann.

Eric Weber

17. Anzug betreffend kostenfreie Basler Gartenbäder

21.5548.01

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, dass alle Basler Gartenbäder ab 2024 kostenfrei sein könnten.

Eric Weber

18. Anzug betreffend Essens-Gutscheine für alle Basler

21.5549.01

Durch Corona konnten viele Basler nicht mehr Essen gehen. Und viele Restaurants haben zu gemacht und machen jetzt gar nicht mehr auf. Man sollte die heimischen Restaurants unterstützen.

Daher wird der Regierungsrat gebeten, zu prüfen, ob es möglich wäre, jedem Einwohner von Basel, analog dem Strom-Geld-Bonus, einen Essens-Gutschein im Wert von 130 Franken zu geben.

Eric Weber

19. Anzug betreffend Getto-Strategie in Kleinbasler Problemvierteln

21.5550.01

Dänemark will schärfer gegen Parallelgesellschaften vorgehen. Die Regierung plant dazu, den Ausländeranteil in manchen Gegenden zu begrenzen, notfalls mit Umsiedlungen.

Zwangsumsiedlungen, die Erfassung von „nicht westlichen“ Migranten, ein Getto-Gesetz - und das in Dänemark, einem liberalen Staat. Wer nur diese Schlagworte hört, mag das für unvereinbar halten. Wer aber die Realität dahinter kennt, sollte anders darüber denken.

Die Realität, das sind Stadtviertel, in denen sich über Jahre und Jahrzehnte Probleme aufgestaut haben: Arbeitslosigkeit, Armut, Parallelgesellschaften, Kriminalität und das Regiment von Banden.

In den Banlieus der französischen Metropolen kann die Polizei der Kriminalität kaum noch etwas entgegensetzen. Hierzulande mag es noch nicht so schlimm sein, aber auch im Kleinbasel gibt es Quartiere, in denen sich bei Routinekontrollen oder Festnahmen Angehörige zusammenrotten, um Polizisten anzugreifen, gipfelnd in dem Schlachtruf: „Haut ab, das ist unsere Strasse!“.

Die Regierung wird gebeten zu prüfen, wie es ermöglicht werden kann, dass das Kleinbasel wieder sicherer wird. Konkret: dass die Polizei vermehrt in sogenannten Problem-Vierteln anwesend ist, wie in Kleinhüningen oder Klybeck.

Eric Weber

20. Anzug betreffend Schutz unserer Demokratie

21.5551.01

Im Ausland wird die Schweiz immer gross dargestellt, als das Musterland der Demokratie. Die AfD macht seit vielen Jahren Werbung mit dem Spruch: Demokratie nach Schweizer Vorbild.

Die Welt beneidet uns um eine mathematische Gleichung, deren Präzision bislang der Funktionsweise eines Uhrwerks gleicht:

$1 \text{ plus } 26 \text{ plus } 2172 = 1$

Der Bund, 26 Kantone und 2172 Gemeinden teilen sich die Macht - ganz im Sinne eines Souveräns. In keinem anderen Land der Welt gewährleistet eine so durchdachte und komplexe Feinjustierung die Balance und gegenseitige Kontrolle innerhalb des politischen Systems.

Die wichtigste Grösse in dieser Gleichung sind wir, die rund 5,3 Millionen Stimmberechtigten Schweizer. Doch die politischen Kräfte verlagern sich seit Jahren vom Souverän zum Parlament - und jetzt auf dramatische Art und Weise zum Bundesrat, wegen Corona.

Um den jetzt einsetzenden, beängstigenden Trend der Entmachtung des Souveräns zu brechen, wird der Regierungsrat gebeten zu prüfen, was konkret gemacht werden kann, dass der Souverän seine Grundwerte der Verfassung, wie Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und Nachhaltigkeit, nicht weggenommen erhält. Konkret, dass die Basler Verfassung noch mehr geschützt wird.

Eric Weber

21. Anzug betreffend Klima Dialog in Basel

21.5552.01

Gesprächs-, Denk - und Experimentierräume für die grossen Fragen unserer Zeit sind sehr wichtig.

Die Grundidee der Klima Dialoge ist es, Menschen miteinander zum Klimawandel ins Gespräch zu bringen - im vollen Bewusstsein, dass der Klimawandel mit sehr vielen Fragen unseres Lebens verknüpft ist, wie zum Beispiel nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit oder unseren Lebensweisen.

Filterblasen, Anonymität und Informationsflut stehen dem Kontakt mit anderen oft im Weg. Es wird im öffentlichen Raum heute öfter geschrien als gesprochen, eher gesendet als zugehört. Es ist schwer, zu emotions- und konfliktreichen Themen ins Gespräch zu kommen. Oft fehlen die Zeit und der Raum, um uns mit unseren eigenen Gedanken und Emotionen zu beschäftigen und in einen guten Austausch mit anderen zu kommen.

Die Klima Dialoge wären dazu ein sehr guter Ort der Möglichkeit. Dass der Klima-Protest von der Strasse in Verwaltungs- und Veranstaltungsräume geholt wird. Als Raum für echten Dialog und den Aufbau von Konflikt- und Dialogfähigkeit. Und ein jeder Termin könnte mit einem anderen thematischen Schwerpunkt stattfinden.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie Z.B. ein Basler Klima Dialog in der Mustermesse oder im Volkshaus in regelmässigen Abständen ganz offiziell für alle Bürger des Kantons stattfinden kann.

Eric Weber

22. Anzug betreffend Clankriminalität wirksam bekämpfen

21.5553.01

Kriminelle Clans stellen eine qualitativ neuartige Bedrohung der inneren Sicherheit Basels dar. Sie sind als Zuspitzung des Problems der Herausbildung von Parallelgesellschaften zu verstehen. Charakteristisch ist das Abstecken von Territorien wie im Kleinbasel, in denen Schutzgelderpressung, Menschenhandel, Zwangsprostitution sowie Drogen- und Waffenhandel monopolisiert werden.

Die Dominanz innerhalb des reklamierten Territoriums wird durch Gewaltdelikte aller Art - bis hin zu Mord - durchgesetzt. Die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung und ihres Rechts findet nur noch eingeschränkt statt, sie wird weitgehend durch eine Art Stammesrecht ersetzt. Damit ist klar: Clankriminalität stellt das Gewaltmonopol des Staates in Frage - sie ist ein Symptom des Zurückweichens des Rechtsstaats. Dies äussert sich auch direkt in der Einschüchterung von Polizisten, Behördenmitarbeitern, Richtern und Zeugen, die nicht selten massiv bedroht werden.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass die Basler Polizei wieder schlagkräftiger wird, im Einsatz gegen Clankriminalität.

Eric Weber

23. Anzug betreffend Abschaffung der Grossrats-Reise

21.5554.01

Im Vorfeld der Grossrats-Reise 2021 kam es zu diversen Unstimmigkeiten. Um diesem Problem für die nächsten 40 Jahre aus dem Weg zu gehen, wird das Büro des Grossen Rates gebeten, zu prüfen, ob man die Grossrats-Reisen abschaffen soll.

Eric Weber

24. Anzug betreffend Digitalisierung der Bildungsvermittlung auf allen Stufen

21.5580.01

Die Covid-19-Krise hat gezeigt, wie wichtig die Vermittlung von Lerninhalten auf digitalem Weg ist. Nicht für alle Schul- und übrigen Bildungsstufen standen von Anfang der Krise an die benötigten geeigneten Verfahren und Geräte für alle Schülerinnen und Schüler und Lernenden bereit. Und nicht alle Lehrerinnen und Lehrer waren optimal auf diese Krisensituation vorbereitet. Insbesondere der Fernunterricht hat Defizite aufgezeigt, die sich negativ auf die Bildungslaufbahn auswirken können. Die angestrebte Chancengerechtigkeit hat gelitten. Die Erkenntnisse aus der Krise – auf welche wir alle ungenügend vorbereitet waren - müssen nun genutzt werden, um rasch Verbesserungen zu erreichen. Die Digitalisierung des Bildungswesens für die Volksschule, die weiterführenden Schulen und die Berufsbildung sowie für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss jetzt umgesetzt werden.

Mit der Einführung einer digitalen Bildungskultur kann das Bildungswesen Defizite ausgleichen und den Rückstand gegenüber der Entwicklung der Wirtschaft verringern.

Mit der Pädagogischen Hochschule der FHNW verfügen die Nordwestschweizer Kantone über eine Bildungsinstitution für Lehrkräfte. Daher ist es leicht möglich, Neuerungen rasch einzuführen. Wenn die Lehrerinnen und Lehrer besser vertraut sind mit digitaler Wissensvermittlung, ist viel gewonnen.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. Ob und wie die digitale Bildungsvermittlung in technischer und didaktischer Hinsicht in die Lehrpläne der Pädagogischen Hochschule der FHNW aufgenommen werden kann.
2. Ob Weiterbildungsgänge für die Lehrpersonen zur Befähigung der digitalen Bildungsvermittlung angeboten werden können.
3. Ob zeitnah digitale Bildungsinhalte wie Programmierkenntnisse, Digital Literacy und algorithmische Kompetenzen stufengerecht in die Lehrpläne der Volksschule, der weiterführenden Schulen und der Berufsschulen aufgenommen werden können.
4. Welche Verbesserungen im Hinblick auf künftige Notwendigkeiten von Fernunterricht bei einem unterprivilegierten Teil der Bevölkerung (fehlende Computer, ungünstige Raumsituation etc.) erfolgen müssen.
5. Wie die Finanzierung dieser zusätzlichen Bildungsleistungen erfolgen kann.

Olivier Battaglia, Beat von Wartburg

Interpellationen

Interpellation Nr. 88 betreffend lange Verfahrensabläufe beim Grundbuchamt

21.5493.01

Die Verfahren beim Grundbuchamt zwecks Eintragung von Liegenschaftsverkäufen dauern mehrere Monate. Dies ist für die betroffenen Parteien recht mühsam, insbesondere dann, wenn aufgrund der langen Behandlungsdauer Erbteilungen nicht durchgeführt werden können. Es ist darauf hinzuweisen, dass in einigen Kantonen bereits nach zwei Wochen das Geschäft definitiv abgeschlossen werden kann.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat die langen Verfahrensabläufe bekannt?
2. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass diese Verfahren zu lang dauern und im Interesse der betroffenen Personen verkürzt werden sollen?
3. Welche Massnahmen kann und will der Regierungsrat kurzfristig gegen diese lange Verfahrensdauer unternehmen?

Stefan Suter

Interpellation Nr. 89 betreffend Dissonanzen mit dem Bund in Sachen Hafengebäude

21.5494.01

Anfang Juni trat in einem recht breit gestreuten Schreiben des Bundesamtes für Verkehr (BAV) an die Regierungsräte Keller und Sutter ein regelrechter Zwist zwischen Bund und Kanton Basel-Stadt betreffend Weiterentwicklung der Hafengebäude zutage. Unter anderem wird in dem zweiseitigen Brief kritisiert, dass: "... der skizzierte Vorschlag der Verlegung des Hafengebäudes zum 'Südquai' den beschriebenen verkehrspolitischen Erwartungen für eine verbesserte Einbindung der Rheinschifffahrt in die Logistikketten diametral entgegensteht, da diese Variante gegenüber dem heutigen Layout bahnseitig weit weniger leistungsfähig und effizient ist, die verfügbaren Funktionalitäten reduziert und so die Attraktivität der Transportkette Rheinschiff – Bahn ceteris paribus massiv verschlechtert."

Weiter wird in demselben Schreiben bedauert, dass "... der Regierungsrat die Planungen für eine Weiterentwicklung der Hafengebäude vorantreibt, ohne zuvor die in der Absichtserklärung anvisierte Road Map mit dem BAV entwickelt zu haben". Zudem bedauert der unterzeichnete Direktor des BAV, Dr. Peter Füglistaler, dass "... so eine frühzeitige Abstimmung zwischen (dem) Kanton und dem BAV in Vertretung des Bundes verpasst wird."

In selten gesehener Deutlichkeit wird das Vorgehen des Regierungsrates im zitierten Schreiben kritisiert, wenn nicht geradezu gerügt. Da unser Kanton betreffend die Weiterentwicklung des Rheinhafens sowie anderer verkehrs- und logistikseitiger Infrastruktur auf eine konstruktive Kooperation mit dem Bund angewiesen ist und nicht zuletzt auch erhebliche Subventionen erwartet, sind diese Dissonanzen ärgerlich.

Deshalb wird die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Welches Departement steht bei den Projekten zur Weiterentwicklung der Hafengebäude und des Rheinhafens als Ganzes im Lead, das BVD oder das WSU? Und gibt es diesbezüglich eine departementsübergreifende Projektorganisation, welche diesen Namen verdient?
2. Wie stellt sich der Regierungsrat zur oben zitierten heftigen Kritik hinsichtlich der Nachteile, welche eine Verlegung des Hafengebäudes zum Südquai mit sich bringt?
3. Warum wurde der Entscheid, den Hafengebäude zum Südquai zu verlegen, ganz offensichtlich ohne nötige und vorgängig offenbar vereinbarte Absprache mit dem BAV gefällt?
4. Welchen Einfluss hat die Intervention des BAV auf den Ratschlag betreffend "Ausgabenbewilligung für bauliche Anpassungen im Rahmen der Erweiterung und Sanierung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProReno AG als Vorleistung für die Weiterentwicklung der Hafengebäude", bzw. auf den Zeitplan zu dessen Behandlung im Grossen Rat?
5. Ist auch damit zu rechnen, dass die Intervention des BAV einen Einfluss auf den Zeitplan zur Realisierung des Gateway Basel Nord haben wird?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass er durch seinen offenbar wenig durchdachten und vor allem mit Bern nicht koordinierten Schnellschuss zur Verlegung des Hafengebäudes eine für unseren Kanton zentrale Bundesbehörde (man denke an den Euroairport, das Herzstück, den Logistikcluster etc.) ganz offensichtlich massiv brüskiert hat?
7. Hat der Regierungsrat in der Zwischenzeit der im oben zitierten Schreiben geäusserten Aufforderung zum persönlichen Austausch mit der Direktion des BAV zwecks Erarbeitung einer Road Map entsprochen?
8. Falls ja, konnten die Wogen geglättet werden und was ist der aktuelle Stand dieser Gespräche?

Lorenz Amiet

Interpellation Nr. 90 betreffend Entwicklung des ehem. Thomi + Franck-Areals / Abbruch der Gebäude auf dem heutigen Nestlé SA-Areal

21.5498.01

Kürzlich konnte aufgrund der Publikation des Abbruchgesuchs vernommen werden, dass Produktionsgebäude auf dem Areal Nestlé (ehemaliges Thomi + Franck Areal, Horburgstrasse 105) in Basel abgebrochen werden sollen. Die Einsprachefrist endet bereits am 18. Juni 2021.

Das Areal der Nestlé SA zwischen Riehenring, Mauerstrasse, Eimeldingerweg und Horburgstrasse (ehemaliges Thomi + Franck-Areal) bildet den historischen Kern des ausgedehnten Industriegebiets im nördlichen Kleinbasel, das die Stadt und ihre Bewohner über Jahrhunderte stark geprägt hat (vgl. <https://architekturbasel.ch/fabrikations-undlagergebäude-thomi-franck-basel/>). Es weist eine Ausdehnung von ca. 200m x 100m auf, was für Basler Verhältnisse sehr gross ist.

In Anbetracht dessen, dass das Vorhaben aufgrund seiner städtebaulichen und historischen Bedeutung nicht nur die unmittelbare Anwohnerschaft, sondern auch das umgebende Quartier und weitere Teile der Stadt betrifft, erstaunt es doch sehr, dass die Öffentlichkeit über diese Pläne und die geplante Entwicklung des Areals nicht früher informiert worden ist und kein Mitwirkungsprozess gemäss §55 der Kantonsverfassung stattgefunden hat.

Ausserdem ist fraglich, ob der Abbruch von Gebäuden auf dem heutigen Areal der Nestlé SA ohne fundiertes denkmalschützerisches Gutachten, das die historische Bedeutung des ältesten Industriestandorts im unteren Kleinbasel und den architektonischen Wert des gewachsenen Industrieensembles gleichermassen würdigt, zulässig ist und ob bereits ein konkretes Bauprojekt vorliegt, da allfällige Abbruchbewilligungen erst bei Vorliegen eines

städtebaulich tragfähigen, ausführungsbereiten Konzepten zur Arealentwicklung erteilt werden dürfen.

Zudem grenzt das Areal im Norden an das sich aktuell in der Entwicklung befindende Klybeckareal, westlich an das im Zusammenhang mit der Klybeckentwicklung unter starkem Veränderungsdruck stehende Horburgquartier und östlich an das der Vollendung entgegensehende Erlenmattquartier. Es verbindet damit drei der wichtigsten Entwicklungsgebiete im Kanton unmittelbar. Eine mögliche Öffnung des Geländes und eine Nutzung der bestehenden Gebäude – als z.B. urbanes Zentrum mit vielfältiger Ausstrahlung – könnte die im Norden der Stadt neu entstehenden Quartiere über eine attraktive zweite Achse mit den südlich angrenzenden Gebieten verbinden.

Auch aus stadtklimatischer Sicht sind bei grösseren baulichen Veränderungen die Durchlüftungsbahnen im Quartier, das zunehmend an Hitzestau leidet, zu berücksichtigen, trifft doch der unter dem Menu „Stadtklima“ unter <https://map.geo.bs.ch> ersichtliche Luftstrom entlang der Wiese genau beim Thomi + Franck-Areal auf höhere Bebauung und wird nach Süden abgelenkt. Eine Öffnung des Areals in Ost-West-Richtung wäre daher vorzuziehen.

Das mit der Entwicklung eines solch grossen Gebietes verbundene gesellschaftliche, ökonomische, ideelle und ökologische Potential muss unbedingt öffentlich diskutiert werden können. Bevor mit dem Abbruch der Gebäude Fakten geschaffen werden, sollte angesichts der offensichtlichen öffentlichen Interessen eine Übernahme bzw. der Kauf durch den Kanton sowie eine mögliche Umzonung des Geländes (etwa in Zone 3) zumindest geprüft werden.

Jedenfalls muss sichergestellt werden, dass die Projekte zur Entwicklung des Areals für die im Klybeckareal vorangetriebene Planung und für das Horburgquartier verträglich sind und strategisch in die laufende Entwicklung des unteren Kleinbasels eingebunden werden.

Insbesondere muss die durch den Abbruch der Gebäude bzw. die Neunutzung des Areals betroffene Anwohnerschaft in die Planungen einbezogen werden, zumal Ideen zur gemeinverträglichen Quartierentwicklung vorhanden sind und die Bevölkerung, namentlich der Neutrale Quartierverein Unteres Kleinbasel den zuständigen Stellen des Kantons und der Eigentümerschaft ihre/seine Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit bereits mehrfach mitgeteilt hat.

Vor diesem Hintergrund bittet die Interpellantin die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was ist auf dem Areal geplant bzw. weiss die Regierung, was die Eigentümerschaft auf dem Areal kurz-, mittel- und langfristig plant?
2. Seit wann läuft diese Planung bzw. die Vorbereitungen zum Abbruchgesuch? Ist der Kanton in die Planung involviert?
 - a. Wenn ja, seit wann und in welcher Rolle wurde der Kanton in die Planung miteinbezogen?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
3. Wurde ein denkmalschützerisches Gutachten, das die historische Bedeutung und den architektonischen Wert des gewachsenen Industrieensembles gleichermaßen würdigt, erstellt?
4. Liegt bereits ein konkretes Projekt/Konzept vor, das eine städtebaulich tragfähige und ausführungsbereite Arealentwicklung ermöglicht?
5. Haben Abklärungen stattgefunden, ob der Kanton das Areal oder Teile Davon erwerben kann?
 - a. Wenn ja, was waren die Ergebnisse?
 - b. Wenn nein, weshalb hat sich der Kanton nicht um den Erwerb bemüht?
6. Haben Abklärungen stattgefunden, ob das Areal oder Teile davon umgezont werden können?
 - a. Wenn ja, was waren die Ergebnisse?
 - b. Wenn nein, weshalb wurde dies nicht geprüft?
7. Weshalb wurde die Öffentlichkeit und insbesondere die Quartierbevölkerung bislang nicht informiert?
8. Wieso gibt es bislang, in Anbetracht der Grösse und der Bedeutung des Areals für das Quartier und die Stadtentwicklung im unteren Kleinbasel, kein Mitwirkungsverfahren nach § 55 der Kantonsverfassung? Ist die Regierung bereit, ein solches Verfahren in die Wege zu leiten?
9. Teilt die Regierung die Ansicht, dass die Umgestaltung des Areals aufgrund seiner Grösse und geographischen Lage Auswirkungen nicht nur auf das Quartier, sondern auf die Entwicklung des Klybeckareals hat?
10. Teilt die Regierung die Ansicht, dass bei einer Umgestaltung des Areals aufgrund seiner stadtklimatischen Bedeutung der Öffnung von Durchlüftungsbahnen besondere Aufmerksamkeit zukommen muss?
11. Teilt die Regierung die Ansicht, dass die Umgestaltung dieses Nestlé-Areals aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zum Klybeckareal in eine gesamtheitliche Planung des unteren Kleinbasel unbedingt miteinbezogen werden muss?

Michelle Lachenmeier

Interpellation Nr. 91 betreffend Verschlechterung der Dienstleistungen der Post durch Verzicht, Briefkästen wie bisher am Abend zu leeren

21.5499.01

Ohne die Firmen- und Privatkunden in einer für einen Dienstleistungsbetrieb angepassten Form zu informieren, hat die Post ihre Dienstleistungen drastisch reduziert. Briefkästen werden – von wenigen Ausnahmen abgesehen –

abends nicht mehr geleert. Dadurch wird die A-Post zur Farce, weil nicht mehr sichergestellt ist, dass ein Brief am Folgetag beim Adressaten eintrifft, es sei denn man lege ihn bereits am frühen Morgen in den Postkasten.

Zahlreiche Firmen sind sich gewohnt, dass nach Büro- oder Geschäftsschluss jemand die Briefpost im nächstgelegenen Briefkasten einwirft. Dies gilt auch für Private. Aufträge, die am Nachmittag eintreffen und einer Antwort per Briefpost bedürfen, können nicht mehr wie üblich bearbeitet werden oder nur mit weit grösserem Aufwand.

In einigen Basler Wohnquartieren wie auch in Riehen und Bettingen wohnen auch ältere Menschen, die eher zu den Kundinnen und Kunden der Briefpost zu zählen sind. Für diese Postkundschaft ist dieser Service-Abbau mit erheblichen Erschwernissen verbunden.

Es muss seitens des Regierungsrats bei der Post interveniert werden, um diesen Leistungsabbau rückgängig zu machen. Schon die angezeigte Schliessung der Hauptpost ist ein Affront gegenüber dem zweitstärksten Wirtschaftszentrum der Schweiz.

Weil es kurzfristig kaum gelingen kann, diesen Betrieb im Eigentum des Bundes umzustimmen, braucht es andere Lösungen. Organisationen des 2. Arbeitsmarkts könnten vom Kanton beauftragt werden, diese Lücke zu schliessen. Das wäre eine win-win – Situation einerseits durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen, die leistungsfähig sind, aber im 1. Arbeitsmarkt keine Stelle finden können und andererseits für die Kundschaft der Briefpost. Dazu müsste auch die Post als Partner gewonnen werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass dieser Leistungsabbau nicht akzeptiert werden darf?
2. Hat der Regierungsrat bei der Post und beim Bund als Eigner der Post entsprechend Korrekturen hin zum früheren Leistungsangebot verlangt?
3. Falls es bisher keine Reklamation des Regierungsrats gab, wird noch eine erfolgen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, nach Möglichkeiten zu suchen, um diese Leerung der Briefkästen am Abend auch in Zukunft sicherzustellen, falls die Post dazu nicht bereit ist?
5. Könnten Organisationen des 2. Arbeitsmarktes gewonnen werden, um die abendliche Leerung aller Briefkästen vorzunehmen, wobei versucht werden muss, die Post an den Kosten zu beteiligen, die dem Kanton dadurch anfallen.

Michael Hug

Interpellation Nr. 93 betreffend Rettung der zur Fällung vorgesehenen Bäume an der Margarethenstrasse

21.5506.01

Der Regierungsrat plant einen Umbau der BVB-Haltestelle Margarethen. Diese wird nach den Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes behindertengerecht ausgestaltet. Im Zusammenhang mit dieser Umgestaltung ist die Fällung von 17 Bäumen der mittleren Allee geplant.

Die Baumfällungen wurde bereits im entsprechenden Ratschlag zum Margarethenstich angekündigt, der zugleich die Anpassung der Haltestellen «Dorenbach» und «Margarethen» vorsah. Zudem wurden gemäss Medienberichten Einsprachen gegen die Baumfällungen abgelehnt.

Auch wenn die Planung durch den Grossen Rat bewilligt wurde und die Einsprachen erfolglos waren, wirft der Umgang mit den betroffenen Bäumen Fragen auf. Die Bäume weisen ein Alter zwischen 20 und 45 Jahren auf und sind gesund. Deren Fällung ist daher nur schwer hinzunehmen, auch wenn das Projekt Ersatzpflanzungen am St. Alban-Ring vorsieht. Die bestehende Baumsubstanz ist wertvoll und sollte daher wenn immer möglich erhalten bleiben.

Damit gemeint ist nicht, dass die Bäume an ihrem heutigen Ort bestehen bleiben sollen. Dies ist im vorliegenden Projekt offenbar nicht möglich. Vielmehr sollten die Bäume durch Grossbaum-verpflanzungen gerettet werden. Sie könnten so an einem neuen geeigneten Ort in der Stadt weiterhin ihre positive Wirkung für Mensch und Klima entfalten. Dies sollte auch bei unveränderter Beibehaltung des geplanten Projektes möglich sein.

Für Grossbaumverpflanzungen stehen heute verschiedene ausgereifte Techniken mit Baumverpflanzungsmaschinen zur Verfügung. Je nach Art und Grosse des Baumes stehen verschiedene geeignete Verfahren zur Verfügung. Die Technik ist erprobt und wurde sowohl in der Schweiz als auch im Ausland bereits vielfach erprobt. Zahlreichen Bäumen konnte damit an neuer Wirkungsstätte ein gesundes weiteres Bestehen gesichert werden.

Angesichts der Tatsache, dass die zuständige Departementsvorsteherin erst kürzlich öffentlichkeitswirksam ihr Ziel verkündet hatte, «in der Stadt so viel Blattoberfläche wie möglich zu erreichen», dürfte mehr Kreativität im Umgang mit der bestehenden Baumsubstanz der Stadt erwartet werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde beim Projekt Umgestaltung Haltestelle Margarethen eine Grossbaumumpflanzung für die betroffenen 17 Bäume geprüft?
 - a. Wenn ja, warum wurde eine Umpflanzung verworfen?
 - b. Wenn nein, warum wurde statt der Fällung keine Umpflanzung geprüft?
2. Ist der Regierungsrat bereit, der Ankündigung der Departementsvorsteherin Taten folgen zu lassen, auf die

Fällung der 17 Bäume zu verzichten und stattdessen eine Verpflanzung an eine andere geeignete Stelle in der Stadt vorzunehmen?

3. Ist der Regierungsrat bereit, künftig bei sämtlichen Projekten, die eine Baumfällung erforderlich machen, eine Verpflanzung der betroffenen Bäume zu prüfen?

Beat Braun

Interpellation Nr. 94 betreffend unterspültes Rheinufer Grenzacherstrasse	21.5519.01
--	------------

Am 16. Juli stürzten infolge des Hochwassers grosse Teile der Uferbefestigung auf Höhe der Grenzacherstrasse ab und riss in der Folge mehrere Fischergalgen mit und zerstörte diese.

Dass das Ufer zwischen Schwarzwaldbrücke und Kraftwerk Birsfelden schon seit längerem instabil ist, war den zuständigen Ämtern bekannt. Bereits vor einigen Jahren kam es zwischen Fischergalgen zu einem grösseren Abbruch des Ufers, woraufhin der Weg zu einem der Galgen gesperrt wurde. Weitergehende Massnahmen wurden jedoch nicht ergriffen.

Seit mehreren Jahren sind wasserbauliche Massnahmen in Planung und zum Teil im letzten Jahr ausgeführt worden. Die Sanierung des vom Absturz betroffenen Teils des Ufers war für dieses Frühjahr vorgesehen, wurde jedoch nicht wie angekündigt durchgeführt.

Ich bitte die Regierung folgende Fragen zu beantworten:

1. Was führte zu den Verzögerungen bei besagtem Uferbau?
2. War den involvierten Behörden effektiv nicht klar, welche Gefahr von diesem instabilen Ufer ausging (siehe Interview Herr Toprak Yerguz bei Tele Basel am 16.07.21).
3. Welche Ämter sind in die Bauarbeiten involviert und welches Amt hat die Federführung?
4. Sieht sich der Kanton in der Mitverantwortung für die Zerstörung des Ufers und der Fischergalgen?
5. Hatte das Anheben der mittleren Schütze des Kraftwerks Birsfelden und die darauffolgende Welle einen Einfluss auf den Hangrutsch?
6. Können die geschädigten Galgenbesitzer auf Unterstützung des Kantons beim Wiederaufbau ihrer Fischerhütten zählen?
7. Falls ein Wiederaufbau an den abgestürzten Teilen des Ufers nicht mehr möglich ist, werden Ersatzflächen für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt?
8. Was sind die Pläne für den Wiederaufbau und/oder Sanierung des benannten Uferabschnitts?

Besten Dank im Voraus für die Beantwortung der Fragen.

Erich Bucher

Interpellation Nr. 95 betreffend Bedürfnisse der Universität und der Forschung	21.5520.01
---	------------

Der Bundesrat entschied vor kurzem die Verhandlungen mit der EU über das Rahmenabkommen abzubrechen. Das hat für die Schweiz und besonders für die Region Basel Konsequenzen. Für die Universität, die Fachhochschule und Forschungsinstitutionen bedeutet dieser Abbruch die Drohung, bei europäischen Programmen rauszufliessen oder bei neuen Programmen nicht berücksichtigt zu werden. Für den Standort Basel ist dies sehr heikel und schadet der Region langfristig.

Mit oder ohne Rahmenabkommen, die Schweiz und damit Basel bleibt im geographischen Zentrum Europas. Eine gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn ist für alle von Vorteil. Schon nach der Abstimmung zur Masseneinwanderung wurden die Konsequenzen für Schweizer Studenten schnell ersichtlich. Ohne Eingreifen des Bundesrates mit einer Übergangslösung hätten zahlreiche Schweizer Studierende nicht vom Austauschprogramm Erasmus profitieren können. Solche Engpässe müssen nun im Voraus verhindert werden.

In diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Universitäts- und Forschungsprogramme sind in Basel-Stadt von einem Abbruch der Zusammenarbeit mit der EU bedroht?
2. Welche Folgen hat das Ende der Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU für unsere Bildungs- und Forschungsinstitutionen?
3. Sind unsere Institutionen auf allfällige Veränderungen in der Zusammenarbeit mit Europäischen Institutionen vorbereitet und werden ihre Bedürfnisse für die Zukunft berücksichtigt?

Beatrice Isler

Interpellation Nr. 96 betreffend Münsterschulhaus

21.5521.01

Die Schulzuteilung löst jährlich bei mehreren Eltern im Einzugsgebiet der Primarstufe (PS) Peters Aufregung aus: Da im Petersschulhaus nur eine Klasse pro Jahrgang Platz hat, werden viele Schülerinnen und Schüler ins deutlich weiter entfernte Münsterschulhaus oder in die PS Rittergasse eingeteilt. Der Weg zum Münsterschulhaus oder zur Rittergasse ist für Schülerinnen und Schüler aus dem Quartier am Ring in den ersten Monaten ihrer Primarschulzeit nicht alleine zu meistern. Eltern stehen vor der Herausforderung, ihre Erstklässler jeden Morgen, Mittag und auch an einem Nachmittag begleiten zu müssen, was für Berufstätige nicht leistbar ist.

Mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 ist es nun auch so, dass die geplante neue erste Klasse das Münsterschulhaus nach der Gründung der PS Rittergasse und dem damit verbundenen Auszug der früheren Schülerinnen und Schüler ganz alleine genutzt hätte. Die Schülerinnen und Schüler hätten sich also auch nicht mit älteren Schülerinnen und Schülern des gleichen Schulhauses auf ihren Weg machen können. Zudem hätte ihnen der Austausch mit Schülerinnen und Schülern anderer Primarklassen in der Pause gefehlt.

Es ist angesichts dieser Ausgangslage wenig erstaunlich, dass ein grosser Teil der ins Münsterschulhaus eingeteilten Familien eine Umplatzierung ihrer Kinder gewünscht hat. Das Erziehungsdepartement hat in der Folge offenbar entschieden, dieses Jahr doch ausnahmsweise zwei erste Schulklassen im Petersschulhaus zu bilden und das Münsterschulhaus nicht für die Primarklassen zu nutzen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie haben sich die Schülerinnen- und Schülerzahlen an der Primarschule in den Quartieren am Ring und Innenstadt in den vergangenen 10 Jahren entwickelt? Mit wie vielen Schülerinnen- und Schülern rechnet der Regierungsrat in den kommenden 5 Jahren?
2. Mit der Gründung der PS Rittergasse ist davon auszugehen, dass alle Schülerinnen und -Schüler aus der Innenstadt, die auf der Münsterseite des Birsig wohnen, am neuen Standort Platz finden können. Was für ein ordentliches Einzugsgebiet besteht damit noch für das Münsterschulhaus?
3. Nach welchen Kriterien werden Kinder ins Peters- und Münsterschulhaus zugeteilt? In welcher Reihenfolge werden dabei Geschwisterschulorte, der Weg zur Tagesstruktur und der Schulweg berücksichtigt?
4. Wie möchte der Regierungsrat nach dem dieses Jahr gescheiterten Versuch beim Aufbau der Nutzung des Münsterschulhauses ab Schuljahr 2022/23 vorgehen? Gibt es für den neuen Standort Münsterplatz ein Konzept zum Aufbau einer aktiven Schulkultur und wenn ja, was sind die Überlegungen hinter dem Konzept und ist es aus Sicht des Regierungsrates aufgrund des Konzepts pädagogisch vertretbar, eine 1. Primarschulklasse isoliert am neuen Standort das erste Jahr zu unterrichten?
5. Die Schulweg- und Betreuungsproblematik würde deutlich entschärft, wenn das Petersschulhaus von je zwei Klassen der 1. bis 3. Primarklasse genutzt werden könnte und die Schülerinnen und Schüler ab der 4. Klasse ans Münsterschulhaus wechseln würden, wenn sie alt genug sind, um die grössere Distanz alleine zu meistern. Bei einer solchen Aufteilung wäre auch garantiert, dass keine Schulklasse alleine im Münsterschulhaus unterrichtet werden muss. Wieso wurde diese Lösung verworfen?
6. Wie viel kostet das von den Primarklassen ein weiteres Jahr nicht genutzte Münsterschulhaus den Kanton jährlich?
7. Wie löst die Primarschule Peters die vorhandene Platzproblematik im überfüllten Petersschulhaus? Kann in den vorhandenen Räumlichkeiten ein Unterricht gemäss Lehrplan 21 überhaupt umgesetzt werden? Stehen eigene Räumlichkeiten für Förderangebote wie Logpädie und Heilpädagogik zur Verfügung?
8. Kann via Elternrat und Schulleitung für eine frühzeitige Vernetzung der ins Münsterschulhaus und in die Rittergasse eingeteilten Familien zwecks Gründung von Laufgemeinschaften und Abholabsprachen gesorgt werden?
9. Liegen Erkenntnisse vor zu Gefahren und Herausforderungen auf dem Schulweg in der Innenstadt aus der Umfrage des Kinderbüros und des Büros Metron im Auftrag des Kantons im Jahr 2020 (www.schulwegsicherheit.ch)?
10. Was für Massnahmen wurden getroffen, um Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in der Innenstadt für die Schulkinder zu sensibilisieren? Wie oft, in welchem Umfang und mit welchen Massnahmen war das Projekt «kids and cops» in der Innenstadt präsent?
11. In vielen Schweizer Gemeinden werden so genannte «Füssli» auf Trottoirs aufgemalt, um geeignete Übergänge und die richtigen Ausschaupunkte für Kinder zu markieren. Ist der Regierungsrat bereit, diese Hilfestellungen auch in der Basler Innenstadt zu prüfen?

Jessica Brandenburger

Interpellation Nr. 97 betreffend der Rechtmässigkeit der Videoüberwachung an der Uferstrasse

21.5530.01

Angesichts der Delikte, die an der Uferstrasse in den letzten Monaten begangen wurden (bis hin zu schweren Körperverletzungen) ist es aus Sicht des Interpellanten begrüssenswert, dass Sicherheits- und Präventivmassnahmen vor Ort geprüft und umgesetzt werden.

Der temporäre Einsatz von Überwachungskameras im öffentlichen Raum ist mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen möglich, unterliegt aber klaren gesetzlichen Vorgaben.

In §17 Abs.3 des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) steht folgender Satz:

«Der Einsatz von Videoüberwachung ist durch geeignete Massnahmen unter Angabe der verantwortlichen Stelle erkennbar zu machen.»

In § 7 der Verordnung zum IDG (IDV) wird weiter folgendes ausgeführt:

«An allen Zugängen zur überwachten Zone ist auf den Einsatz der Videoüberwachung mittels gut sichtbarer Piktogramme und unter Angabe der verantwortlichen Stelle erkennbar zu machen.»

Im vorliegenden Fall erfolgte keinerlei Kennzeichnung der Überwachungskameras.

Der Sprecher der Kantonspolizei hat in den Medien verlauten lassen, dass es erst dann geplant sei, Hinweisschilder auf dem Hafanareal anzubringen, sobald das Reglement zur Videoüberwachung abgesichert wäre. Dieser Information ist zu entnehmen, dass zum Zeitpunkt dieser Erklärung kein Reglement für die Videoüberwachung vorlag.

Dabei steht in §18 des IDG:

¹ Für jedes Videoüberwachungssystem muss vor seiner Inbetriebnahme ein Reglement erlassen werden, das insbesondere den Zweck des Systems, die Verantwortlichkeit und die Lösungsfrist regelt. (...)

³ Das Reglement ist jeweils auf eine Dauer von maximal vier Jahren zu befristen. Vor einer allfälligen Verlängerung ist die Wirksamkeit der Videoüberwachung zu evaluieren.

⁴ Vor dem Erlass und der Verlängerung eines Reglements ist das Vorgehen der oder dem Datenschutzbeauftragten zur Vorabkontrolle vorzulegen.

In § 8 Abs.2 des IDV wird zudem präzisiert, dass dem Datenschutzbeauftragten für die Vorabkontrolle Ausführungen dazu vorgelegt werden müssen mit welchen anderen Massnahmen (als der Videoüberwachung) der Zweck bisher nicht erreicht werden konnte.

Gemäss Art. 5 der Bundesverfassung ist Grundlage und Schranke jedes staatlichen Handelns das Recht. Zuständig für die Kontrolle der Einhaltung des Rechts ist gemäss Art. 1 des Polizeigesetzes die Polizei.

Es ist deshalb unabdingbar, dass sich die Kantonspolizei bei allen Vorkehrungen strikte an die bestehenden Gesetze hält. Tut sie es nicht, handelt sie nicht rechtmässig und verliert dadurch ihre Vorbildfunktion, die ihr als Hüterin von Recht und Ordnung eigentlich zukommen sollte. Sie gefährdet auch ihre Legitimation zur Durchsetzung von Recht und Ordnung. Dies ist insbesondere dann sehr problematisch, wenn der Gesetzesverstoss verfassungsmässig geschützte Grundrechte betrifft. Bewusste Rechtsverletzungen durch die Polizei im Bereich von Grundrechten gefährden deshalb den Rechtsstaat in dessen Kern.

In diesem Zusammenhang hat der Interpellant folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Verfolgt der Regierungsrat eine neue Sicherheitsstrategie mit dem Aufstellen von Videoüberwachungsanlagen im öffentlichen Raum?
2. Wie hat der Regierungsrat die mehrmals geäusserte ablehnende Haltung des Parlamentes zu Videoüberwachung im öffentlichen Raum (s. 2012, 2015, 2017) in seine Entscheidungsfindung miteinbezogen?
3. Wieso wurden trotz der klaren Rechtsvorgaben keine Piktogramme aufgestellt, welche die Videoüberwachung deutlich signalisieren?
4. Existieren in Basel-Stadt weitere Videokameras, die den öffentlichen Raum aufnehmen, welche nicht signalisiert sind?
5. Inwiefern besteht aus Sicht des Regierungsrates ein Mehrwert der Videoüberwachung, wenn diese nicht signalisiert und kaum sichtbar ist?
6. Hat vor der Installation der Kameras eine Vorabkontrolle durch den Datenschutzbeauftragten stattgefunden, in der ihm dargelegt wurde, mit was für anderen Massnahmen der Zweck bisher nicht erreicht werden konnte?
7. Was war das Resultat dieser Kontrolle?
8. Mit was für anderen Massnahmen konnte der Zweck nicht erreicht werden, den man sich nun von den sieben Videokameras erhofft, bevor man diese installiert hat?
9. Teilt der Regierungsrat die Auffassung des Sprechers der Kantonspolizei, wonach der Einsatz von Videokameras ohne jede Kennzeichnung und ohne Vorhandensein eines Reglements rechtskonform gewesen sei?
10. Wird die temporäre Videoüberwachung wieder abgebaut? Wenn ja, wann? Wenn nein, weshalb nicht?

Da die Kameras schon im Monat Mai installiert worden sind und bis dato keine Piktogramm-Kennzeichnung vorliegt und zumindest bis vor kurzem kein Reglement für diese Videoüberwachung vorlag, erfolgte wohl über zwei Monate lang eine unrechtmässige Videoüberwachung. Auch wenn auf diesen Straftaten gefilmt wurden, so wird die Verwendung unrechtmässig beschaffter Aufnahmen in Strafrechtsverfahren von jeder Strafverteidiger:in erfolgreich bestritten werden können.

Auch ist die präventive Wirkung der Videoüberwachung ohne Signalisierung leider verschwindend gering (zumal man die Kameras kaum sieht).

In diesem Zusammenhang hat der Interpellant folgende weitere Fragen an den Regierungsrat:

11. Was hat die Verwendung der sieben Überwachungskameras bis zum Zeitpunkt der Anbringung von Piktogrammen und bis Erlassen eines Reglements den Kanton gekostet?
12. Inwiefern besteht aus Sicht des Regierungsrates mit Blick auf die äusserst beschränkte Wirkung und die ebenfalls äusserst beschränkte Verwendungsfähigkeit der aufgezeichneten Daten ein rechtfertigbarer Nutzen des bisherigen Mittelensatzes?

Mahir Kabakci

Interpellation Nr. 98 betreffend 25%-Regel bei Home-Office für Grenzgänger	21.5532.01
---	------------

Die Corona Pandemie hat viele gesellschaftliche Veränderungen mit sich gebracht. Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen mussten sich zum Beispiel neu auf das Arbeiten von Zuhause aus, das sogenannte Home-Office, einstellen. Dieses Arbeitsmodell hat sich für viele Unternehmen und Arbeitnehmende bewährt und wird wahrscheinlich auch in Zukunft wichtig sein. Aktuell gibt es in der Schweiz keine gesetzliche Regelung, die das flexible Arbeiten im Home-Office explizit behandelt, aber die betr. Verbände und Fachleute geben hierfür Empfehlungen ab und es gibt inzwischen umfassende Richtlinien, um in der Schweiz auf einer klaren Grundlage Home-Office zu betreiben.

Anders sieht es aus für Grenzgänger*innen. Aktuell dürfen diese nur maximal zu 25 Prozent im Home-Office beschäftigt sein. Der Grund hierfür ist eine Europäische Regelung, welche die Zuständigkeiten bei der Sozialversicherung reglementiert. Sobald Arbeitnehmende mehr als 25 Prozent der Arbeitszeit im Ausland bzw. im Heimatland bestreiten, werden sie dort Sozialversicherungspflichtig. Arbeitgebende von Grenzgänger*innen im Home-Office müssen also ab Erreichen der 25 Prozent in einem fremden Land nach den dort geltenden Regeln Sozialversicherungsbeiträge bezahlen. Diese Regelung ist für Arbeitgeber besonders ärgerlich und entspricht die heutige Realität rund um das Home-Office nicht mehr.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, folgenden Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass diese Regel für Arbeitsgeber der Region ungünstig ist?
2. Wo und wie bringt sich der Regierungsrat hier ein?
3. Welche möglichen Auswirkungen könnte nach Einschätzung der Regierung der Verhandlungsabbruch zum Institutionellen Rahmenabkommen mit der EU in dieser Frage haben?
4. Wann kann mit einer Lösung gerechnet werden?

Andrea Elisabeth Knellwolf

Interpellation Nr. 99 betreffend „Ab sofort kühle Strassenbeläge“	21.5536.01
--	------------

Eine der Herausforderungen, die sich durch die Klimaerwärmung ergeben, ist die Bildung von städtischen Hitzeinseln. Wer an heissen Sommertagen auf einer asphaltierten Fläche unter der prallen Sonne zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs ist, kennt das Gefühl, sich in einem Ofen aufzuhalten. In dicht bebauten Gebieten treten solche Hitzeinseln besonders häufig auf und gefährden die Gesundheit der Menschen. Eine Beschattung oder Entsiegelung ist nicht überall möglich, weil Infrastrukturen für den Verkehr und andere Nutzungen erhalten werden müssen. Wenn heute bei Sanierungen von Strassen erneut schwarzer Asphalt verbaut wird, stösst dies aber auf wenig Verständnis.

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat vor 2,5 Jahren ein Pilotprojekt¹ initiiert. Nach der Studienphase, in der eine Gruppe von Ingenieur:innen, Strassenbau-Fachpersonen und Forschenden neuartige Asphaltbelägen entwickelten, startete im Sommer 2020 die Testphase mit dem Einbau verschiedener Asphaltmischungen auf Teststrecken in den Kantonen Wallis und Bern. Wie kürzlich medial berichtet wurde, waren diese Tests überaus erfolgreich²: Erhoffte man sich ursprünglich eine Temperatur-Reduktion um 10 Grad, konnte in der Praxis sogar eine Reduktion um 12 Grad erreicht werden. Vier Beläge schnitten besonders gut ab - alle reflektieren dank ihrer helleren Farbe die Hitzestrahlung besser. Der Belag, der am besten abgeschnitten hat, enthält mehr hellen Kies, andere erhielten einen hellen Farbanstrich. Überzeugt haben die "Testsieger" nicht nur hinsichtlich der geringeren Hitzebildung, sie hielten auch der Belastung stand und bewahrten ihre lärmreduzierenden Eigenschaften. Bereits kommen die Beläge in mehreren Schweizer Kantonen zum Einsatz.

Die Auswirkungen der Hitze im Sommer sind real und präsent. Die Verbauung von kühlenden Asphalt-Belägen ist eine kleine, konkrete Massnahme, die die Bevölkerung effektiv entlastet. Die etwas höheren Materialkosten werden durch die Erhöhung der Lebensqualität längst wett gemacht. Die Erkenntnisse aus der Forschung sollen deshalb auch in unserem Kanton sofort angewendet werden - Besonders wichtig ist dies in dicht besiedelten Quartieren.

Im Juli 2021 hat die Regierung ihr Stadtklimakonzept³ veröffentlicht. In den darin enthaltenen Strategien (3.5), Massnahmen (M12) und Handlungsfeldern (H5) ist die Bedeutung der Beläge erwähnt, und im Quellenverzeichnis wird auf das oben angesprochene Pilotprojekt verwiesen. Um möglichst rasch den erwünschten Hitzeminderungs-Effekt zu erreichen, muss die Wahl der neuen Beläge nun aber auch ab sofort angepasst werden.

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wird in Basel-Stadt bei Tiefbau-Projekten für Strassen und Plätze ab sofort der Einbau der oben erwähnten, "kühlen" Strassenbeläge einkalkuliert?
2. Bei wie vielen und welchen der bereits verabschiedeten oder laufenden Tiefbau-Projekte ist es noch möglich,

ebenfalls bereits die oben genannten, neuen Beläge zu verbauen?

3. Liegen die zu erwartenden Mehrkosten dafür im Bereich einer üblichen Budget-Abweichung?

¹ <https://www.nccs.admin.ch/nccs/de/home/massnahmen/pak/projekphase2/pilotprojekte-zur-anpassung-an-den-klimawandel--cluster--umgang--a-05-kuehle-strassenbelaege.html#-1587691891>

² <https://www.srf.ch/news/schweiz/neue-forschungsergebnisse-helle-strassen-fuer-kuehlere-staedte>

³ https://www.stadtklima.bs.ch/dam/jcr:2c9e8403-f278-4b4f-929c-e25c02a8c0b6/BVD_Stadtklimakonze_pt_WEB.pdf

Lisa Mathys

Interpellation Nr. 100 betreffend Steuereinnahmen durch Impfstoffherstellung	21.5537.01
---	------------

Die Lonza AG, die seit über 20 Jahren im Kanton Basel-Stadt angesiedelt ist, stellt im Auftrag von Moderna, seit etwas über einem Jahr ebenfalls mit Sitz in Basel-Stadt (Moderna Switzerland GmbH), den Hauptwirkstoff der Impfung zum Schutz vor dem Corona-Virus her. Es ist deshalb anzunehmen, dass der Schweiz – besonders Basel-Stadt – Steuereinnahmen durch die Herstellung und den Verkauf des Vakzins zukommen. Aufgrund der weltweit prekären Impfstoffknappheiten erachtet es die Interpellantin als wichtig, dass auch andere Länder schnellstmöglich an mehr Impfstoff kommen. Nur so kann die Pandemie wirksam bekämpft werden. Eine Möglichkeit ist eine stärkere Beteiligung an COVAX der WHO. COVAX steht für „Covid-19 Vaccines Global Access“. Die Hauptaufgabe der COVAX-Facility ist es, Impfstoff-Dosen bei den Herstellern zu bestellen und allen Staaten zuzuteilen, die ihre Teilnahme an COVAX erklärt haben (<https://www.vfa.de/de/anzneimittel-forschung/coronavirus/covax-facility>).

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 30. Juni 2021 entschieden, einen Grossteil der rund 5,4 Millionen bestellten Impfstoffdosen von Astra Zeneca an die COVAX-Facility abzutreten. Die Schweiz kann so einen substanziellen Beitrag an die globale Eindämmung der Covid-19 Pandemie leisten. Weitere Abtretungen könnten mit zu definierenden finanziellen Unterstützungen vornehmlich der Kantone, die von den Vakzinen profitieren, erfolgen.

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

- Ist es korrekt, dass die Gewinne durch Moderna in der Schweiz, respektive dem Kanton Basel-Stadt, versteuert werden?
- Falls ja: Ist der Regierungsrat bereit, Steuereinnahmen, welche durch die Versteuerung der Vakzine eingenommen werden, dem Programm COVAX zukommen zu lassen und sich somit an der weltweiten Bekämpfung noch mehr zu beteiligen?
- Wäre eine kantonale Beteiligung an COVAX möglich, nicht nur von Basel-Stadt, sondern von allen Kantonen?
- Ist der Regierungsrat bereit, dafür mit dem Bund Kontakt aufzunehmen?

Eine ähnlich lautende Interpellation wird zeitgleich auf Bundesebene eingereicht.

Michela Seggiani

Interpellation Nr. 101 betreffend mehr «Ohrenmass» in der Bewilligungspolitik	21.5581.01
--	------------

In diversen Antworten auf politische Vorstösse hat die Basler Regierung in den letzten Jahren das Vorhandensein von Dialog und Verständnis im Umgang mit Musikveranstaltungen im öffentlichen Raum sowie Sekundärlärm bekräftigt. Das ist in einer Stadt mit begrenzten räumlichen Verhältnissen lobenswert aber auch notwendig. Gleichzeitig erleben Veranstalterinnen und Veranstalter aber leider oft komplizierte Prozesse im Bewilligungsverfahren, was die Planungssicherheit erschwert. Interesse an pragmatischen Lösungen für attraktive kulturelle Veranstaltungen seitens der Bewilligungsbehörden wird oftmals vermisst. Aktuelle Beispiele sind zahlreich: Im Hafenaerial, beim JKF, beim Jazz im Gässli, am Sommersprossen und im Rahmen des Projekts Zwischenzeit. Sie zeigen exemplarisch auf, dass der Kanton im konkreten Fall nicht gewillt scheint, gemeinsam mit den Veranstaltenden Kompromisse und Lösungen zu finden. Die Verwaltung beruft sich dabei auf die Anwendung von übergeordnetem Bundesrecht und dem damit verbundenen, nicht vorhandenen kantonalen Spielraum. Als Grundlage der Beurteilung von Veranstaltungen dient das BIV, das noch Anfang August 2021 von der Verwaltung als transparente Methodik gelobt wurde. Die Veranstalter und Veranstalterinnen haben allerdings keine Einsicht in die Berechnungen.

Musikveranstaltungen und die Nutzung gastronomischer Angebote in den Abend- und Nachtstunden entsprechen in Basel einem grossen Bedürfnis vieler Einwohnerinnen und Einwohner. Die Kultur und insbesondere Jugendkultur haben gerade in den aktuellen Zeiten eine wichtige Bedeutung.

In diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation im Umgang mit der Bewilligung (oder eben Ablehnung) von schallintensiven Veranstaltungen? Entspricht die aktuelle Praxis aus seiner Sicht dem Anspruch "Kulturhauptstadt der Schweiz zu sein"?
2. Warum werden die Beurteilungen auf Basis des BIV nicht standardmässig veröffentlicht oder aber zumindest den Veranstalterinnen und Veranstaltern zur Verfügung gestellt?
3. Welchen Spielraum hat die Verwaltung bei der Bewilligung von Veranstaltungen insbesondere bzgl. dem

- Vorhandensein eines "überwiegend öffentlichen Interessens"?
4. Inwiefern wirkt sich Sekundärlärm ganz generell auf die Kontingente von Veranstalterinnen und Veranstaltern und ganz konkret auf jene im Hafenaerial aus?
 5. Wie wird die Lärmdosis von illegalen Veranstaltungen festgestellt und auf welcher rechtlichen Grundlage werden die bewilligten Kontingente anderer Veranstalterinnen und Veranstalter anschliessend gekürzt?
 6. In der Antwort des Regierungsrates auf den Anzug Claudio Miozzari betreffend „Verbesserungen bei Bewilligungsverfahren für die Nutzungen des öffentlichen Raums“ hat die Regierung 2020 in Aussicht gestellt, «...die Beurteilung von Veranstaltungslärm auf ihrer Website zu erläutern und ein Musterformular aufzuschalten». 2021 wurde seitens AUE eine Information zum BIV publiziert (Beurteilungsinstrument-fuer-schallintensive-Veranstaltungen-BIV.pdf), ein Musterformular ist allerdings nicht auffindbar. Ist die Aufschaltung eines Musterformulars ebenfalls geplant?
 7. Ist der Regierungsrat gewillt, die Rechts- und Planungssicherheit für Veranstalterinnen und Veranstalter in Bezug auf die Kontingentsvergabe zu erhöhen?
 - a. Falls ja, wie?
 - b. Falls nein, weshalb nicht?

Die Interpellantin bedankt sich im Voraus für die Beantwortung ihrer Fragen.

Salome Hofer

Interpellation Nr. 102 betreffend Sozialwohnungsbauten alte Wendeschlaufe Burgfelderstrasse

21.5582.01

Wie das Baudepartement am 16.8.2021 informiert hat, sollen auf dem Boden der ehemaligen Wendeschlaufe der Tram Nr. 3, Burgfelder Grenze Sozialwohnungen gebaut werden. Die auf der Seite des Baudepartements abgebildete Visualisierung zeigt, dass das bisherige Kiosk-/Toilettengebäude der ehemaligen Endstation auf der frei gewordenen Fläche der Wendeschlaufe stehen bleiben soll. Wie auf der Spezialkarte der «Raumplanung – Denkmalverzeichnis und Inventar» auf <https://map.geo.bs.ch> zu sehen ist, ist diese Tramwarte auf der Inventarliste des Denkmalschutzes. Gemäss Mitteilung des Baudepartements «bleibt [diese] bestehen und steht dem Haus und dem Quartier für gemeinschaftliche Nutzungen zur Verfügung.». Dieses architektonisch doch «bescheidene» alte Tramhäuschen mit WC-Anbau ist aber noch nicht im Denkmalinventar übernommen.

Ich verweise zudem auf den Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zur Zonenplanrevision Teil II (18.0768.03). Dort wurde der Anzug Jörg Vitelli bezüglich der Umnutzung der alten 3-er Tramschlaufe beschrieben. Dies aber mit der Vorgabe, dass diese Parzelle prioritär dem genossenschaftlichen Wohnungsbau zukommt.

In diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie wird die Aufnahme der alten Tramwarte ins Inventar des Denkmalschutzes begründet? Steht zu befürchten, dass diese Tramwarte gar ins Denkmalinventar aufgenommen wird? Ist der dort ausgesparte Freiraum nicht anderweitig sinnvoller zu verwenden (z.B. Grünfläche)?
2. Wie viele zusätzliche Sozialwohnungen können auf Grund der Aussparung der Fläche wegen des Erhalts der alten Tramwarte weniger gebaut werden?
3. Die Neue Wohnbaugenossenschaft (NWG) und die WG Bündnerstrasse, welche auf der gegenüberliegenden Strassenseite neue Wohnungen bauen, haben das alte Zollhaus erworben und planen, dieses für eine vielfältige Nutzung für das Quartier zu öffnen (z.B. Café). Inwiefern wurde dies beim Entscheid, die alte Tramwarte der gemeinschaftlichen Nutzung zugänglich zu machen, berücksichtigt?
4. Wurde geprüft, ob Die Tramwarte an einen attraktiveren Ort versetzt werden könnte, so dass sowohl das Häuschen gerettet als auch der nötige Wohnraum gebaut werden könnte?
5. Wurden genossenschaftliche Bauträger für die Realisierung der Wohnbauten auf der alten Tramwendschlaufe angefragt? Wenn nein, wieso nicht?

Brigitte Gysin

Interpellation Nr. 103 betreffend die Folgen irrwitziger Asylpolitik

21.5583.01

Die brutale Gewalttat von Würzburg, wo ein Somalier drei Frauen getötet und mehrere andere verletzt hat, spiegelt einmal mehr das Versagen der Asylpolitik wider.

Der Mann war 2015 nach Deutschland gekommen. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, allerdings erhielt er sogenannten „subsidiären Schutz“. Das heisst: Es steht ihm zwar kein Flüchtlingsstatus zu, aber er darf trotzdem bleiben, weil ihm in seinem Heimatland „Schaden“ drohen könnte.

Abgeschoben wurde er auch dann nicht, als er mehrfach auffällig wurde – unter anderem, weil er jemanden mit einem Messer bedroht hatte. Eine Bankrotterklärung des Staates, die in Europa viel zu oft vorkommt.

In Deutschland gab es im Vorjahr rund 168 000 Tatverdächtige bei der Gewaltkriminalität. 38 Prozent davon waren nicht-deutsche Tatverdächtige, 13 Prozent Zuwanderer. Ganz ähnlich sieht das Verhältnis bei Vergewaltigungen und sexueller Nötigung aus. Das ist der Preis für die irrwitzige Asylpolitik, die jeden reinlässt, der es an die EU-Aussengrenze schafft. Und diese Menschen, auch wenn kein Schutzgrund vorliegt, nach dem negativen Ausgang eines Asylverfahrens kaum abschiebt.

Es ist die völlige Ignoranz des Schutzbedürfnisses der eigenen Bevölkerung zugunsten schrankenloser Massenmigration nach Europa.

1. Wie viele abgelehnte Asyl-Bewerber befinden sich zur Zeit in Basel-Stadt?
2. Werden Asyl-Bewerber auch von Basel abgeschoben?
3. Wie ist es genau geregelt, bei den Asyl-Bewerbern. Für was ist konkret der Kanton Basel-Stadt und für was ist konkret der Bund, die Eidgenossenschaft, zuständig?
4. Wie viele Asyl-Bewerber befinden sich zur Zeit in Basel?

Eric Weber

Interpellation Nr. 104 betreffend der Basler Sommerspässe 2021 «Lärmkontingent»	21.5584.01
--	------------

Als unmittelbare Anwohnerin der so idealen Konzertarena im Kannenfeldpark teile ich das grosse Unverständnis weiter Bevölkerungskreise und vor allem das der vielen Besucherinnen und Besucher der beliebten Konzertreihe «Musikalische Sommerspässe» über den Lärmkontingent-Entscheid des AUE. Dass in den letzten 10 Jahren keine Reklamationen von der Anwohnerschaft eingegangen sind, überrascht mich nicht. Im Gegenteil, auch ich geniesse diese Konzerte sehr. Dies im Übrigen im Gegensatz zur Musik aus den Boomboxen, die an schönen Sommerabenden bis weit nach Mitternacht aus dem geschlossenen (!) Kannenfeldpark dröhnen.

Nur nebenbei erwähnt sei, dass die seit Jahren ehrenamtlich wirkenden Veranstalter erst am Nachmittag des ersten Konzertes erfahren mussten, dass, wegen Überschreitung des Lärmkontingents, nur vier statt fünf Konzerte stattfinden können.

Weiter störe ich mich daran, dass diese Konzerte mit einer angenehmen Lautstärke als lärm- und schallintensiv benannt werden. Abgesehen davon, dass seit der Nachtruhe-Abstimmung vom November 2019 für Lautsprecheranlagen auf Allmend bis 22.00 Uhr keine Bewilligung mehr nötig ist.

Dass in dieser unerfreulichen Pandemiezeit die sehlichst erwarteten Open-Air-Konzerte von Amtes wegen erst noch gekürzt wurden, löste bei Musikerinnen und Musikern wie natürlich auch bei Besucherinnen und Besuchern nur «Kopfschütteln» aus.

Bei meinen Nachforschungen zum Thema Lärmkontingente habe ich festgestellt, dass diese Kontingente alles andere als transparent und verständlich sind. Die 54 seitige AUE-Broschüre BIV (Beurteilungsinstrument für schallintensive Veranstaltungen) trägt einen Titel, der suggeriert, dass alle Veranstaltungen schallintensiv sind.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind Sie bereit, die entsprechenden Erlasse und Bestimmungen dahingehend anzupassen, dass musikalische Veranstaltungen nicht mehr durch «Lärmkontingente» eingeschränkt werden?
2. Möchten Sie als Regierungsrat gegenüber Institutionen/Privaten, die sich ehrenamtlich für die Bevölkerung und die Stadtbelebung einsetzen, vermehrt als Ermöglicher und nicht als Verhinderer auftreten?
3. Weshalb wurde in diesem Fall keine Unterscheidung zwischen Nacht- und Abendstunden gemacht?
4. Handelt das AUE den rechtlichen und gesetzlichen Grundlagen entsprechend oder eher eigenmächtig?
5. Warum wurde die Arena im Kannenfeldpark vor Jahren gebaut, wenn die Nutzung durch solche Vorgaben eingeschränkt wird?

Lydia Isler-Christ

Interpellation Nr. 105 betreffend behördliche Massnahmen verletzen das ÖV-Programm und schaden den ÖV-Fahrgästen	21.5586.01
---	------------

Das ÖV-Programm sieht u.a. Beschleunigungen und Attraktivitätssteigerungen im Tram- und Busbetrieb vor. Dementgegen kommen aus der Küche des für besseren ÖV zuständigen Amtes für Mobilität auf vielerlei Ebenen gegenläufig wirkende Massnahmen. Verlangsamung und Unattraktivierung sind die Folgen.

- (I) Das ÖV-Programm sieht ein «detailliertes Spätverkehrsangebot» vor, Vorgabe: «Eine Ausdünnung zum 15-Minuten-Takt ist erst zwischen 21 und 22 Uhr vorgesehen» (ÖV-Programm Ziff 4.2.3 und Ziff 5.4.1). - Dies scheint aber unter Beteiligung des Mobilitätsamtes ignoriert zu werden, zeigt doch der Fahrplan-Entwurf 2022, dass das längst unzeitgemässe 15-Minuten-Intervall ab 19 bzw. 20 Uhr bestehen bleibt.
- (II) Das ÖV-Programm sieht ein Beschleunigungsgebot vor (Ziff. 4.2.2). Es wird aber unter Beteiligung des Mobilitätsamtes per Ende 2021 die «Aufhebung der Doppelhaltstellen» konzipiert, welche umfassende flankierende Massnahmen auf der Innerstadt-Achse bedingen würde, so die Fachmeinungen und

Berechnungen von IGÖV und BVB. - Dementgegen scheint das Amt fast alle flankierenden Massnahmen wegzulassen und mehrminütige Verlangsamungen, Schnecken tempo und Stau bewusst in Kauf zu nehmen.

- (III) Das ÖV-Programm sieht ein Wirtschaftlichkeitsgebot vor (Ziff. 4.5.2). Dementgegen kommt es unter Beteiligung des Mobilitätsamtes auf vielerlei Ebenen zu geplanten ÖV-Verschlechterungen, Beispiele: ÖV-bremsende LSA statt Grüne Welle; Aeschenplatz-Projekt; Eigentrassee-Beseitigung bei Tram 1, 6, 14, 16; Innerstadt-Konzept; Tempo 30. - Dies scheint den Trambeschaffungs-Ratschlag und die Schiebetritt-Debatte zu verzögern, um 4 zusätzliche Tramzüge zum Ausgleich von Verlangsamungen nachzuplanen.

Gestützt auf diese negativen Entwicklungen frage ich die Regierung:

I. Schädliche ÖV-Massnahmen im Spätbetrieb

1. Bleibt es zum Fahrplanwechsel beim Viertelstundentakt und langen Wartezeiten gemäss dem bisherigen ausgedünnten Spätverkehr?
2. Wie erklärt sich der Widerspruch zu ihrer Aussage, «das aktuelle Spätangebot im ÖV» werde «den heutigen Bedürfnissen nicht mehr gerecht»? (alle Zitate aus dem ÖV-Programm)
3. Müsste sie nicht grad in «Covid»-Zeiten an ihrer Aussage festhalten, «dass nur ein Qualitätssprung im Spätverkehr dazu führen wird, dass der ÖV in diesem Zeitabschnitt an Nachfrage zurückgewinnt»?

II. Schädliche ÖV-Massnahmen in der Innerstadt

4. Kann sie Verlangsamungen und Verstaung auf der Innerstadt-Achse mit 1 bis 2 Minuten längeren Fahrzeiten wegen fehlender Betriebs-, Tramfluss- und Einsteige-Konzepten verbindlich ausschliessen?
5. Wie erklärt sich der Widerspruch zu ihrer Aussage, «durch Optimierung des Durchlaufs durch die Innerstadtkorridore» eine «Stabilität der heutigen Reisegeschwindigkeit garantieren» und «bereits kurzfristig deren Erhöhung auf dem Gesamtnetz bewirken» zu wollen?
6. Müsste sie nicht auf externe Fachleute hören, welche Tramstau auf der gesamten Achse Claraplatz - SBB/Heuwaage befürchten (nicht nur am Steinenberg) und umfassende Massnahmen fordern?

III. Schädliche ÖV-Massnahmen bei der Trambeschaffung

7. Kommt es zu mehrmonatiger Verzögerung der Trambeschaffungs-Debatte weit ins 2022, weil der seit Frühjahr pfannenfertig vorliegende Ratschlag zurückgewiesen wurde?
8. Wie erklärt sich der Widerspruch zwischen Beschleunigungs- und Wirtschaftlichkeitsgebot einerseits und der Rückweisung zugunsten von 4 «unproduktiven» Tramzügen wegen behördlicher Massnahmen, welche den ÖV-Betrieb verlangsamten (Innerstadt-Staus, Aufhebung Eigentrassees, Tempo 30 etc.)?
9. Müssten nicht verlangsamende Massnahmen ersetzt werden durch beschleunigende Massnahmen, sodass auf 4 zusätzliche Tramzüge verzichtet und so die Trambeschaffung beschleunigt werden kann?

Beat Leuthardt

Interpellation Nr. 106 betreffend zielgruppengerechte Ansprache und Orientierung von speziell dem Corona-Ansteckungsrisiko ausgesetzten Teilen der Bevölkerung, Teil 2

21.5587.01

Den Medien ist zu entnehmen, dass die Impfquote unter Migranten tief ist. Die Gesundheitsbehörden «gehen davon aus, dass die Impfquote bei der migrantischen Bevölkerung etwa halb so hoch sei wie bei jenen, die aus der Schweiz stammen, konkrete Zahlen gäbe es aber keine»¹. Angesichts der beginnenden vierten Welle ist diese Aussage alarmierend.

Die Aussagen decken sich mit der Antwort des Regierungsrates auf meine erste Interpellation zum Thema. Die Generalsekretärin des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt antwortete in einer E-Mail vom 30. Nov. 2020: «Während der Pandemie ist uns aufgefallen, dass vulnerable, oftmals fremdsprachige Menschen einen erschweren Zugang zu gesicherten, aktuellen und lokalen Informationen rund um den Umgang mit dem Coronavirus haben.» Der Regierungsrat bestätigt in seiner Interpellationsantwort vom 6. Jan. 2021 die Einschätzung, «dass die Datenerfassung und deren Auswertung in der Epidemiologie eine wichtige Rolle spielen <...> Der Migrationshintergrund stellt dabei für sich genommen keinen klar definierten und abgrenzbaren Faktor dar.»

Der letzte Satz hat sich als falsch herausgestellt. Es soll jetzt diese Falscheinschätzung nicht im Nachhinein kritisiert werden, wohl aber müssen kritische Fragen zum Vorgehen während der Monate seit der ersten Interpellationsantwort und den zukünftigen Tätigkeiten gestellt werden.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Für wie gefährlich erachtet der Regierungsrat die tiefe Impfquote der migrantischen Bevölkerung?
2. Wieso dauerte es mehr als ein halbes Jahr, bis dieses Problem in der Öffentlichkeit thematisiert wurde?
3. Sind der Regierung noch weitere Bevölkerungsteile bekannt, welche schwer erreichbar und für welche verstärkte Kommunikationsmassnahmen nötig sind?
 - a. Wenn Ja, welche?
 - b. Wenn Ja, welches sind diese Massnahmen?
4. In seiner Interpellationsantwort vom 6. Jan. 2021 schreibt der Regierungsrat, er «analysiere, welche

Bevölkerungsgruppen einer möglichen Ansteckung besonders ausgesetzt sind. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse werden die Kommunikationsmassnahmen auf dieser Basis kontinuierlich angepasst und, wo nötig, verstärkt.» Diese Massnahmen sind offensichtlich nicht erfolgreich.

- a. Wie verstärkt der Regierungsrat konkret seine Anstrengungen, den migrantischen Bevölkerungsteil zu erreichen?
 - b. Sind dem Regierungsrat in der Zwischenzeit weitere Teile der Bevölkerung bekannt geworden, auf welche er besondere Anstrengungen der Kommunikation richten muss?
5. Im Weiteren ist der Regierungsrat laut Interpellationsantwort nicht bereit, seine Kommunikationsmassnahmen einer detaillierten, kritischen und ergebnisoffenen Beurteilung zu unterziehen. Angesichts des offensichtlichen Scheiterns der Kommunikation vis-à-vis dem migrantischen Bevölkerungsteil und der anlaufenden nächsten Coronawelle ist diese Einstellung fatal.
- a. Welches Monitoring seiner Kommunikationsbemühungen unternimmt der Regierungsrat, um den Erfolg zu messen?
 - b. Welche weiteren Schritte zur Qualitätskontrolle (die in dieser Beziehung offensichtlich fehlt) ergreift der Regierungsrat, um eine solche und ähnliche Situationen in Zukunft gar nicht erst entstehen zu lassen?
6. Ist der Regierungsrat bereit, seine coronabezogenen Kommunikationsmassnahmen einer detaillierten, kritischen und ergebnisoffenen Beurteilung zu unterziehen und diese dem Parlament bekannt zu geben?

¹ <https://www.bazonline.ch/behoerden-erreichen-migranten-zu-wenig-253979736757>

Beat K. Schaller

Interpellation Nr. 107 betreffend drohende Schliessung der Ludotheken Bläsi und St. Johann

21.5588.01

Aus den Medien war zu erfahren, dass sich die Robi-Spiel-Aktionen als Trägerschaft aus finanziellen Gründen veranlasst sehen, die beiden Ludotheken zu schliessen.

Die Ludotheken leihen Spiele und Spielsachen aus, initiieren Spielaktivitäten und bieten Raum zum Spielen. Ihr reichhaltiges und attraktive Angebot fördert das Spielen als aktive Freizeit-beschäftigung. Die Ludotheken in Basel haben eine 40-jährige Tradition und bisher gut funktioniert. Nun droht, dass sie wegen fehlender Finanzen Ende 2021 eingestellt werden müssen. Gemäss Angaben des Vereins Robi-Spiel Aktionen sind ca. CHF 120'000 pro Jahr notwendig, um dieses Angebot aufrecht erhalten zu können.

Gerade in den dicht besiedelten Quartieren Bläsi und St. Johann, wo viele Familien und Kinder wohnen, bietet das Spiel eine Auszeit vom Alltag, entwickelt neue Kompetenzen, kompensiert Alltagsfrust und vertreibt Langeweile. Auf diese Weise wird das Spiel zu einer Tür in eine andere Welt, fernab von den alltäglichen Aufgaben und Forderungen. Der Zugang und Ausleihebedingungen sind niederschwellig und ermöglichen jedem Familienbudget, daran teilzunehmen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass die Ludotheken mit ihrem variablen, kindgerechten und vielfältigen Angebot weiterhin einem grossen Bedürfnis für Familien entsprechen und auch in Zukunft ihren berechtigten Platz in den Freizeitaktivitäten der Kinder, Jugendlichen und deren Familien haben?
2. Ist der Regierungsrat bereit, sich für den Fortbestand der beiden Ludotheken einzusetzen und diesen zu sichern?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, wie der Betrieb dieser wichtigen Institutionen fortgesetzt und sichergestellt werden könnte?

Catherine Alioth

Interpellation Nr. 108 betreffend Coronaschutz an den Basler Schulen

21.5589.01

Alle Kinder an den Basler Volksschulen, die das 12. Altersjahr noch nicht erreicht haben, haben keine Möglichkeit, sich gegen Corona impfen zu lassen. Das heisst, dass sie ein im Vergleich zur Restbevölkerung höheres Risiko haben, an Covid zu erkranken. Auch wenn die Verläufe bei jüngeren Menschen in der Regel milder sind, sind sie damit dem Risiko von Komplikationen und Langzeitfolgen ausgesetzt. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Um die Ausbreitung von Covid an den Schulen möglichst einzudämmen, führt der Kanton Basel-Stadt regelmässige Spucktest in Klassenzimmern durch. Wie viele Pool-Spucktests wurden auf den verschiedenen Schulstufen seit Beginn des neuen Schuljahres insgesamt durchgeführt?
2. Wie viele Pool-Spucktest fielen positiv aus und wie viele Covid-Fälle konnten in den Einzeltest festgestellt werden?
3. Wie lauten die aktuellen Quarantänevorgaben für positiv getestete Schulkinder?

4. Wie hoch ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die nicht an den freiwilligen Spucktests teilnehmen?
5. Es kann sein, dass ein Kind an einem positiven Spucktest teilnahm, beim Einzeltest dann aber nicht mitmacht. Wie wird bei solchen Fällen vorgegangen?
6. Besuchen Schülerinnen und Schüler, die an den Spucktests nicht teilnehmen, den Unterricht auch weiter, wenn positive Fälle in ihrer Klasse festgestellt wurden?
7. Wie viele Klassen mussten seit den Sommerferien in Quarantäne gesetzt werden?
8. Mit Beginn des Schuljahres wurde die Maskenpflicht ab dem 5. Primarschuljahr aufgehoben. Zieht der Regierungsrat in Betracht, diese Lockerung angesichts der steigenden Zahlen rückgängig zu machen?
9. Kann garantiert werden, dass die Schulzimmer auch im anstehenden Winterhalbjahr systematisch gelüftet werden?
10. Wie viele Exemplare an CO-2-Messgeräten stehen den Basler Schulen insgesamt für den leihweisen Einsatz zur Verfügung?
11. Wieso hat sich der Regierungsrat gegen eine breite Anschaffung von CO-2-Messgeräten in den Schulzimmern entschieden und wieso ist es nicht erlaubt, dass die Eltern solche Geräte auf eigene Kosten für den Unterricht anschaffen?
12. Wenn die Ansteckungszahlen weiter hoch sind, muss davon ausgegangen werden, dass in den kommenden Wochen wiederholt Einzelpersonen oder gar Klassen in Quarantäne gesetzt werden müssen. Wie kann für die Betroffenen der Unterricht aufrechterhalten werden? Mit welchen technischen Massnahmen und welchen finanziellen Mitteln unterstützt der Regierungsrat die Beschulung der Betroffenen?

Claudio Miozzari

Interpellation Nr. 109 betreffend tatsächlichen Zugang zum Recht für Opfer von Vergewaltigungen verbessern

21.5590.01

Die mündliche Begründung des Appellationsgerichts zum Urteil des Falls Elsässerstrasse hat in Basel, in der Schweiz und sogar im Ausland hohe Wellen geworfen. Breite Teile der Bevölkerung, unabhängig des Geschlechts und unabhängig der politischen Orientierung, störten sich an der Argumentationslinie der in den Medien wiedergegebenen mündlichen Urteilsbegründung, welche im Verhalten des Opfers gegenüber Dritten eine Mitverantwortung an der späteren Tat suggerierte. Der Protest gegen dieses Victim Blaming (Täter-Opfer-Umkehr) – als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Problematik rund um Vergewaltigungsmythen und dem schlechten Zugang zum Recht für Opfer von Vergewaltigungen – ist unüberhörbar.

Dass Vergewaltigungsmythen in Strafverfahren zu finden sind, kommt in der Schweiz häufig vor. Vergewaltigungsmythen sind stereotype und klischierte Annahmen über Vergewaltigungen, meist falsche Vorstellungen und Erwartungen, wie Opfer und Täter sich vor, während und nach Sexualdelikten verhalten. Vergewaltigungsmythen verharmlosen sexualisierte Gewalt, sie entlasten typischerweise die gewaltausübende Person, schreiben der gewaltbetroffenen Person Mitschuld zu oder erkennen ihr den Opferstatus gänzlich ab. Vergewaltigungsmythen sind ein grundsätzliches Problem, das aus Sicht der Interpellantin angegangen werden muss. Es geht in dieser Interpellation nicht darum, ein Gerichtsurteil zu kommentieren.

Sexualisierte Gewalt ist eine gravierende Menschenrechtsverletzung. Das Ausmass wird stark unterschätzt, da die Kriminalstatistik nur einen Bruchteil der tatsächlich erlebten sexualisierten Gewalt in der Schweiz abbildet. Gross angelegte Prävalenzstudien fehlen, es mangelt an Mitteln zur Erhebung der Daten, auch betreff sexualisierter Gewalt gegenüber Männern. Dieser Datenmangel ermöglicht es, Vergewaltigungsmythen aufrecht zu erhalten. Vergewaltigungsmythen sind stark verbreitet in der Gesamtgesellschaft und bei Fachpersonen, die mit Gewaltbetroffenen arbeiten. Vergewaltigungsmythen beeinflussen massgeblich die Behandlung, welche Opfer durch die Fachpersonen im Spital erhalten, das Verhalten der Polizei gegenüber den Gewaltbetroffenen, das Strafverfahren usw.

Die beruflichen Aus- und Fortbildung von relevanten Berufsgruppen ist ein Teil des Handlungsfeldes «Gewaltprävention» der Istanbul-Konvention (Artikel 15), welche die Schweiz ratifiziert hat und verpflichtet ist, umzusetzen. Berufsgruppen in Kontakt mit gewaltbetroffenen und gewaltausübenden Personen müssen differenziertes Wissen über sexualisierte Gewalt besitzen. Laut dem ersten Staatenbericht der Schweiz zur Umsetzung der Konvention sieht der Bundesrat hier klar die Kantone in der Pflicht. Es braucht laut Istanbul-Konvention Schulung bei Richtern, Polizei, Anwältinnen und Anwälte im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt und weiteren Berufsgruppen.

Bei einer repräsentativen Studie von Frauen in der Schweiz ab 16 Jahren von gfs.bern (Befragung sexuelle Gewalt, April 2019) haben 12% der Frauen angegeben, Geschlechtsverkehr gegen den eigenen Willen erlebt zu haben. Von den Frauen, die in der Umfrage angaben, Opfer von sexualisierter Gewalt geworden zu sein, machten nur 8% Strafanzeige. Davon wiederum führt nur ein Bruchteil zu einer Verurteilung. Oft hat eine Anzeige wenig Erfolgsaussichten, sei es wegen Beweisschwierigkeiten oder weil die Täterschaft im konkreten Fall nicht genügend zusätzliche physische Gewalt, Drohung oder psychischen Druck zur bereits ausgeübten Gewalt angewendet hat und der Tatbestand daher nicht der aktuellen Definition von Vergewaltigung oder sexueller Nötigung im Strafgesetzbuch entspricht. Das Sexualstrafrecht ist deshalb aktuell auf nationaler Ebene in Bearbeitung. Zudem hindern Angst, dass einem nicht geglaubt wird, Scham und Angst vor einer unangemessenen Behandlung durch die Justiz die Betroffene

daran, Verbrechen gegen ihre körperliche Integrität und sexuelle Selbstbestimmung zu melden. Diejenigen, die den Schritt wagen, erfahren häufig kein opfersensibles Verfahren, sondern erleben Retraumatisierung und Stigmatisierung. Es ist wichtig, dass das Strafverfahren für Opfer vertrauenswürdig gestaltet ist. Abgesehen von der dringlichen Revision des Sexualstrafrechts muss eine Kultur geschaffen werden, in denen Opfer von Vergewaltigungen Anzeige erstatten, damit Vergewaltigung nicht häufig ungestraft bleibt. Es braucht ein Umdenken in der Gesellschaft und es braucht Massnahmen seitens des Staates, um den Zugang zum Recht für Opfer von Vergewaltigungen zu verbessern. In diesem Kontext bittet die Unterzeichnende den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Wie viel Prozent der Vergewaltigungen werden im Kanton Basel-Stadt angezeigt, wie hoch ist die Dunkelziffer? Wenn es keine Zahlen zur Dunkelziffer gibt, ist der Kanton bereit, eine Prävalenzstudie durchzuführen?
2. Wie viel Geld gibt der Kanton jährlich aus, um Massnahmen im Bereich Primärprävention betreffend Vergewaltigungen umzusetzen? Welche Massnahmen gibt es im Kanton?
3. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass es wichtig ist, eine Kultur zu schaffen, in der Opfer von Vergewaltigungen Anzeige erstatten und durch den Strafprozess nicht erneut traumatisiert werden?
4. Ist der Bereich Opferberatung in Basel genügend ausgebaut und finanziert? Wieso hat die Opferhilfe beider Basel im Jahr 2020 laut Jahresbericht ein Defizit?
5. Was wird unternommen, um Opfern die notwendige psychologische Unterstützung während und nach einem Strafverfahren zur Verfügung zu stellen?
6. Inwiefern findet in Basler Schulen Sensibilisierung zu sexualisierter Gewalt statt? Welche Lehrmittel benutzen Lehrpersonen um Fragen wie Vergewaltigungen und andere Formen von sexualisierter Gewalt zu thematisieren?
7. Inwiefern spielen Fakten zu Vergewaltigungsmymen eine Rolle in der Ausbildung von medizinischem Personal in den Notfallaufnahmen der Basler Spitäler?
8. In welchen Modulen der Ausbildung der Basler Polizei und welchen Weiterbildungen für die Staatsanwaltschaft wird über Vergewaltigungsmymen aufgeklärt und betreffend traumasensibler Einvernahme geschult?
9. In welchen Modulen spielen Vergewaltigungsmymen im Jus-Studium an der Universität Basel? Welche der aktuellen Professuren forscht zum Sexualstrafrecht und welche hat Expertise zu Gender Law?
10. Sind Fakten zu Vergewaltigungsmymen und soziopsychologischen Aspekte zu Vergewaltigungen in der Basler Anwaltsprüfung Teil des Prüfungsstoffes?
11. In wie vielen internen Weiterbildungen für Gerichtspersonal der Basler Gerichte in den letzten Jahren waren Vergewaltigungsmymen, soziopsychologische Aspekte sowie Opferverhalten bei Vergewaltigungen ein Thema? Ist der Regierungsrat bereit, die Auskunft betr. 10 und 11 beim Gerichtsrat einzuholen, in dessen Kompetenz diese Themen sind?
12. Gibt es in Basel-Stadt eine enge Zusammenarbeit zwischen den Institutionen, die in Kontakt kommen mit Opfern von sexualisierter Gewalt, und Weiterbildungen für die Mitglieder des Netzwerks, wie z.B. im sogenannten Berner Modell üblich?
13. Welche Anbieter für Weiterbildungen im Bereich Vergewaltigungsmymen und opfersensibler Befragung gibt es für Institutionen im Kanton? Wer sind die Träger, und wie sind diese finanziert?
14. Ist der Kanton bereit, eine grosse Sensibilisierungskampagne zu Vergewaltigungsmymen umzusetzen?
15. Welche sonstigen Massnahmen gedenkt die Regierung zu treffen, um die jetzige Situation zu verbessern?

Barbara Heer

Interpellation Nr. 110 betreffend Gesundheitsschutz der Bewohnenden des Bundesasylzentrums Basel

21.5591.01

Ab Ende Juli/Anfang August 2021 informierte das Gesundheitsdepartement in seinen Medienmitteilungen „Coronavirus-Bulletin“ wiederholt, dass sich viele Bewohnende des Bundesasylzentrums (BAZ) Basel, mit Corona angesteckt haben und dass deshalb Quarantäne- und Isolationsmassnahmen vollzogen werden.

Von im Asylbereich engagierten Anwält*innen wurde die Interpellantin informiert, dass es sehr schwierig sei, Informationen über die Gründe für diese hohe Infektionsrate, die konkrete Ausgestaltung der Quarantäne/Isolation und die Unterstützungsangebote für die Betroffenen zu erhalten.

Die Interpellantin hat daraufhin verschiedene Fragen an das Gesundheitsdepartement BS und an das Staatssekretariat für Migration (SEM) gestellt. Die Antworten kamen vom SEM „in Absprache mit dem Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt“ und liessen das Bild entstehen, dass im BAZ alles auf gutem Weg und unter Kontrolle sei. So wurde zum Beispiel betont, dass das Vorgehen des SEM und der Betreuungsdienstleistenden des BAZ bezüglich der Quarantäne- oder Isolationsmassnahmen „mittlerweile etabliert“ sei und „von der überwiegenden Mehrheit der Asylsuchenden unterstützt und auch geschätzt“ werde. „Schwierig“ sei nur „der Umgang mit Asylsuchenden, welche eine Drogen-, Medikamenten und/oder Alkoholabhängigkeit aufweisen“.

In der Zwischenzeit konnte die Interpellantin mit Hilfe von solidarischen Organisationen Kontakt mit Bewohnenden des BAZ aufnehmen. Deren Aussagen stimmten mit den Aussagen des SEM überhaupt nicht überein. Die Menschen im BAZ äusserten grosse Angst, sich mit COVID anzustecken. Sie erzählten, dass sie sich stundenlang mit positiv getesteten Personen im gleichen Raum aufhalten mussten und dass sie die Quarantäne in 8er bis 10er-Zimmern durchleben mussten. Dies offenbar aus Kapazitätsgründen: Die Bewohnenden berichteten, dass die Betreuungspersonen des BAZ ihnen die Begründung gaben, dass es zu wenig Platz hätte, für eine bessere Umsetzung der Quarantäne und Isolation.

Das BAZ befindet sich auf Basler Kantonsgebiet und die Bewohnenden halten sich in Basel auf, wenn sie nicht unter Quarantäne oder in Isolation sind. Die Verantwortung für den Schutz der Bewohnenden des BAZ vor einer Ansteckung mit Corona liegt somit auch beim Kanton, auch wenn das SEM Betreiber der Bundesasylzentren ist.

Das Gesundheitsdepartement BS hat sich jedoch (ausser in den oben erwähnten Medienmitteilungen) nicht zu den Umständen des Corona Ausbruchs im BAZ und auch nicht zur von den Bewohnenden des BAZ angebrachten Kritik geäussert, deshalb bittet die Interpellantin den Regierungsrat auf diesem Weg um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie nimmt der Kanton seine Verantwortung für die Gesundheit und das psychische Wohlergehen der Bewohnenden des BAZ wahr?
2. Wie ist es nach Meinung des Kantons zu erklären, dass das SEM – über 1 ½ Jahre nach Ausbruch der Pandemie über zu wenig räumliche und personelle Kapazitäten verfügt, um adäquat und menschenwürdig auf das Auftreten eines Infektionsherdes im BAZ zu reagieren?
3. Ist der Kanton bereit, sich beim SEM dafür einzusetzen, dass das BAZ auf künftige Ausbrüche der Infektion besser vorbereitet ist und es für die Bewohnenden sichere Abläufe, adäquate Informationskanäle und insbesondere auch psychologische Unterstützung gibt?
4. Ist der Kanton bereit, das SEM auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zu unterstützen, damit das BAZ bei einem allfälligen weiteren Ausbruch der Krankheit genügend Platz für die sichere und menschenwürdige Unterbringung der Bewohnenden hat, die in Quarantäne oder Isolation müssen?

Heidi Mück

Interpellation Nr. 111 betreffend Ludotheken retten Nr. 2	21.5592.01
--	------------

Wie der BZ vom vergangenen Mittwoch 1. September 2021 zu entnehmen war, fehlen dem Verein Robi-Spiel-Aktionen die finanziellen Mittel, um die beiden Ludotheken Bläsi und St. Johann weiterführen zu können. Die Corona-Pandemie hat den Verein finanziell stark getroffen und die Situation für die Ludotheken weiter verschärft. Aufgrund dessen sieht sich der Verein gezwungen die beiden Ludotheken per Ende Jahr zu schliessen. Erst im Jahr 2017 haben die Robi-Spiel-Aktionen drei Ludotheken von der GGG Basel übernommen und erhielten dafür von der GGG auch Gelder für den Betrieb, die jedoch per Ende dieses Jahres auslaufen. Bereits im Sommer 2020 hat sich abgezeichnet, dass die Finanzierung der Ludotheken Basel nicht mehr gesichert ist, woraufhin die Ludothek im Gundeli geschlossen werden sollte. Dank einer Initiative aus dem Quartier konnte die Ludothek an eine neue Trägerschaft (Verein Pulpo) übergeben und damit die Schliessung vorübergehend verhindert werden. Die Ludothek Gundeli ist heute mit der neuen Trägerschaft günstig im Zwinglihaus eingemietet, eine langfristige Finanzierung fehlt aber auch für diesen Standort bis heute.

Mit der Interpellation 20.5315 hat Barbara Heer im September 2020 die Regierung gebeten, mittels eines runden Tisches eine langfristige Lösung für alle drei Ludotheken zu finden. In der Beantwortung der Interpellation hielt Regierungsrat Conradin Cramer fest, dass er bereit sei gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Es ist deshalb bedauerlich, dass auch ein Jahr später noch keine Lösung gefunden wurde und nun die Schliessung der Ludotheken Bläsi und St. Johann droht. Denn insbesondere für Familien mit geringen Budgets sind Ludotheken wichtige Institutionen und zudem ist das Ausleihen von Spielsachen ökologisch nachhaltiger als der Kauf ebendieser. Eine Rettung der Ludotheken mit einer neuen Trägerschaft, idealerweise für alle drei Ludotheken zusammen, und einer nachhaltigen Finanzierung sind deshalb nach Ansicht der Interpellantin wichtig. Ludotheken gehören zum Service Public einer kinderfreundlichen Stadt. In Anbetracht dieser Ausgangslage bittet die Interpellantin die Regierung zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Welche Ergebnisse lieferte der Runde Tisch mit dem PD und dem ED zur Lösungsfindung für die Sicherung der Ludotheken von vergangem Jahr? Wieso wurde keine langfristige Finanzierung gefunden?
2. Laut Medienberichten war das ED nicht bereit, die Ludotheken in einen Leistungsauftrag für Robi-Spiel-Aktionen aufzunehmen, weil sich der Verein auf sein Kerngeschäft konzentrieren solle. Ist dies korrekt? Wieso suchte das ED nicht eine andere Finanzierungsmöglichkeit für die Ludotheken, um deren Schliessung abzuwenden?
3. Was haben Abklärungen betreffend einer Integration in die GGG Bibliothek ergeben?
4. In Anbetracht der dringlichen Situation sollten alle Akteure – Robi-Spiel-Aktionen, Leitungen der Ludotheken, Verein Pulpo, GGG, CMS, Kanton und Bürgergemeinde (siehe Interpellation LDP) erneut an einen runden Tisch geholt werden, um die Schliessung der Ludotheken durch eine kurzfristige Finanzspritze abzuwenden und ein langfristiges Finanzierungsmodell zu finden. Ist der Regierungsrat dazu bereit?
5. Welche Möglichkeiten für eine langfristige (Teil-) Finanzierung der Ludotheken durch den Kanton sieht der

Regierungsrat?

6. Welches Departement nimmt die Zuständigkeit für die Thematik an sich, und ist bereit, die Ludotheken in eine neue Trägerschaft zu begleiten, und, falls der Runde Tisch das ergibt, einen Leistungsauftrag zu vergeben?

Melanie Eberhard

Interpellation Nr. 112 betreffend umgehende Signalisierung von gefährlichen Fahrspurverengungen zum Schutz von Velofahrenden

21.5594.01

Noch immer teilen sich Velo und Auto an vielen Orten in der Stadt Basel Strassenabschnitte, ohne dass dort ein Velostreifen markiert wäre. Diese Abschnitte mit fehlenden Markierungen für die Velos sind grundsätzlich problematisch und das Problem verschärft sich zusätzlich durch die steigende Zahl von breiten SUVs, die im Stadtverkehr unterwegs sind. Es ist deshalb zentral, dass in den nächsten Jahren auf allen Strassenabschnitten der Stadt durchgängige Markierungen von Velostreifen eingeführt werden, um die Räume für Autos und Velos deutlich voneinander abzugrenzen und damit die Sicherheit von allen Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen. Ein entsprechender Anzug von Wegmann und Konsorten für die Strecke Johanniterbrücke bis Bahnhof SBB etwa ist hängig (20.5071.01). Da die Umsetzung von durchgängigen Velostreifen aber offensichtlich viel Zeit in Anspruch nimmt, bedarf es aus Sicht der Interpellantin einer umgehenden Signalisation von besonders gefährlichen Abschnitten, namentlich von plötzlichen Fahrspurverengungen, bis auch dort Velostreifen markiert sind. Denn hier hängt die Sicherheit der Velofahrenden besonders von der Aufmerksamkeit und Achtsamkeit der sie überholenden Autofahrenden ab. Entsprechend müssen die Autofahrenden gewarnt und auf den gefährlichen Abschnitt sowie auf die Existenz von Velos trotz fehlender Velostreifenmarkierung hingewiesen werden.

Zwei Beispiele für solche plötzlichen Fahrspurverengungen: 1. Allgemein bei Velofahrenden bekannt und im Anzug von Wegmann und Konsorten erwähnt ist die Verengung der Fahrspur nach Einmündung Spalentorweg (Richtung Bahnhof SBB). Wenn die Autofahrenden diese Verengung nicht bemerken und aufgrund eines zweiten Autos auf der Überholspur nicht ausweichen können, dann müssen sie rechtzeitig abbremsen, oder es wird sehr eng für das Velo, das dort unterwegs ist. 2. Die Tramhaltestelle «Musical Theater» am Riehenring. Hier fällt die Fahrspur zur abgesetzten Tramlinie abrupt ab, auch hier gibt es keine spontane Ausweichmöglichkeit für das Auto, wenn es eng wird mit einem davor fahrenden Velo (das immer wieder Regenablaufvorrichtungen ausweichen muss, was den Platz zusätzlich verringert). Auch hier ist die Sicherheit der Person auf dem Velo davon abhängig, dass die von hinten mit Tempo 50 kommenden Autos die Situation erkennen und die Velos vorsichtig überholen.

Ausgehend von diesen beiden Beispielen bittet die Interpellantin die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Regierung die Einschätzung, dass solche Fahrspurverengungen (Beispiel 1) resp. Fahrspurveränderungen durch abgesetzte Tramlinien (Beispiel 2) die Sicherheit von Velofahrenden derart gefährden, dass es umgehender Massnahmen zur Signalisierung dieser Stellen und damit zum Schutz der Velos erfordert?
2. Wenn ja, welche Massnahmen sieht die Regierung für geeignet, um die gefährlichen Abschnitte schnellstmöglich zu signalisieren? Könnten Warnschilder für die Autofahrenden eine provisorische Abhilfe schaffen und wie könnten diese konkret aussehen? Oder liesse sich eine Velostreifenmarkierung an diesen besonders gefährlichen Stellen allenfalls dennoch rasch umsetzen?
3. Welche weiteren Abschnitte mit Fahrspurverengungen in der Stadt Basel bedürften einer solchen Signalisation? Ist die Regierung bereit, hierzu eine Übersicht zu erstellen, falls eine solche nicht existiert und auch hier eine entsprechende Signalisation umzusetzen?
4. Auch bei Baustellen kommt es oft zu gefährlichen Verengungen (Beispiel Spalenring Richtung Kannenfeldplatz bei der Station Burgfelderplatz). Könnte auch für Baustellen eine Lösung gefunden werden, um die Velofahrenden zu schützen?
5. Wenn die Regierung die Einschätzung der Interpellantin nicht teilt, wie schätzt die Regierung die beschriebenen Verkehrssituationen dann ein? Und welche Massnahmen liessen sich aus der Einschätzung der Regierung dennoch ableiten und umsetzen?
6. Falls aus Sicht der Regierung gar keine Massnahmen zur umgehenden Verbesserung der beschriebenen Situationen nötig sind, welche Empfehlungen hat sie dann für die Velofahrenden, die diese Abschnitte in den nächsten Monaten und Jahren weiter passieren müssen?

Fleur Weibel

Interpellation Nr. 113 betreffend toxikologische Kriterien – Teil 2

21.5596.01

In meiner Interpellation von 10. März 2021 (21.5185 Interpellation Nr. 26 von Harald Friedl betreffend «toxikologische Kriterien in Basel-Stadt») stellte ich diverse Fragen zur Herleitung und Anwendung von so genannten Konzentrationswerten (k-Werten) bei der Beurteilung des Sanierungsbedarfs der beiden belasteten Standorte Maienbühl in Riehen und dem Klybeckareal in Basel. Dabei habe ich nachgefragt, weshalb der Kanton in einem Fall

einen an einem anderen Standort, einem Werksareal, hergeleiteten k-Wert zur Anwendung bringt (k-Wert für Crotamiton bei der Deponie Maienbühl in Riehen, der für das Werkareal in Nyon hergeleitet wurde) und in einem anderen Fall einen an einem anderen Standort hergeleiteten Grenzwert nicht berücksichtigt (k-Wert für Benzidin beim Klybeck-Areal der im Kanton Wallis zur Anwendung gelangt).

Der Regierungsrat schreibt, dass der Kanton nach der Methodik des Bafu sowohl für Crotamiton, sowie für Benzidin einen standortspezifischen k-Wert herleiten und vom Bafu «bewilligen» liess. Leider unterlässt es der Regierungsrat auszuführen, auf welchen Grundlagen die Herleitungen erfolgten und welche Grenzwerte der Kanton schliesslich festlegte, weshalb ich mich in der Beantwortung der Interpellation in der Juni-Sitzung des Grossen Rates als nicht befriedigt erklärte. Aus Gründen der Transparenz erlaube ich mir deshalb weitere Fragen zur Klärung nachzureichen. Dabei stehen für mich die Überlegungen im Vordergrund, wie der Kanton die bestehenden Grenzwerte in die Herleitung involvierte und ob weitere Grundlagen zur Anwendung gelangten und welche k-Werte der Kanton schliesslich zur Anwendung bringt. Der Regierungsrat erklärt zwar, dass k-Werte hergeleitet wurden, diese werden aber nicht in der aktuellsten Version der Liste des Bafu aufgeführt mit dem Titel «Konzentrationswerte für Stoffe, die nicht in Anhang 1 oder 3 AltIV enthalten sind und für durch die Kantone eine Herleitung gemacht wurde» (<https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/altlasten/fachinfo-daten/konzentrationswerte.pdf.download.pdf/konzentrationswerte.pdf>). Die letzte Version der Liste datiert vom Januar 2021 und umfasst beide Stoffe, die Basel-Städtischen Werte fehlen aber.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Welche Annahmen wurden für die standortspezifische Herleitungen der k-Werte von Crotamiton und Benzidin gemacht? Wurden weitere k- und Grenzwerte als diejenigen von Nyon (Crotamiton) und Wallis (Benzidin) berücksichtigt?
2. Welches sind die «neuen Erkenntnisse» für Crotamiton, die sich verbessert haben, wie in der Beantwortung angedeutet wird? Ich bitte darum, dies näher auszuführen.
3. Inwiefern wurden neue Erkenntnisse beim Benzidin aus den Herleitungen des Kantons Wallis berücksichtigt? Ich bitte darum, dies näher auszuführen.
4. Wie hoch liegen die "Standortspezifische k-Werte" für Benzidin im Klybeck und für Crotamiton in der Deponie Maienbühl, die der Kanton Basel-Stadt herleiten liess? Wann wurden diese beschlossen und von Bafu bewilligt?

Harald Friedl

Interpellation Nr. 114 betreffend Juso-Steuerinitiative	21.5598.01
--	------------

Am 26. September 2021 gelangt mit der eidgenössischen Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» eine weitere Steuerinitiative der Jungsozialisten zur Abstimmung. Die Initiative fordert eine Besteuerung des Kapitaleinkommens im Umfang von 150 Prozent ab einem vom Gesetzgeber zu definierenden Schwellenwert und eine Besteuerung im Umfang von 100 Prozent unter ebendiesem Schwellenwert. Damit würde es zu einer massiv höheren Besteuerung von breiten Bevölkerungskreisen kommen.

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat sich am 31. August 2021 klar gegen diese Initiative positioniert. Er begründet seine kantonale Stellungnahme zu dieser nationalen Abstimmung damit, dass die Initiative einen Eingriff in die Steuerhoheit, eine Einschränkung der finanziellen Autonomie und eine Verschlechterung der steuerlichen Attraktivität bedeuten würde.

In dieser Analyse stimmt er mit der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren überein. Auch diese lehnen die Initiative aus oben genannten Gründen ab (vgl. Argumentarium vom 2. Juni 2020).

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ein nationaler Vergleich zeigt, dass in Basel-Stadt Personen mit hohem Vermögen bereits heute überdurchschnittlich stark belastet werden. Schliesst sich der Regierungsrat daher der Beurteilung des Regierungsrates des Kantons Bern und der Finanzdirektorenkonferenz an und empfiehlt die Initiative aufgrund der direkten Betroffenheit des Kantons Basel-Stadt ebenfalls zur Ablehnung?
2. Wie schätzt der Regierungsrat bei einer Annahme der Initiative die Auswirkungen auf die Bevölkerung des Kantons ein?
3. Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, um im Falle einer Annahme der Initiative Abwanderungen durch eine übermässige Steuerbelastung zu verhindern?

Luca Urgese

Interpellation Nr. 115 betreffend Gummigeschoss-Einsätze und deren Verhältnismässigkeit	21.5599.01
--	------------

Am Samstag, 28. August setzte die Polizei an einer Demonstration mehrere Schüsse mit Gummigeschossen ab. Am Tag darauf verschickte die Kantonspolizei eine Medienmitteilung mit dem Titel: «Kurzer Mitteleinsatz wegen unbewilligter Demonstration». In der Mitteilung wird erklärt, dass Mittel eingesetzt wurden, weil die Demonstrierenden

sich «Zugang in die Spiegelgasse erzwingen» wollten. Der Mitteleinsatz wird in der Medienmitteilung gerechtfertigt mit der Begründung, dass von Seiten der Demonstrierenden keine Dialogbereitschaft vorhanden war, und die Demonstrierenden offenbar dennoch durch die Spiegelgasse ziehen wollten. Am 2. September gab Frau Eymann in einem Interview in der bz Auskunft über ihre Haltung dazu und zu Demonstrationen im Allgemeinen. Sowohl der Mitteleinsatz als auch die Aussagen im Interview werfen bei der Interpellantin Fragen auf.

Die Interpellantin bittet die Regierung deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

1. Der Gummigeschoss-Einsatz ist ein sehr drastisches und auch gefährliches Mittel, das gegenüber einer Menschenmasse eingesetzt werden kann. Vor allem bekannt sind Verletzungen an den Augen und im Gesicht. In vielen Ländern ist es deshalb verboten. Stimmt der Regierungsrat der Aussage zu, dass dieses Mittel nur sehr selten, in Ausnahme-Situationen eingesetzt werden soll?
2. Im Interview mit der bz machte Frau Eymann folgende Aussage: «Ob Gummischrot eingesetzt wird oder nicht, das ist der Entscheid des Einsatzleiters der Polizei. Da habe ich als politische Vorgesetzte keinen Einfluss darauf.» Haben die Einsatzleitenden demnach freie Hand bei der Einsetzung solch drastischer Mittel und müssen sie sich nicht an gewisse Grundsätze halten? Wäre es nicht in der Verantwortung des Regierungsrates, den Einsatzleitenden einen Kompass zu kommunizieren, wann welche Mittel einzusetzen sind?
3. Die Polizei sollte nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit agieren. Inwiefern ist es verhältnismässig, Gummigeschosse einzusetzen, um eine für die Polizei als optimal befundene Route durchzusetzen?
4. Inwiefern ist der Einsatz von Gummigeschossen verhältnismässig, wenn das Übertretungsstrafgesetz sowie die Verordnung über Strassenverkehr beim Verstoss gegen die Bewilligungspflicht lediglich "Bussen" vorsieht?
5. Inwiefern wäre die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet gewesen, hätte die Polizei den Demozug durch die Spiegelgasse ziehen lassen?
6. Welche internen Massnahmen vollzieht das JSD, wenn im Einsatz das Prinzip der Verhältnismässigkeit nicht befolgt wurde?
7. Welche Massnahmen wurden zur Deeskalation der Situation getroffen, bevor mit Gummigeschossen durchgegriffen wurde? Wie wurde das 3D Prinzip eingehalten?
8. Was unternimmt das JSD, wenn das 3D Prinzip bei einem Einsatz nicht eingehalten wurde? Gibt es interne Konsequenzen?
9. Beim Einsatz von Gummigeschossen muss eine Mindestdistanz von 20 Metern eingehalten werden. Wurde diese Distanz eingehalten?
10. Der Titel der Medienmitteilung der Kantonspolizei: «Kurzer Mitteleinsatz wegen unbewilligter Demonstration» impliziert, dass die Mittel eingesetzt wurden, weil die Demonstration unbewilligt war. Ist das der Fall?
11. Im Interview mit der bz sagt Frau Eymann: «vielleicht gibt es eine gewisse Schärfe bei den unbewilligten Demos.» Worauf bezieht sich die "Schärfe"? Inwiefern ist es verhältnismässig und rechens, den §11 des Übertretungsstrafgesetzes mit Gummigeschossen, Personenbarrikaden und allfälligen anderen Gewaltmitteln durchzusetzen?
12. Darf die Polizei juristisch gesehen friedliche unbewilligte Demonstrationen härter behandeln als friedliche bewilligte Demonstrationen? Falls ja, auf welche Gesetzesartikel stützt sich das?
13. Auf welche Gesetzesartikel stützt sich der Gummigeschoss-Einsatz der Polizei vom 28. August?
14. Durch den vermehrten Einsatz von Gummigeschossen entsteht ein "Chilling Effekt". Aus Angst vor einem unerwarteten Gummigeschoss-Einsatz könnten immer mehr Personen auf den Besuch einer Demonstration verzichten. Ist sich die Regierung diesem "Chilling Effekt" bewusst, und ist dieser mit der Wahrung der Grundrechte zu vereinbaren?
15. In der bz sagt Frau Eymann: "Die Realität ist, dass immer wieder Steine auf Einsatzkräfte geschmissen werden." Die Regierung wird gebeten um Auskunft, wie oft und an wie vielen Demonstrationen/ Kundgebungen im Jahr 2019, 2020 und 2021 Steine oder andere harte Gegenstände auf Polizisten geworfen wurden. Und wie oft diese als Gegenreaktion auf einen Gummigeschoss-Einsatz geschahen.

Raffaela Hanauer

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend «Kosten- und Nutzenverhältnis von Videos des Kantons Basel-Stadt»

21.5531.01

Nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie ist der Kanton Basel-Stadt vermehrt auch auf den Sozialen Medien mit eigenen Kanälen präsent. Dabei fällt auf, dass ein eigener Youtube-Kanal («Kanton Basel-Stadt») betrieben wird und entsprechende Videos produziert werden.

Der Kanal scheint jedoch mit einer Abonnenten-Zahl von 633 (Stand 26.7.2021) bisher nur geringes Interesse auszulösen. Auch ein Blick auf die einzelnen Beiträge ist eher ernüchternd. So hatten bspw. die neuen Videos der «Seifenboss-Kampagne» vom 8.6.2021 bisher Aufrufe/Klicks in der Grössenordnung von 32 bis 82 pro Video. Auch die Videos mit Botschaften einzelner Regierungsräte vermögen nicht mit einer grossen Klickzahl zu überzeugen (Beispiele: «Regierungspräsident Jans – 100 Tage im Amt» mit 465 Aufrufen, «Regierungsrätin Esther Keller – 100 Tage im Amt» mit 1'286 Aufrufen oder «50 Jahre Frauenstimmrecht mit Beat Jans und Leila Straumann» mit 784 Aufrufen).

Auch die produzierten Interviews «Fragen gegen Corona» mit verschiedenen Experten erreichten Klickzahlen/Aufrufe von knapp 250 bis maximal 600. Einzig die Festtagsgruss-Videos der Regierungsräte erreichten mit 6'662 Aufrufen bis 33'313 Aufrufen je Video ordentliche Klickzahlen, wobei man hier die Relevanz hinterfragen kann. Ausnahme bildet das Festtagsgrussvideo von Hanspeter-Wessels, welches nur gerade 41 Aufrufe erzielte.

Zweifelsohne ist es zu begrüssen, dass der Kanton auch mit den Neuen Medien agiert. Zu hinterfragen ist jedoch, ob angesichts der geringen Klick- und Aufrufzahlen das Kosten- und Nutzenverhältnis in einem guten Verhältnis stehen. Dies ist insbesondere auch deshalb relevant, da heute alle in der Region domizilierten Medien ein multimediales Angebot haben und sicher auch bereit wären, über ihre Kanäle Videos resp. Videointerviews zu verbreiten, welche so vermutlich eine grössere Reichweite generieren und bei inhaltlichen Statements von Fachexperten, bspw. zu Corona, ihm Rahmen eines (kritischen) Interviews einen grösseren Teil der Bevölkerung erreichten könnten und substanzialer wären.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat ebenfalls der Ansicht, dass die Aufrufzahlen einzelner Videos des o.g. Youtube-Kanals des Kantons eher bescheiden sind?
2. Welches Strategie- und Kommunikationskonzept verfolgt der Regierungsrat, um die Aufrufzahlen zu steigern?
3. Gibt es zu den einzelnen o.g. Videos weitergehende Auswertungen in Bezug auf die Views (Nutzerinfos wie bspw. Herkunft der User, Alter der User / intern oder extern der Verwaltung etc.?) Falls ja, bitte um Angabe dieser Infos.
4. Wie hoch waren die Produktions- und Personalkosten der einzelnen o.g. Videos und wurden diese jeweils von den einzelnen Departementen getragen?
5. Werden die Videos von Externen erstellt? Falls ja, bitte um Bekanntgabe der entsprechenden Firmen und Kosten für die externe Produktion.
6. Weshalb operiert der Regierungsrat, wenn er wie bei Corona oder anderen Themen wichtige und relevante Informationen hat, nicht vermehrt mit privaten Medienhäusern, um so den Content solcher Videos zu verbreiten?
7. Will der Regierungsrat so zu einem eigenen Medienunternehmen werden, um nicht mehr kritischen Fragen von Medien ausgesetzt zu sein und künftig vornehmlich über diese eigenen, unkritischen, Kanäle informieren?

Joël Thüring

2. Schriftliche Anfrage betreffend Beratung für Männer

21.5534.01

Ein gesellschaftlicher Wandel hin zu gelebter Gleichstellung und beispielsweise einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nur möglich, wenn auch Männer ihr Privat- und Berufsleben unabhängiger von traditionellen Bildern gestalten und leben können. Auch Männer sind bei Fragen und Problemen, die sich in diesem Kontext ergeben, auf Beratung und Hilfe angewiesen. Oft ist diese Unterstützung aber nur schwer erreichbar. So scheint der Entscheid, Hilfe zu akzeptieren, Männern schwieriger zu fallen als Frauen. Gleichzeitig sind die meisten Angebote eher auf Frauen ausgerichtet und sie werden auch hauptsächlich von Frauen betrieben.

Ein Angebot, das sich spezifisch an Männer richtet, wird vom Männerbüro Region Basel an der Davidsbodenstrasse angeboten. Die Institution berät und begleitet Männer in schwierigen Lebenssituationen und in Umbruchphasen. Sie fördert den Dialog und das Verständnis unter den Geschlechtern, mit dem Ziel, die Co-Existenz und das gegenseitige Verständnis zu stärken.

Die Beratung des Männerbüros entspricht einem grossen Bedürfnis was sich in seit Jahren wachsenden Nutzungszahlen ausdrückt. So hat sich die Anzahl betreuter Klienten in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Der Erfolg des Männerbüros unterstreicht die Wichtigkeit des Angebots, hat aber zu Problemen geführt, was dessen Finanzierung betrifft. So stand das Büro 2019 kurz vor dem Aus und konnte nur dank dem Einspringen von Privaten erhalten werden. Diese Finanzierung läuft nun aus und es stellt sich die Frage, wie das wichtige Angebot zukünftig bestehen kann, weshalb ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen bitte:

1. Was für Unterstützungsangebote gibt es im Kanton, die spezifisch auf Rat suchende Männer ausgerichtet sind und welche werden vom Kanton unterstützt?

2. Wie relevant ist das Angebot des Männerbüros aus Sicht des Regierungsrats?
3. Der Kanton hat bisher einzelne Projekte des Männerbüros und die Gewaltberatung mitfinanziert. Sieht der Regierungsrat die Möglichkeit, das Männerbüro auf Grund der grossen Nachfrage stärker zu unterstützen? Ist er bereit, zu prüfen, ob neben der ebenfalls wichtigen Frauenberatung das Beratungsangebot und die Betriebskosten des Männerbüros via Staatsbeitrag mitfinanziert werden können? Was für Massnahmen wären nötig, um eine solche Unterstützung zu sprechen?
4. Der Kanton Basel-Landschaft hat einen Leitfaden erstellen lassen, der Auskunft darüber gibt, wie Beratungsstellen Männer besser erreichen können. Das Männerbüro ist im Leitfaden ein Beispiel für eine Institution mit einer entsprechenden langjährigen Praxis. Ist den verantwortlichen Stellen im Kanton Basel-Stadt dieses Dokument bekannt und was für Folgerungen ziehen sie für andere Beratungsstellen daraus?

Claudio Miozzari

3. Schriftliche Anfrage betreffend Flächendeckende Aufhebung von Parkplätzen und Dauerbaustellen im Bereich Austrasse / Gotthelf

21.5535.01

In den letzten Monaten wurden gemäss Rückmeldungen von Quartiersbewohnern angefangen von der Austrasse Nr. 16 bis Austrasse Nr. 26 und von Nr. 28 bis Nr. 48 und von Nr. 48 bis zum Beginn des Brausebads rechts sämtliche Parkplätze aufgelöst. Sodann wurden entlang der Allschwilerstrasse links und rechts ebenfalls alle Parkplätze bis zum Oekolampad aufgelöst. Das sind gut und gerne 130 bis 150 Parkplätze. An der Allschwilerstrasse soll es sodann weitergehen mit der Aufhebung von Parkplätzen entlang der Allschwilerstrasse bis hin zum Wasgenring.

Es stimmt zwar, dass die Anwohnerparkkarte günstig ist, doch nun verknappen sich die Parkplätze so stark, dass es offenbar zu wüsten Szenen, endlosem Suchverkehr oder schliesslich wildem Parkieren kommt und Halter*innen von Anwohnerkarten immer öfter weite Fusswege in Kauf nehmen müssen oder ganz „leer ausgehen“.

Das Quartier ist zudem von „ewigen Baustellen“ belastet, die wiederum eine Verknappung von Parkplätzen mit sich bringen – neben allem anderen Ärger und Aufwand für die Anwohnenden (Thannerstrasse, Herrengrabenweg, Rudolfstrasse, Eichenstrasse). Die Baustellen haben sich sehr lange hingezogen und oftmals war wochenlang kein Arbeiter auf der Baustelle zu sehen - ohne dass die Anwohnenden darüber informiert worden wären, weshalb.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Stimmt es, dass im Bereich Austrasse/Allschwilerstrasse im oben dargestellten Umfang Parkplätzen weggefallen sind oder noch wegfallen werden?
2. Warum (Sicherheit für Velofahrende nach dem tödlichen Unfall in der Austrasse / andere Gründe)? Wie wird/wurde dies gegenüber den Anwohnenden begründet?
3. Wie lautet die übergeordnete Strategie der Regierung im Zusammenhang mit diesem Parkplatzabbau? Wurde diese den Anwohnenden dargelegt?
4. Wie (in welcher Form / Häufigkeit) wurden die Anwohnenden informiert?
5. Haben die Anwohnenden die Möglichkeit, ihre Anwohnerparkkarte zurückzugeben (gegen Entschädigung)?
6. Wie / in welchem Umfang / wo werden die Parkplätze ersetzt und wie werden die Anwohnenden darauf aufmerksam gemacht?
7. Warum kommt es zur beschriebenen Häufung von Baustellen und zu für Aussenstehende nicht nachvollziehbaren Stillständen?
8. Wie wurden die Anwohnenden der Baustellen informiert und auf dem Laufenden gehalten?

Andrea Elisabeth Knellwolf

4. Schriftliche Anfrage betreffend Verkehrssicherheit an Kreuzungen

21.5538.01

Regelmässig kommt es an Kreuzungen im Kanton Basel-Stadt zu gefährlichen Situationen und teilweise zu tragischen Unfällen zwischen Velofahrenden, Zu-Fuss-Gehenden und Motorfahrzeugfahrenden.

In den Niederlanden wird seit Jahrzehnten bei vielen Kreuzungen ein Modell angewendet, welches mehr Sicherheit für Velofahrende bietet. Die «Geschützte Kreuzung» ist ein Kreuzungsmodell, an dem Velofahrende und Zu-Fuss-Gehende vom motorisierten Verkehr getrennt sind. Rechts abbiegende Motorfahrzeuge sind eine Fahrzeuglänge von überquerenden Velofahrenden und Zu-Fuss-Gehenden getrennt, was zu einer erhöhten Reaktionszeit und Sichtbarkeit führt. Motorfahrzeugfahrende, die nach rechts abbiegen wollen, haben eine bessere Sicht auf Velofahrende und Zu-Fuss-Gehende, da sie zur Seite schauen können, um Konflikte zu vermeiden, anstatt über ihre Schultern schauen zu müssen. Das Kreuzungsmodell «Geschützte Kreuzung» kann an grossen und mittelgrossen Kreuzungen umgesetzt werden und beinhaltet meist eine Verkehrsregelanlage. Eine «Geschützte Kreuzung» sieht wie folgt aus:

Das Modell «Geschützte Kreuzung» wird auf

https://www.youtube.com/watch?v=yCzi1Q4xCTA&ab_channel=BicycleDutch anschaulich erklärt.

Eine alternative Variation ist der «Geschützte Kreisverkehr», welcher sich in den Niederlanden ebenfalls bewährt. Dieser funktioniert ohne Lichtsignalanlage und den Velofahrenden steht ein vortrittsberechtigter Radstreifen zur Verfügung, welcher in anderer Farbe gekennzeichnet ist und rund um die Kreuzung verläuft. Die Motorfahrzeugfahrenden müssen in einem engen Radius abbiegen. Dadurch reduzieren sie ihre Geschwindigkeit und erhalten gleichzeitig einen besseren Überblick. Der kreisförmige Radstreifen ist zudem von der normalen Fahrbahn des Kreisverkehrs so weit entfernt, dass abbiegende Motorfahrzeuge genug Platz im Wartebereich erhalten.

Abbildungen der beiden Kreuzungsmodelle sind auf der Website <https://www.adfc.de/artikel/kreuzungsdesign-ausden-niederlanden> ersichtlich.

Der Unterzeichnende bittet den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat die niederländischen Kreuzungsmodelle «Geschützte Kreuzung» und «Geschützter Kreisverkehr» bekannt?
2. Wie ist die Haltung des Regierungsrats gegenüber diesen Kreuzungsmodellen?
3. Welche Kreuzungen im Kanton Basel-Stadt wären für eines dieser Modelle geeignet?
4. Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit Pilotversuche auf Kreuzungen im Kanton durchgeführt werden können?
5. Ist der Regierungsrat bereit, im Kanton Basel-Stadt ein Pilotprojekt mit dem Modell «Geschützte Kreuzung» sowie eines mit dem Modell «Geschützter Kreisverkehr» durchzuführen?
6. Wie wird zurzeit bei der Planung von Kreuzungen die Velosicherheit einbezogen und welche Priorität hat diese?
7. Wie werden bei der Planung von Kreuzungen die komplexen Sichtbeziehungen berechnet und wie können diese verbessert werden?

Christoph Hochuli

5. Schriftliche Anfrage betreffend warum erhält man das Wahlcouvert doppelt?

21.5555.01

Die Ausland-Schweizer sind auch im Ausland wahlberechtigt. Durch dieses Stimm-Recht kommt es aber oftmals zu einem Hin und Her und die Absprache ist mangelhaft.

Mir ist ein Fall bekannt, in der eine Ausland-Schweizerin die Wahlunterlagen weiterhin an ihre alte Anschrift im Ausland bekam, aber zeitgleich auch die Wahlunterlagen an die neue Anschrift in Basel.

Dazu muss noch gesagt werden, dass dies auch daran liegt, dass Leute, die in Basel wohnen, eine andere Heimatgemeinde haben, Z.B. in ZH oder BE oder AG oder Graubünden.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass es durch Rückzug von Ausland-Schweizer nach Basel zu Unregelmässigkeiten beim Versand der Wahlunterlagen kommen kann? Dass die gleiche Person das Wahl-Couvert doppelt erhält?
2. An welchen Schnitt-Stellen kann hier angesetzt werden, dass der Info-Austausch unter den Behörden verbessert wird? Es ist gar nicht so einfach, denn es sind mehrere Kantone und mehrere Länder betroffen, bei nur einer Person.
3. Mit welchem Wahl-Couvert soll die betreffende Person den dann abstimmen? Mit dem Wahlcouvert das von der Bürgergemeinde ins Ausland geschickt wird? Oder mit dem Wahlcouvert, das man in Basel erhalten hat? Beide Umschläge kamen zur selben Zeit an. Scheinbar werden die Umschläge für ins Ausland früher verschickt.
4. Um zu sehen, wie lange diese Schlampigkeit dauert, hat die betreffende Person gar nicht abgestimmt und hat gesehen, dass das Wahlcouvert während eines vollen Jahres doppelt kam. An die Schweizer Adresse und an die alte Anschrift im Ausland. Was schätzt der Regierungsrat, wie viele solche Fälle gibt es da im Kanton Basel-Stadt? Was sagen die Zahlen in Basel-Stadt zu den Ausland-Schweizern, die abstimmen. Wie viele waren dies in den letzten fünf Jahren? Scheinbar nimmt die Zahl der Ausland-Schweizer, die über Basel-Stadt abstimmen, ständig zu. Wie hoch ist diese Zahl heute?

Eric Weber

6. Schriftliche Anfrage betreffend warum bekam der Brunnen im Rathaus-Hof ein Gitter?

21.5556.01

Viele Touristen werfen in den Brunnen im Rathaus Hof immer mal gerne ein paar Münzen, für arme Grossräte. Auch ich habe mir dort schon mal was rausgenommen, damit ich mir Mittagessen kaufen konnte. Denn die Gassenküche schmeckt nicht jeden Tag.

1. Warum bekam der Brunnen im Rathaus-Hof ein Gitter?

2. Wie teuer kam dieses Gitter?
3. Warum wurde der Brunnen mit diesem Gitter abgedeckt?
Eric Weber

7. Schriftliche Anfrage betreffend kann der Ombudsmann auch gegen seine eigene Wahlbehörde ermitteln?

21.5557.01

Seit vielen Jahren fällt mir auf, dass es dem Ombudsmann schwerfällt, in Sachen Parlament und Grosser Rat zu ermitteln. Der Ombudsmann wird vom Parlament gewählt und er gehört scheinbar der gleichen Verwaltungs-Organisation wie die Parlamentsdienste an. Auch der Datenschutz-Chef vom Kanton BS gehört zu dieser Gruppe.

1. Kann der Ombudsmann auch in Sachen Parlament, hier Grosser Rat Basel-Stadt, Sachen zur Abklärung anhand nehmen?
2. Wer ist konkret der Chef vom Ombudsmann?
3. Oder ist der Ombudsmann sein eigener Chef?
4. Wer ist konkret der Chef vom Datenschutz-Chef?
5. Oder ist der Datenschutz-Chef sein eigener Chef?
Eric Weber

8. Schriftliche Anfrage betreffend Adressen-Schutz bei der Staatsanwaltschaft Basel

21.5558.01

Es ist ein lediges Problem, das sehr viele Basler betrifft. Ich bringe ein paar Beispiele: Herr M. will nicht, dass seine Handy-Nummer in der Akte der Polizei erscheint. Er hat Angst, dass die Person, die gegen er Strafanzeige gestellt hat, ihm ständig dann anonym aus Telefonzellen anruft.

Denn durch Akteneinsicht kommt man an alle Infos, ausser die Telefonnummer ist geschwärzt.

Anderes Beispiel: Frau B. stellt Strafanzeige wegen Bedrohung. Bei der Strafanzeige muss sie aber ihre Anschrift angeben. Sie will aber nicht, dass die Täterin ihre Anschrift erfährt, denn sie will nicht, dass die Täterin bei ihr vor der Türe steht.

Diese Fall-Beispiele, die alle echt sind, aber mit erfundenen Namen, zeigen auf, wie problematisch es ist.

Das Ganze wird ja noch komplizierter. Obwohl Anzeige-Ersteller sagen, sie wollen nicht, dass ihre Anschrift erscheint, erscheint diese dann doch, wenn Z.B. der Strafbefehl an den Täter zugeschickt wird.

So verschlimmert sich für die Anzeigenersteller die Ausgangslage erst recht.

1. Wie kann konkret besser verhindert werden, dass die Telefon-Nummer von Anzeigenersteller nicht an die Täter kommt?
2. Wie kann konkret besser verhindert werden, dass die private Anschrift der Anzeigenersteller nicht an die Täter geht?
3. Auch wenn man bei der Anzeigen-Aufnahme sagt, man will nicht, dass Telefon-Nummer und Anschrift genannt wird, erscheint diese dann oftmals in den Akten. Wie kann das verbessert werden?
4. Viele Anzeigenersteller müssen dann wegen Gewalt-Verbrechern oftmals umziehen, an eine neue Anschrift. Ist die Staatsanwaltschaft dann bereit, in solchen Fällen, einen Umzug bis zu 4500 Franken zu bezahlen?
Eric Weber

9. Schriftliche Anfrage betreffend Arts and Culture-Arrangement von Basel Tourismus

21.5559.01

Basel darf sich nicht nur der ältesten Gemäldegalerie der Welt und des ersten europäischen Museums für Gegenwartskunst rühmen, sondern auch einer so kunstsinnigen Bürgerschaft wie kaum eine andere Stadt. All das kann man jetzt mit dem neuen Arrangement „Arts and Culture“ erleben.

Das Arts and Culture Arrangement umfasst eine Übernachtung mit Frühstück in den vier teilnehmenden Hotels, die Eintrittskarte in das Kunstmuseum und die Fondation Beyeler, jeweils zehn Prozent Rabatt auf alle Artikel im Museumsshop und die aktuellen Ausstellungskataloge der Fondation, einen schönen Picknick-Korb für zwei Personen und die Basel Card, mit der man unter anderem den öffentlichen Nahverkehr in der Stadt nutzen kann.

Das Paket kostet im Hotel Krafft und im Hotel Der Teufelhof jeweils ab 433 Franken, im Volkshaus Basel ab 493 Franken und im Grand Hotel Les Trois Rois ab 790 Franken.

Der Künstler Olafur Eliasson hat in der Fondation Beyeler ein flüchtigtes, verwegenes, frevelhaftes Kunstwerk geschaffen, über das die ganze Stadt mit solcher Begeisterung spricht, als gäbe es derzeit nichts Wichtigeres auf der Welt: Renzo Pianos Bau der Fondation hat Eliasson mit ketzerischer Kühnheit entweiht, indem er die Hälfte der

Glasfronten ausbauen liess und ein halbes Dutzend Räume des Museums fluten liess. Jetzt ergiesst sich der Teich, der sonst an den Glasfronten endet, in die Säle, in denen üblicherweise Claude Monets „Seerosen“ hängen.

Die FAZ schreibt am 27. Mai 2021: „Rund um die Uhr ist das Kunstwerk mit dem sprechenden Titel «Live» geöffnet, von neun Uhr abends an kann es kostenlos besichtigt werden, und die Basler feiern Eliassons Verbrüderungswerk – und sich selbst - Nacht für Nacht mit Open-Air-Partys im Park der Fondation. Das liegt in ihrer Natur, denn in kaum einer anderen Stadt ist die Konspiration zwischen der Kunst und den Einwohnern so leidenschaftlich wie in Basel – hier sind Malerei und Bildhauerei keine Dekoration, sondern seit der frühen Neuzeit eine kollektive Herzensangelegenheit. Um auch auswärtige Besucher an dieser Komplizenschaft teilhaben zu lassen, ist jetzt auf Initiative des Grandhotels Les Trois Rois das Projekt Art and Culture gegründet worden.“

1. Wie lief diese neue Werbung nun an? Wird Art and Culture gut bei den Touristen angenommen?
2. Da das Kunstwerk laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung (FAZ) rund um die Uhr geöffnet ist, braucht es dazu eine Sondergenehmigung? Wurde nach so einer Sondergenehmigung auch beim Kanton angefragt?
3. In der best angesehenen Zeitung Europas, der FAZ, steht, dass nun Nacht für Nacht Open-Air-Partys dort in Riehen stattfinden. Darf man trotz Corona dort in Riehen feiern? Oder handelt es sich hier um eine Falsch Aussage in der Zeitung?
4. Ohne Genehmigung, wie lang darf überhaupt in die Nacht hinein gefeiert werden? Ich dachte immer, dass in Basel um 22 Uhr die Bordsteine oder wie man das nennt, hochgeklappt werden. Ich meine, muss in Basel nicht um 22 Uhr alles geschlossen werden? Oder ab wann muss alles zu sein, wie Restaurants? Ist das jetzt um 23 Uhr? Und wie ist es in Nicht Corona-Zeiten? Ich bitte um einen genauen Überblick der Angaben. Danke.

Eric Weber

10. Schriftliche Anfrage betreffend Altersdiskriminierung

21.5560.01

Es ist bekannt, dass Menschen über 50 kaum Arbeit finden. Das ist ein grosses Problem. Altersdiskriminierung ist geprägt durch Vorurteile und Stereotypen gegenüber älteren Menschen, zum Beispiel Altersbeschränkungen bei Stellenausschreibungen.

1. Was macht der Kanton Basel-Stadt konkret, dass es bei den Angestellten beim Kanton nicht zu Altersdiskriminierung kommt?
2. Wie sieht der Kanton die ganze Problematik zur Altersdiskriminierung? Es ist ja bekannt, dass vor allem jüngere Kandidaten bessere Chancen haben.

Eric Weber

11. Schriftliche Anfrage betreffend Barrierefreiheit im Kanton Basel-Stadt

21.5561.01

Barrierefreiheit bezeichnet die Zugangsmöglichkeiten zu Lebensbereichen wie Verkehrsmitteln, Informationen, Internetseiten, Telefonberatung oder Gebäuden. Meist wird der Begriff aus der Perspektive von körperlich, psychisch oder geistig beeinträchtigten Menschen betrachtet. Barrierefreiheit kann aber auch aus Sicht anderer Gruppen gedacht werden.

1. Wie sieht der Regierungsrat die Barrierefreiheit im Kanton gewährleistet?
2. Ich bitte um zwei, drei Beispiele, was da für den Kanton wichtig ist?
3. Im Rathaus Basel gibt es eine Rampe für Rollstuhl. Wurde diese Rampe gebaut, damit auch Leute mit Rollstuhl ins Rathaus können? Oder wurde diese Rampe gebaut, für die Lasten besser ins Rathaus zu bekommen, wie Möbel und Kisten. So könnte ein Grossrat, der im Rollstuhl wäre, auch an den Parlaments-Sitzungen teilnehmen, ist das richtig?

Eric Weber

12. Schriftliche Anfrage betreffend Diversität im Kanton Basel-Stadt

21.5562.01

Diversität wird meist mit „Vielfalt“ beschrieben, doch das allein greift als Definition zu kurz. Denn Diversität bedeutet auch den bewussten Umgang mit Vielfalt. Dies beinhaltet ausdrücklich einen bewussten und respektiven Umgang mit Verschiedenheit und Individualität. Es geht nicht um blosser Anerkennung, sondern vor allem um eine aktive Wertschätzung von Vielfalt.

1. Wie sind die Ideen und Richtlinien des Regierungsrates in Sachen Diversität in Basel-Stadt?
2. Was hat der Regierungsrat für die nächsten Jahre in dieser Richtung geplant? Denn das Wort Diversität kommt immer verstärkter in den Medien vor.

Eric Weber

13. Schriftliche Anfrage betreffend St. Jakobshalle

21.5563.01

Die St. Jakobshalle Basel ist die grösste Multifunktionshalle der Schweiz. Nach Abschluss einer umfangreichen Renovation und Erweiterung, zählt sie zu einer der modernsten Arenen in Europa. Per 1. September 2021 oder nach Vereinbarung wird ein Mitarbeiter Marketing und Kommunikation gesucht.

1. Wie viele Bewerbungen gingen für diese ausgeschriebene Stelle ein?
2. Wie viele Vorstellungsgespräche wurden für diese Stelle geführt?
3. Wurden an auswärtige Kandidaten, die Z.B. von Chur oder von Genf angereist kamen, Reisekosten bezahlt?
4. Wird diese Stelle neu geschaffen? Oder warum gibt es die Besetzung dieser Stelle?
5. Journalisten sind für eine solche Tätigkeit geeignet, da sie wissen, wie mit den Medien umzugehen ist. Waren bei den Bewerbungen auch solche von Journalisten dabei?

Eric Weber

14. Schriftliche Anfrage betreffend Political Correctness

21.5564.01

In den Medien kommt immer mehr das Wort Political Correctness vor. Oft heisst es, dass die Gralshüter der Political Correctness Basel fest im Griff haben. Wer den Mund aufmacht, wird abgestraft. Beamten droht die Entlassung aus dem Staatsdienst, wenn sie von ihren Grundrechten Gebrauch machen. Alle grossen Konzerne werfen Mitarbeiter raus, die sich politisch querlegen. Die Massenmedien marschieren im Gleichschritt.

1. Wurden beim Kanton Basel-Stadt schon Beamte aus dem Staatsdienst entlassen, wegen politischer Correctness?
2. Gab es bei den Staatsdienern Fälle von Linksradikalität, die zu einer Entlassung führten?
3. Gab es bei den Staatsdienern Fälle von Rechtsradikalität, die zu einer Entlassung führten?

Eric Weber

15. Schriftliche Anfrage betreffend Zeckenalarm 2021

21.5565.01

Die Tage werden länger und die Sonnenstrahlen intensiver- klare Signale, dass der Sommer nun endlich vor der Tür steht, nach vielen kalten Tagen im Frühling. Mit den steigenden Temperaturen erwachen auch kleine Blutsauger: die Zecken. Sie werden schon ab fünf Grad Celsius aktiv und machen sich auf die Suche nach einem geeigneten Wirt. Ist dieser gefunden, können über den Stich einer infizierten Zecke Krankheitserreger wie FSME-Viren oder Bakterien, wie Z.B. Borrelien, übertragen werden.

1. Wie viele Zecken-Fälle gab es in den letzten Jahren?
2. Nahmen die Zecken in Basel-Stadt zu?
3. Gibt es Zecken in den Langen Erlen?
4. In höheren Höhen im Kanton, Z.B. in Bettingen oder auf der Chrischona, gibt es dort mehr Zecken wie unten im Fluss-Tal vom Rhein?

Eric Weber

16. Schriftliche Anfrage betreffend das Ansehen der Politiker

21.5566.01

Der Vorwurf, dass sich Abgeordnete nicht als Vertreter des Volkes verstehen, sondern nur ihren eigenen Vorteil suchen, sich bereichern und den Bauch vollschlagen, ist seit eh und je die Begleitmusik des Parlamentarismus. Aus den Reihen des Grossen Rates kommt meistens auch immer ein neuer Regierungsrat oder eine neue Regierungsrätin hervor.

Die Nähe zu den Wählern und seine Fähigkeit, den Menschen zuzuhören, lässt hingegen den Politiker auf ein gutes Wahlergebnis hoffen.

In der Politik ist oftmals der Unterschied zwischen Tag und Nacht nicht mehr sehr gross.

1. Wie empfindet es der Regierungsrat, dass die Politik beim Bürger nicht so grosses Vertrauen genießt?
2. Was kann sich der Regierungsrat vorstellen zu machen, dass der Basler wieder mehr Vertrauen in die Politik und allgemein in die Zukunft hat?

Eric Weber

17. Schriftliche Anfrage betreffend was wird in die Klima-Buchhaltung der Regierung mit einbezogen?

21.5567.01

Es tat vielen Bürgern weh, als das wunderschöne Hilton Hotel Ende 2015 zugemacht wurde und dann abgerissen wurde.

Bei Abriss und Neubau gibt es eine sehr hohe Emissionslast.

1. Wie sieht die Realität aus? Was wird in die Klima-Buchhaltung der Regierung überhaupt mit einbezogen?
2. Wie sieht die Regierung die vielen Abrisse und die vielen Neubauten? Könnte man nicht vermehrt „alte“ Gebäude erhalten?

Eric Weber

18. Schriftliche Anfrage betreffend Basler Papiermühle - privates oder staatliches Museum?

21.5568.01

Die Mühle versteht sich als Arbeitsmuseum: Parallel zur Ausstellung wird an den historischen Druckmaschinen gearbeitet. Kinder können Papier herstellen, was begeistert. Nun lese ich im Reiseführer BASEL von MERIAN live!, dass das Papiermuseum, eine „privat geführte Mühle“ sei.

Ich gehe davon aus, dass Papiermuseum und Basler Papiermühle das gleiche ist. Ich dachte immer, dass alle Museen staatlich sind.

1. Ich verstehe nicht alles. Ist es richtig, dass das Basler Papiermuseum ein privates Museum ist?
2. Welche Museen sind in Basel privat?
3. Bekommen private Museen auch Geld-Zuschüsse?
4. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen und den privaten Museen?

Eric Weber

19. Schriftliche Anfrage betreffend Fassaden-, Innenhof- und Gartenflächen

21.5569.01

Im Rahmen des Programms „Starke Viertel - Starkes Köln“ unterstützt die Stadt Köln mit dem „Haus-, Hof- und Fassadenprogramm“ die Gestaltung und Herrichtung von Fassaden und Hauswänden sowie Innenhof- und Gartenflächen.

Mit dem Programm fördert die Stadt Köln beispielsweise die Beseitigung von Graffiti sowie einen neuen Anstrich. Gefördert werden aber auch andere Verschönerungen wie etwa die Gestaltung von Mietergärten.

1. Gibt es so ein Programm oder so etwas Ähnliches auch in Basel?
2. Wenn ja, wo kann sich da der Bürger genau anmelden?
3. Gibt es bei der Beseitigung von Graffiti Hilfe vom Kanton BS?

Eric Weber

20. Schriftliche Anfrage betreffend Klima: Stadtforschung und Kommunalbetreuung

21.5570.01

Regierungsrätin Esther Keller sagte in einer Pressekonferenz, dass Basel mehr begrünt, bewässert und beschattet werden soll, vor allem im heissen Sommer.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit einem Hauptsitz in Berlin ist als grösstes Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum „die“ Forschungs-, Fortbildungs- und Informationseinrichtung für Städte, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Schon 1973 wurde die Einrichtung gegründet. So wird auch der Bereich Umwelt erforscht. Gerade der schon länger nicht mehr von der Hand zu weisende Klimawandel wird für dicht besiedelte Flächen ein immer grösseres Thema. Auch die Basler wissen, der Sommer ist nicht nur heiss, sondern schon lange viel zu trocken. Starkregen, aber auch Sturm und Hitze sind Phänomene, unter denen das Stadtklima und somit auch die Anwohner leiden.

Die Städte, auch Basel, sollen aktiv werden. Zum Beispiel geht es um Prozesse, die das Potenzial von begrünten Dächern erforscht.

1. Ist Basel auch Mitglied beim Deutschen Institut für Urbanistik oder hat sich mit dieser Stelle in Berlin schon einmal in Verbindung gesetzt?
2. Wenn nein, könnte sich Basel vorstellen, dort auch dabei zu sein, in diesen Programmen?

Eric Weber

21. Schriftliche Anfrage betreffend des politischen Instinkts der Regierung

21.5571.01

Eine Regierung ist erfolgreich, wenn sie einen sehr guten politischen Instinkt hat, extrem flexibel ist und sich den neuen Verhältnissen anpassen kann. Auf diese Art und Weise wird man auch die nächsten Jahre erfolgreich überleben.

1. Woher nimmt die Regierung Ihr Wissen?
2. Kauft sich die Regierung Beratung und Wissen von extern zu?
3. Wenn ja, wie hoch waren die Ausgaben für die Beratung der Regierungsräte?
4. Wie hoch waren die Ausgaben für die Beratung der Chef-Beamten?
5. Wie viele Chef-Beamte gibt es im Kanton? Ich meine, wer alles wird als Chef-Beamter gezählt?

Eric Weber

22. Schriftliche Anfrage betreffend Genuss der Langsamkeit

21.5573.01

Viele Basler erleben noch die Bremswirkung der Corona-Krise, andere sind bereits - freiwillig oder unfreiwillig - in neue Formen der Normalität oder sogar Beschleunigung zurückgekehrt. Ob unplanbare oder überverplante Zeit - welche Bedeutung hat der einzelne gegenwärtige Augenblick? Wird er zu einem namenlosen Tropfen im Ozean der Zeit?

Ich fand die Zeit von Corona sehr gut. Es waren viel weniger Leute im Tram und in der Stadt und in den Restaurants und in den Hotels. Man hatte richtig viel Platz und die Stadt gehörte einem fast alleine.

1. Von der Corona-Zeit kann man auch gute Sachen für die Zukunft übernehmen, wie Z.B. die Digitalisierung. Was hat der Regierungsrat aus der Corona-Zeit gelernt?
2. Was will der Regierungsrat aus der Corona-Zeit für die Zukunft übernehmen?
3. Es ist doch richtig, dass wir alle den Genuss der Langsamkeit wieder vermehrt lernen sollten?

Eric Weber

23. Schriftliche Anfrage betreffend wie werden die Vorgaben der Public Corporate Governance kontrolliert?

21.5574.01

Von guter Vernetzung bis zum Filz ist es nur ein kleiner Schritt und im kleinräumigen Gesundheitsmarkt Basel erst recht eine Gratwanderung: Einerseits sind Verwaltungsräte wünschenswert, die Region und Spitalwesen fundiert kennen und wissen, wie man ein Unternehmen führt. Gleichzeitig dürfen sie nicht den geringsten Anschein erwecken, ihr VR-Mandat für eigene Geschäfte zu nutzen.

Eine Entschärfung des Problems liegt in maximaler, proaktiver Transparenz. Jedes Geschäft eines Verwaltungsrates mit dem Spital muss in Franken und Rappen publiziert werden. Damit sich die Aktionäre, hier die Steuerzahler, ein Bild machen können.

1. Gibt es im Kanton Basel-Stadt eine Finanzkontrolle, die obige Sachen sich anschaut? Und wie geht diese vor, ich meine, wie arbeitet diese konkret?
2. Wenn ja, durchleuchtet diese genug die Jahresberichte der Spitäler, Alters- und Pflegeheime in öffentlicher Hand?
3. Wie werden die Vorgaben der Public Corporate Governance kontrolliert, wie oft wurden diese in den letzten fünf Jahren verletzt?

Eric Weber

24. Schriftliche Anfrage betreffend die neuen hässlichen Mistkübel in Basel

21.5575.01

Mich ärgern diese hässlichen Mistkübel. Nirgends in der Welt habe ich solche Monster gesehen. Ehrlich gesagt, ich finde solche Mistkübel eine Frechheit.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wo gibt es im Ausland oder in der Schweiz genau diese Mistkübel auch noch?
2. Wenn die Frage 1 mit Nein und Nirgends beantwortet wird, muss ich davon ausgehen, dass diese Mistkübel nur für Basel gebaut und konstruiert wurden. Ist das richtig?
3. Wer war der Auftrag-Geber für diese Mistkübel? Ich bitte um genaue Namens-Nennung von diesem Mitarbeiter.
4. Ich habe gelesen, es ist eine Test-Phase. Wie lange soll diese Test-Phase noch gehen?
5. Wer bestimmt, ob die Test-Phase gut ging oder nicht?

6. Nehmen wir an, die Test-Phase ging nicht gut, wird man dann zum alten System zurückkehren?
7. Ich habe nun grosse Probleme, meinen Müll in der Stadt zu entsorgen. Teilweise werfe ich es in den Rhein. Darf man Brot in den Rhein werfen, für die Fische und Vögel?
Eric Weber

25. Schriftliche Anfrage betreffend warum wird das Zimmer vom Regierungsrat nicht mehr gezeigt?

21.5576.01

- Bei der Rathaus-Führung im März 2019 gab es noch einen Besuch im Zimmer vom Regierungsrat. Aber ich glaube, seit 2020 wird das Zimmer vom Regierungsrat nicht mehr gezeigt. Ich glaubte ich hörte irgendwo, das ist daher, dass niemand eine geheime Abhör-Anlage einbauen kann. Selbst in der Staatskanzlei von Sachsen-Anhalt wird bei der dortigen Führung das Zimmer vom Ministerpräsidenten gezeigt.
1. Warum wird das Zimmer vom Regierungsrat nicht mehr bei der Führung gezeigt?
 2. Im Zimmer vom Regierungsrat hängt vorne rechts, gleich beim Eingang, der Brief, die Urkunde, als Basel der Schweiz beiträt. Wie heisst bitte nochmals genau diese Schrift?
 3. Bei dieser Schrift, die bezeugt, dass Basel ab sofort Mitglied der Eidgenossenschaft ist, also der Schweiz, handelt es sich hierbei um das Original oder um eine Kopie?
 4. Wenn es sich um eine Kopie handelt, wo bitte finde ich das Original?
Eric Weber

26. Schriftliche Anfrage betreffend Unfälle in Basel

21.5577.01

- Ich war geschockt, als ich gelesen habe, Ende Oktober 2019, dass ein a. Grossrat vom Laster überrollt wurde und gestorben ist. Auch meine Nachbarin wurde vom Laster angefahren und starb durch den Sturz.
1. Wie viele tödliche Velo-Unfälle gab es in Basel in den letzten 10 Jahren?
 2. Wie viele tödliche Fussgänger-Unfälle gab es in Basel in den letzten 10 Jahren?
 3. Wie viele tödliche Flugzeug-Abstürze gab es in Basel in den letzten 20 Jahren? Es gab doch das private selbst gebaute Kleinflugzeug eines Mannes, das auf einen Wohnblock krachte und der Pilot verstarb.
 4. Wie viele tödliche Schiff-Unfälle gab es in Basel in den letzten Jahren? Es gab doch das Schiff-Unglück, als ein Forschungs-Boot gerammt wurde und ein oder zwei Leute starben?
 5. Wie viele Tote gab es durch Unfälle mit dem Tram?
Eric Weber

27. Schriftliche Anfrage betreffend Sammlung von alten Dokumenten

21.5578.01

- Ich lese immer wieder, das alte Bürger Ihr Archiv dem Kanton Basel-Stadt übergeben, handelt es sich meistens um Familien-Archiv, um Archiv eines Vereines oder um ein Partei-Archiv wie bei Eric Weber. Meine Partei hatte einmal 10 % der Stimmen aller Wähler in Basel und wir waren der Vorläufer der heutigen SVP.
1. Wie viele Archive landen pro Jahr im Staats-Archiv?
 2. Bin ich richtig in der Annahme, dass alte Dokumente und alte Archive ins Staats-Archiv übergeführt werden?
 3. Da es so viele Sammlungen gibt, bin ich richtig in der Annahme, dass nicht alle Sammlungen vom Staats-Archiv aufgenommen werden können?
 4. Bei welchen Archiven oder bei welchen Sammlungen gibt es Z.B. eine Ablehnung und es erfolgt keine Aufnahme?
 5. Darf ich die Regierung bitten, ein paar Zahlen zu nehmen?
 6. Wie ist es bei Partei-Archiven, wie Z.B. von der Partei der Schweizer Demokraten. Die Partei ist gestorben, es gibt nur noch die Zeitung. Kann ich das Partei-Archiv dem Staats-Archiv übergeben oder besteht daran kein Interesse?
 7. Wenn kein Interesse besteht, wie sieht es aus mit dem Partei-Archiv der ehemaligen POCH, dem LdU oder der Frauen-Liste oder den Grünen? Findet der Regierungsrat auch, dass von allen Parteien gesammelt werden soll? Das ist äusserst wichtig für die folgenden Generationen.
Eric Weber

28. Schriftliche Anfrage betreffend Ressourcenverteilung und Schwerpunktsetzung der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

21.5607.01

Die Ressourcen der Staatsanwaltschaft (Stawa) Basel-Stadt wurden substantiell aufgestockt. Noch ist nicht klar, was die Aufstockung der Stellen auf den «Pendenzenberg» und die Schwerpunktsetzung für eine Auswirkung haben. In den vergangenen Monaten war die Schwerpunktsetzung der Stawa immer wieder mediales und politisches Thema. Die Stawa beruft sich dabei auf die Schwerpunktsetzung des Regierungsrates zur Kriminalitätsbekämpfung, wie auch im Jahresbericht der GPK 2020 zu lesen ist. Die Staatsanwaltschaft verfügt im 2020 insgesamt über einen Headcount von 253.9 Stellen.

Gerne möchte ich vom Regierungsrat um folgende Zahlen resp. Antworten bitten:

1. Auflistung der eingesetzten Stellenressourcen (Headcount) auf die Schwerpunktsetzung:
Menschenhandel
Einbruchsdiebstahl
Gewaltstraftaten
und zwar separat für die Jahre 2019 / 2020 und das laufende Jahr ausgewiesen.
2. Auflistung der Stellenressourcen (Headcount) auf Themenfelder, die nicht der Schwerpunktsetzung des Regierungsrates zugeteilt werden können und zwar separat für die Jahre 2019 / 2020 und das laufende Jahr.
3. Gab es Verschiebungen in der Prioritätensetzung in den Jahren 2019 / 2020 und 2021 zwischen den Schwerpunkten oder zu neuen Schwerpunkten hin?
4. Wie findet die Ressourcen-Planung bzw. die Planung der Ressourcenverwendung generell statt? Ich bitte um eine Beschreibung des Planungs- und Controllingprozesses.
5. Wie findet die Themensetzung ausserhalb der regierungsrätlichen Schwerpunktsetzung zur Kriminalitätsbekämpfung statt? Ich bitte um einen Prozessbeschrieb.
6. In welcher Kompetenz innerhalb der Stawa liegt die Planung der vorhandenen Stellenressourcen auf die einzelnen Themenfelder? Ich bitte um einen genauen Beschrieb der Kompetenzregelung und der praktischen Umsetzung.
7. Wie reagiert die Stawa auf neue Themenfelder, die einen Einsatz von Stellenressourcen notwendig macht? Welche flexiblen Handlungsmöglichkeiten und Abläufe bestehen?
8. Nach welchem System wird der «Pendenzenberg» abgearbeitet (z.B. Chronologisch, Schwere des Delikts, Personen in U-Haft, Verjährung). Ich bitte um einen Beschrieb der Systematik.

Thomas Gander

29. Schriftliche Anfrage betreffend wenn der Kanton Basel-Stadt den Hackern schutzlos ausgeliefert ist

21.5612.01

Die Täter gehen immer professioneller vor. Es ist eine moderne Form der Schutzgelderpressung.

Viele Kommunen sind nach Ansicht von IT-Sicherheitsexperten Hackern hilflos ausgeliefert. Gerade bei Kommunen muss man davon ausgehen, dass sie sehr verletzlich sind. Alles was digitalisiert ist, kann man attackieren.

Die Angriffe, die in letzter Zeit stattgefunden haben, quer durch europäische Städte, waren fast alle Ransomware-Angriffe.

Mit Cybercrime wird heute mehr verdient wie mit Drogenhandel. Staat und Regierung haben diese Entwicklung verschlafen. Aber es ist noch nicht zu spät. Der Zustand der IT-Sicherheit ist schlecht.

Die IT-Sicherheitslage ist weiterhin sehr angespannt, gerade die Bedrohung durch Ransomware ist derzeit sehr hoch. Ich gehe davon aus, dass sich die Basler Regierung intensiv mit den Möglichkeiten der effektiven Bekämpfung befasst.

1. Wie werden die Infrastrukturen beim Kanton auf ihre IT-Sicherheiten überprüft?
2. Welche Schwachstellen wurden dabei gefunden? Bitte um eine Auflistung.
3. Gab es auf den Kanton Basel-Stadt schon Angriff oder Angriffe mit Ransomware?
4. Wie wird der Kanton Basel-Stadt fertig, wenn er von hochstrukturierter Bandenkriminalität im Netz angegriffen wird?
5. Ist Basel-Stadt anfällig für gefährliche und folgenschwere Angriffe auf ihre IT-Sicherheit?

Eric Weber

30. Schriftliche Anfrage betreffend Parkbussen-Aktivismus während Fussball-Länderspiel Schweiz-Italien

21.5631.01

Am 5. September 2021 begrüßte die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft im St. Jakob-Park die italienische Auswahl zu einem Heimspiel. Das Spiel fand vor ausverkauften Rängen statt. Viele Zuschauerinnen und Zuschauer aus der ganzen Schweiz und dem nahen Ausland reisten zu diesem Spiel an.

In einer Medienmitteilung teilte die Kantonspolizei Basel-Stadt am darauffolgenden Tag mit, es seien während des Spiels 75 Ordnungsbussen ausgestellt worden.

Dieser Parkbussen-Aktivismus ist nur schwer nachvollziehbar. Es ist allgemein bekannt, dass im und rund um das Gebiet St. Jakob nur eine sehr begrenzte Anzahl Parkplätze zur Verfügung steht. Da das Spiel erst um 20:45 Uhr angepfiffen wurde, standen gerade für Gäste aus dem Tessin und der Romandie kaum attraktive Verbindungen mit dem öffentlichen Verkehr als alternative Reisemöglichkeit zur Verfügung.

Basel ist zu Recht stolz auf seine Fussball-Tradition und bemüht sich aktiv auch um internationale Spiele wie Länderspiele oder Finalsspiele europäischer Wettbewerbe. Es dürfte offensichtlich sein, dass die Bussen-Politik des Regierungsrates bei den Gästen keinen bleibenden positiven Eindruck hinterlassen wird.

Dasselbe gilt übrigens auch für andere Ereignisse. So blieb der Umstand, dass die Kantonspolizei es sinnvoll fand, während des letzten 1. August-Feuerwerks unzählige Parkbussen für kurzzeitig abgestellte Fahrzeuge zu verteilen, vielen Gästen in äusserst negativer Erinnerung.

Dem Fragesteller ist bewusst, dass die Kantonspolizei ihren Aufgaben nachkommen und die Verkehrssicherheit sicherstellen muss. Gleichzeitig ist es ein Widerspruch, sich als Stadt aktiv um Veranstaltungen mit nationaler und internationaler Ausstrahlung zu bemühen, den Gästen aber keine angemessenen Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, mit dem Fahrzeug anzureisen und dann mit einer Bussen-Aktion aufzuwarten.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum erachtete es der Regierungsrat als notwendig, während dieses Länderspiels eine breit angelegte Bussen-Aktion durchzuführen, obwohl klar war, dass die allermeisten Fahrzeuge direkt nach dem Spiel wieder wegfahren würden?
2. An welchen Standorten wurden die 75 Bussen ausgestellt? (Bitte um Auflistung der Standorte)
3. Aus welchen Kantonen bzw. aus welchen Ländern stammen die betroffenen Fahrzeughalterinnen und -halter? (Bitte um Auflistung mit Anzahl Busse pro Kanton/Land)
4. Sind bei der Kantonspolizei Beschwerden wegen blockierten Ausfahrten eingegangen? Wenn ja, wie viele?
5. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass er damit seine eigenen Bemühungen unterläuft, als attraktiver Standort für Veranstaltungen mit nationaler und internationaler Ausstrahlung zu gelten?
6. Was sieht der Regierungsrat vor, damit künftig bei solchen Länderspielen und anderen Veranstaltungen im Gebiet St. Jakob ausreichend Parkmöglichkeiten zur Verfügung stehen?
7. Ist der Regierungsrat bereit, künftig auf derartige Aktionen zu verzichten?

Luca Urgese

31. Schriftliche Anfrage betreffend Öffentlichkeitsprinzip im Kanton Basel-Stadt

21.5632.01

Das Öffentlichkeitsprinzip gilt in Basel-Stadt seit 2012. Es ist sehr zu begrüßen, dass jede Person Anspruch auf Zugang zu den bei einem öffentlichen Organ vorhandenen Informationen hat. Das Öffentlichkeitsgesetz kennt jedoch Einschränkungen bezüglich dem Erhalt von Informationen, wenn öffentliche oder private Interessen dem Gesuch entgegenstehen. Diese Einschränkungen sind grundsätzlich nachvollziehbar. Die Gesetzesartikel und die dazu gehörende Verordnung lassen jedoch der Regierung einen relativ weitreichenden Interpretationsspielraum bezüglich der Beantwortung der jeweiligen Fragen.

Darum bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie vielen Öffentlichkeitsgesuchen wurde seit 2012 nicht stattgegeben mit der Begründung, dass dem Informationszugang «öffentliche Interessen» (IDG §29, Abs 2) entgegenstehen?
 - a. Wie haben sich die Ablehnungen gestaltet aufgeschlüsselt nach der Auflistung der Gründe in IDG §29, Absatz 2, a) bis e)?
2. Wie oft wurde einem Öffentlichkeitsgesuch nicht stattgegeben mit der Begründung, dass dem Informationszugang «private Interessen» entgegenstehen?
3. Laut der Verordnung zum IDG gilt eine Einschränkung bezüglich des Zugangs zu «Berichten und Beschlussentwürfen, welche die Departemente und die Staatskanzlei im Hinblick auf die Beschlussfassung durch den Regierungsrat erstellen.» (IDV §24, Absatz 1).
 - a. Wie definiert der Regierungsrat die Worte «Berichte» und «Beschlussentwürfe»?
 - b. Was fällt alles unter diese Einschränkung?
 - c. Gilt diese Einschränkung auch für bereits beschlossene Gesetze?
4. Wie viele Male wurde eine Verfügung zu einem abgelehnten Öffentlichkeitsgesuch verlangt?

5. Wie oft wurde eine Verfügung zu einem abgelehnten Öffentlichkeitsgesuch vor einem Gericht angefochten?
6. Wie vielen Öffentlichkeitsgesuchen wurde insgesamt seit Existenz des Prinzips stattgegeben?
Beda Baumgartner